Donnerstag, 7. März 1985 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 56 - 10.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Skepsis: Die Bundesregierung bezweifelt „DDR"-Angaben, wonach mehr als 20 000 Übersiedler enttäuscht aus der Bundesrepublik in ihre Heimat zurückwollten. Mit entsprechenden Berichten in der „DDR"-Presse solle offenbar von Schwierigkeiten abgelenkt werden, die die „DDR" mit Ausreisewilligen habe. (S. 12)

Umweltrat: Auch Wirtschaftsminister Bangemann wird neben Innenminister Zimmermann an dem heute in Brüssel stattfindenden Treffen der für Umweltschutz zuständigen Minister der EG teilnehmen, bei dem über die Einführung des abgasarmen Autos entschieden werden soll.

DGB-Vorstand: Zum Nachfolger des als EG-Kommissar nach Brüssel gewechselten Alois Pfeiffer im DGB-Bundesvorstand wurde der Vorsitzende des NRW-Landesbezirks, Geuenich, gewählt.

Berlin-Bilanz: Nach vier Jahren Amtszeit legte der scheidende Berliner Finanzsenator Kunz (CDU) eine überzeugende Schlußbilanz vor: weniger Schulden, höhere Steuereinnahmen und steigende Investitionen. (S. 4)

Wirtschaftskrieg? Die US-Regierung erwägt wirtschaftliche Sanktionen gegen Nicaragua, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen sowie die Anerkennung einer nicaraguanischen Exilregierung für den Fall, daß der Kongreß Gelder zur Unterstützung antisandinistischer Rebellen ablehnt. (S. 5)

Sieg für Gandhi: Bei den Parlamentswahlen in elf von 22 indischen Bundesstaaten zeichnete sich gestern ein hoher Sieg der Kongreß-Partei von Premier Gandhi ab. (S. 5)

Südostasien: Die thailändische Armee hat in schweren Gefechten vietnamesische Truppen zurückgedrängt, die im Rahmen ihrer Offensive gegen den kambodschanischen Widerstand in Thailand eingedrungen waren. 60 Vietnamesen wurden getötet.

Absage: Der staatliche französische Autokonzern Renault gibt ein Projekt zum Bau eines Motorenwerks in der UdSSR auf. Als Begründung wurden nicht eingehaltene sowjetische Versprechen über den Kauf von Ausrüstungsgütern in Frankreich genannt.

WELT-Report Reisen '85

Die deutschen Urlauber wollen beim Flug in die Ferien nicht mehr auf Komfort verzichten. Die Reise-Unternehmer haben den Trend erkannt und reagiert. In den Wochen der Urlaubsvorbereitungen will der beiliegende 72 Seiten starke farbige Report Anregungen und Tips vermitteln.

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Die starke Nachfrage des Auslands nach deutschen Produkten hält an. Von Dezember auf Januar stiegen die Auslandsorders um 5 Prozent. (S. 13)

Verschuldung: Polen fordert von den westlichen Handelspartnern einen neuen Kredit in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar. Es droht, sich sonst nicht an das im Januar getroffene Umschuldungsabkommen zu halten. (S. 13)

Bertelsmann: Europas größter Medienkonzern erwartet für das laufende Geschäftsjahr einen Umsatz von deutlich über sieben Milliarden DM nach 6,717 Milliarden DM 1983/84. (S. 15)

Börse: Der Aktienmarkt tendierte überwiegend freundlich. WELT-Aktienindex 175,5 (174,5). Die Rentenkurse gaben weiter nach. BHF-Rentenindex 100,088 (100,329). Performance-Index 98,587 (98,795). Dollar-Mittelkurs 3,4235 (3,4170) Mark. Goldpreis je Feinunze 287,40 (287,90) Dollar.

ZITAT DES TAGES



»Die Kirche steht ganz bewußt unter dem Kreuz der Folgen des Krieges. Die Teilung Europas, vor allem aber die Teilung unseres Vaterlandes gehört zu den traurigsten und tragischsten Folgen«

Der katholische Bischof von Berlin, Joachim Kardinal Meisner

FOTO: KLAUS MEHNER

KULTUR

Filmpreise: Für „Paris, Texas" wurde Wim Wenders von der Britischen Akademie für Filmkunst und Fernsehen als bester Regisseur des Jahres 1984 ausgezeichnet. Den Preis als bestes ausländisches Fernsehspiel erhielt die deutsche Produktion „Das Boot".

Kultursubventionen: Eine Studie über Sinn und Nutzen von Kultursubventionen am Beispiel der Stadt Zürich zeigt, daß Subventionen nicht nur die Kulturszene beleben, sondern auch beträchtliche wirtschaftliche Auswirkungen haben. (S. 19)

SPORT

Motorsport: Zum Auftakt der Rallye Portugal, des dritten WM-Laufes 1985, liegt der Regensburger Walter Röhrl mit seinem Beifahrer Christian Geistdörfer auf Audi Sport Quattro auf dem zweiten Platz. Es führt der Italiener Massimo Biasion auf Lancia.

Eiskunstlauf: Bei den Weltmeisterschaften in Tokio gewannen die sowjetischen Olympiasieger Elena Walowa und Oleg Wasiliew den Titel im Paarlauf. Das deutsche Paar Claudia Massari/Daniele Caprano belegte den zehnten Platz. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Drogenhandel: Der illegale Handel mit Rauschgift in den USA erreichte 1984 nach einem Kongreß-Bericht einen Umsatz von 110 Milliarden Dollar. Hauptumschlagplatz war Miami. (S. 20)

Führerschein: Die Aktion von Kommunen, mit einem befristeten Nulltarif für Busse und Bahnen ältere Autofahrer zur Rückgabe ihres Führerscheins zu bewegen, gerät ins Zwielicht. Einige Städte haben die Kampagne schon abgeblasen. (S. 20)

Wetter: Trüb und regnerisch. 4 bis 8 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Craxi steht voll hinter Reagans SDI-Programm

Italiens Regierungschef in Washington: Paradoxes Verhalten Moskaus

FRITZ WIRTH, Washington

Präsident Ronald Reagan und der italienische Premierminister Bettino Craxi stimmten nach einem zweistündigen Gespräch im Weißen Haus darin überein, daß die Solidarität der NATO zu diesem Zeitpunkt von entscheidender Bedeutung sei. „Wir beobachten zur Stunde massive Versuche der Sowjetunion, vor den Genfer Abrüstungsverhandlungen einen Keil in dieses Bündnis zu treiben", erklärte ein hoher Beamter des State Department nach dem Besuch Craxis. „Das hat uns nicht überrascht, gebietet aber erhöhte Wachsamkeit." Die Äußerungen von Außenminister Gromyko beim Besuch des deutschen Außenministers in Moskau werden in diese Bemühungen eingereiht.

In der Diskussion über die am 12. März beginnenden Abrüstungsgespräche schwenkte der Sozialist Craxi besonders in der Frage der umstrittenen „Strategischen Verteidigungsinitiative" Präsident Reagans auf den Kurs der britischen und deutschen Regierung ein. Craxi gab volle Unterstützung für die Forschungsarbeiten an diesem Programm, die nach seinen Angaben mindestens zehn Jahre dauern werden und nicht bestehende ABM-Abmachungen verletzen, und macht das weitere Schicksal dieses Projekts dann von neuen Verhandlungen im Rahmen des ABM-Vertrages abhängig.

Auf die Frage von Journalisten, ob er dem italienischen Regierungschef diese Position zum SDI-Programm habe „verkaufen" müssen, entgegnete Präsident Reagan: „War nicht mehr nötig."

Craxi berichtete, daß er aus seinem jüngsten Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko den Eindruck gewann, daß die Sowjets diese Strategische Verteidigungsinitiative Präsident Reagans in den Mittelpunkt der Genfer Verhandlungen stellen und deren Erfolg von amerikanischen Zugeständnissen in diesem Bereich abhängig machen werden.

Craxi erklärte dazu in einem Fernseh-Interview: „Ich halte diese sowjetische Einstellung für paradox. Ich meine, wir sollten in Genf nach einem Übereinkommen über Waffensysteme suchen, die existieren, und den Erfolg nicht vom Streit über ein Verteidigungssystem abhängig machen, das noch nicht vorhanden ist."

Der italienische Regierungschef berichtete Reagan ferner über das tiefe Mißtrauen, das er aus seinen Gesprächen mit Gromyko über die amerikanische Verteidigungsstrategie herausgelesen hatte. Reagan erwiderte, daß man in Genf alles unternehmen werde, dieses Mißtrauen zu beseitigen. „Unser Ziel bleibt die Reduzierung und schließliche Abschaffung aller Angriffswaffen, nuklear und konventionell."

Zu gleicher Zeit ließ die sowjetische Delegation unter Leitung des Mitglieds des Politbüros Schtscherbitzki, die sich seit Sonntag in Washington ...

● Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Das Ministerwort

PETER JENTSCH

Seit 1973, als Heiner Geißler der gesetzlichen Krankenversicherung den „100-Milliarden-Schock" prophezeite, ist die „Kostenexplosion im Medizinbetrieb" bekannt und Gegenstand kurzatmiger gesetzlicher Eingriffe, die in die Ära der sozial-liberalen Koalition fallen. Gebracht haben sie nichts: Die 100-Milliarden-Grenze ist erreicht. Und die Ausgaben wachsen munter weiter. Schon haben einige Krankenkassen angekündigt, spätestens 1986 ihre Beiträge wieder erhöhen zu wollen.

So kann es nicht weitergehen, wenn die Versicherten sich nicht für ihre Gesundheit totbezahlen sollen. Das hat auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erkannt. Gestern nannte er die Ausgabenentwicklung „bedrohlich". Mit drohendem Unterton machte er Ärzten und Zahnärzten, Apothekern und der Pharmaindustrie deutlich, daß er ihr kostenauswuchernden Treiben nicht länger mitansehen werde. Blüm vertraut nicht mehr auf die Kräfte der Selbstverwaltung.

Er will kurzfristig die Arzneimittelausgaben (15 Milliarden Mark jährlich) in den Griff bekommen und mittelfristig durch eine Reform der Krankenversicherung, die marktwirtschaftliche wie dirigistische Elemente enthalten soll, die Verbraucher vor weiteren Abgabenlasten bewahren.

Der Minister hat sich damit in die Pflicht genommen. Seine Hausaufgabe besteht darin, die Logik des heutigen Systems, das alle zwingt, sich so zu verhalten, wie sie es von den anderen befürchten, umzukehren in die Logik eines Systems, das es dem einzelnen ermöglicht, sich so zu verhalten, wie er es für richtig hält. Das erfordert mehr Wettbewerb und weniger Bürokratie. Eingriffe sind nur dort erlaubt, wo ein Wettbewerb stattfindet, etwa bei der Arzneimittelverordnung durch die Ärzte. In diese Richtung, das kündigte Blüm an, will er marschieren.

Daß der Minister hier wenig Spielraum hat, wird deutlich, wenn man berücksichtigt, welche politischen Wogen die Beitragserhöhung in der Rentenversicherung geschlagen hat. Der Medizinbetrieb ist kein Selbstbedienungsladen. Weiter steigende Beiträge verhindern Wirtschaftswachstum, gefährden tendenziell Arbeitsplätze und verschütten die Quellen, aus denen allein die soziale Sicherung gespeist wird.

Blüm droht mit Eingriffen des Staates

Warnung an Ärzte, Apotheker und Pharmaindustrie / Frist zur Kostensenkung eingeräumt

PETER JENTSCH, Bonn

Unerwartet offen hat Bundesarbeitsminister Blüm gestern angekündigt, angesichts der „bedrohlichen Kostenentwicklung" im Gesundheitswesen Ärzte und Zahnärzte, Apotheker und vor allem die Pharmaindustrie preis- und leistungspolitisch an die Kandare nehmen zu wollen. Zur Eröffnung des Symposiums „Ordnungspolitische Alternativen zur Gesundheitspolitik" in Bonn machte er deutlich, daß er staatliche Reformen im Medizinbetrieb nicht mehr ausschließe. Blüm: „Jetzt beginnt die Entscheidungsphase. Die Zeit der endlosen und fruchtlosen Appelle ist vorbei, weil eine weitere Abgabenbelastung von Arbeitnehmern und Wirtschaft durch steigende Beiträge zur Krankenversicherung die 2,6 Millionen Arbeitslosen nicht von der Straße schafft."

Bonn habe die größten Anstrengungen unternommen, um in der Rentenversicherung zusätzliche Beitragsbelastungen so gering wie möglich zu halten. „Was wir dort mit großer Mühe zusammenhalten, rinnt uns in der Gesundheitspolitik durch die Finger." Auch Ärzte, Zahnärzte und Pharmaindustrie müßten erkennen, daß die Diskussion um die nicht völlig kompensierte Beitragsanhebung in der Rentenversicherung „eine Menge politischen Sprengstoff" enthalte, der auf den Medizinbetrieb zurückschlage und die Notwendigkeit von Reformen offensichtlich mache.

Blüm machte deutlich, daß er mit der Forderung der Deutschen Bundesbank übereinstimme, „darauf hinzuwirken, daß die Ausgaben (der gesetzlichen Krankenversicherung) längerfristig nicht stärker wachsen als die den Beitragseinnahmen zugrunde liegenden Einkommen". Allein die Beitragsanhebung der Kassen habe Arbeitnehmer und Betriebe 1984 mit zusätzlich zwei Milliarden Mark belastet. Unter Anspielung auf die gescheiterten Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Pharmaindustrie zur Kostenbegrenzung der Arzneimittelausgaben betonte der Minister, die Selbstverwaltung habe bisher nicht die Kraft aufgebracht, diese Herausforderung zu bewältigen.

Die Ausgabensteigerungen für die gesundheitliche Versorgung nannte Blüm „kein Beleg für eine Qualitätssteigerung". Im Krankenhausbereich seien die Kosten innerhalb von nur zwölf Jahren von 9,4 auf 32 Milliarden Mark gestiegen – „und niemand wird behaupten können, heute sei die Krankenhausversorgung dreimal so gut wie 1972". Die Politik der Kostendämpfung müsse daher weiterentwickelt und längerfristig angelegt werden. In diesem Zusammenhang sprach sich Blüm auch für mögliche Formen der Selbstbeteiligung als Steuerungsinstrument aus.

Am Rande der Tagung wurde deutlich, daß die Kassenärzte dem Arbeitsminister signalisiert haben, in diesem Jahr auf höhere Honorare zu verzichten, wenn der Gesetzgeber dafür Schritte zur Bewältigung der Ärzteschwemme einleite.

USA und Israel vereinbaren Freihandel nach EG-Vorbild

Jerusalem will engere wirtschaftliche Bindungen mit Washington

H.-A. SIEBERT, Washington

Zum erstenmal in ihrer Geschichte bilden die USA mit einem anderen Land eine Freihandelszone ohne Zölle und nichttarifäre Beschränkungen im Warenverkehr. Der Partner ist das 9600 Kilometer entfernte Israel. Vorbild der vor mehr als zehn Jahren zwischen der jüdischen Nation und der EG geschlossene Handelsvertrag. Das Abkommen zwischen Washington und Jerusalem ist jedoch umfassender, da Agrarerzeugnisse einbezogen sind. Im „Trade and Tariff Act of 1984" hatte der Kongreß dem Weißen Haus umfassende Verhandlungsvollmachten erteilt, so daß die Zustimmung der Legislative spätestens im Sommer gewährleistet ist. Der Gesetzentwurf, den Präsident Reagan dem Kongreß nach Abschluß der Gespräche mit der israelischen Regierung zugeleitet hat, sieht die Abschaffung der Zölle in vier Stufen bis zum 1. Januar 1995 vor.

Im vergangenen Jahr erzielten die USA einen Überschuß in Höhe von 400 Millionen Dollar, wobei die Ausfuhren 2,2 und die Importe 1,8 Milliarden Dollar erreichten. Nahezu 90 Prozent der israelischen Lieferungen fallen bereits unter das amerikanische Präferenzzoll-System. Die USA erhalten sofort die Zollvorteile, die der EG eingeräumt wurden: Zugestimmt hat Israel einer Eliminierung der Exportsubventionen in sechs Jahren. Im Gegenzug wurde Israel der Verkauf von Spitzentechnologien wie Kleincomputern, Solarzellen und dreidimensionalen Röntgengeräten in den USA erlaubt. Erst in der vierten Liberalisierungsstufe, die am 1. Januar 1990 beginnt, werden die Zölle für weiterverarbeitete Agrarprodukte, Brom, Zitrusfrüchte, Textilien, Goldschmuck, bestimmte Gemüsesorten wie Avocados, Artischocken und Paprika, Schuhzeug und Lederartikel auf amerikanischer Seite abgeschafft.

Bisher hat Washington den karibischen Ländern einseitige Handelshilfe gewährt, indem die Zölle für wichtige Exportwaren der Region gesenkt oder gestrichen wurden. Auf die Freihandelszone hat Israel gedrängt, um die politischen und wirtschaftlichen Bande mit den USA noch enger zu knüpfen. Ein wichtiger Grund war aber auch die Tatsache, daß die amerikanischen Zollpräferenzen, die auch anderen Staaten zugestanden wurden, jederzeit widerrufen werden können. Außerdem hat Jerusalem darauf hingewiesen, daß Israel bei steigenden Exporten weniger Hilfe benötige und der Schuldendienst leichter zu bewerkstelligen sei.

Israel ist im Ausland mit mehr als 22,5 Milliarden Dollar verschuldet. Das sind 7000 Dollar pro Kopf. Hauptgläubiger sind die USA. Eingerichtet wird die Freihandelszone zu einem Zeitpunkt, wo Israel von der schwersten Wirtschaftskrise in seiner Geschichte geschüttelt wird. So hat Jerusalem kürzlich das höchste Hilfe-Ersuchen nach Washington übermittelt: Im Finanzjahr 1986, das am 1. Oktober beginnt, sollen die USA dem strategisch wichtigen Land mit nahezu 4,1 Milliarden Dollar unter die Arme greifen.

Warschau erwartet „positive Folgen" der Genscher-Visite

DW. Warschau

Die polnische Führung hat bereits vor dem kurzen Besuch Bundesaußenministers Genscher in Warschau die Hoffnung auf „konkrete und positive Ergebnisse" geäußert. Die offizielle Nachrichtenagentur PAP schrieb, die Visite sei unter anderem möglich geworden, weil derzeit eine „Belebung der diplomatischen Ost-West-Beziehungen" stattfinde. Ein günstiges Klima für die Treffen Genschers mit Mitgliedern der Warschauer Führung sei auch durch die Tatsache geschaffen worden, daß die Bundesregierung sich dem „Realismus" zugewandt habe und die „Wirklichkeit akzeptiere, die in den letzten 40 Jahren als politisches Ergebnis des Zweiten Weltkrieges" entstanden sei. In einem polnischen Rundfunkkommentar wurde darauf hingewiesen, daß Genscher kein Befürworter der „amerikanischen Isolationspolitik" gegenüber Warschau gewesen sei.

Hausarrest in Florida mit Heimcomputer

DW. West Palm Beach

Um der Überfüllung der städtischen Gefängnisse entgegenzuwirken, werden in der Gemeinde West Palm Beach des amerikanischen Bundesstaates Florida in einem Testprogramm Häftlinge mit leichten Freiheitsstrafen in Hausarrest gehalten. Zu ihrer Überwachung tragen sie einen Minisender an einem ihrer Beine befestigt, der Signale an eine koffergroße Übertragungsanlage im Haus alle 35 Sekunden überträgt. Diese löst einen Alarm aus, wenn der Häftling sich weiter als 22,5 Meter von ihr entfernt oder den Apparat von seinem Bein löst. Der Häftling muß eine monatliche Gebühr in Höhe von 137 Dollar für die Alarmanlage selbst bezahlen. Der Test mit dem ersten Häftling verlief so positiv, daß die Gemeinde 40 dieser Heimcomputer bestellte und künftig auch schwerere Vergehen in das Hausarrest-Programm aufnehmen will.

Medizinisches Laser-Zentrum für Berlin

DW. Berlin

Zwischen der Freien Universität Berlin und drei Privatunternehmen ist ein Kooperationsvertrag zur Gründung einer Laser-Medizin-Zentrum GmbH geschlossen worden. Die drei Partner der FU sind die Äskulap-Werke in Tuttlingen, die MBB-Medizintechnik GmbH in München und Carl Zeiss in Oberkochen. Die Gesellschaft darf fünf Jahre lang Räume der Universität nutzen. Der Geschäftsführer der GmbH wird als Professor an das Universitätsklinikum in Berlin-Steglitz berufen. FU-Präsident Professor Häckelmann begrüßte die neue Absprache und bezeichnete sie als weiteren Schritt der Universität, „sich verstärkt um Kontakte auch zur Wirtschaft zu bemühen". Die Laser-Medizin biete dafür ein geradezu „ideales Feld", das wegen seiner imponierenden Entwicklungschancen für die FU und die Unternehmen „große Attraktivität" besitze.

Empörung über Brief an RAF-Häftlinge

DW./ms. Bonn

Mit unterschiedlicher Tonlage haben CDU/CSU und SPD auf die Gesprächsangebote der grünen Bundestagsabgeordneten Antje Vollmer und Christa Nickels an inhaftierte RAF-Terroristen reagiert. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, nannte das Verhalten der beiden Abgeordneten „skandalös". Er forderte die Grünen auf, sich den Opfern des Terrorismus zuzuwenden. Außerdem verlangte er von den Grünen, die „beuchlerische Begründung", sie folgten einer Christenpflicht, aufzugeben und eindeutig zu erklären, daß es sich bei den Inhaftierten nicht um politische Gefangene, sondern um Kriminelle handele.

Alfred Emmerlich, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, charakterisierte das Verhalten der grünen Parlamentarier als „blauäugig". Im Prinzip seien Bemühungen, Gewalttäter davon zu überzeugen, daß nur über friedfertiges Handeln positive Wirkungen erzeugt werden könnten, zu begrüßen. Angesichts der Bekenntnisse der RAF zur Gewalt und der Serie von Gewalttaten bis hin zu bestialischen Morden halte er jedoch den Versuch der Grünen für „wenig aussichtsreich". Der Vorstoß lasse auch nicht erkennen, daß die Grünen die Gefahr, die vom Terrorismus ausgehe, richtig einschätzten und bereit seien, diesen Gefahren „mit dem nötigen Ernst und der nötigen Entschlossenheit" zu begegnen. Die FDP sprach von einer „Verhöhnung des Rechtsstaates".

Nach Informationen der WELT haben Vollmer und Nickels am 30.1.1985 gleichlautende Briefe mit „herzlichen Grüßen" unter anderem an Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz und Sieglinde Hoffmann geschrieben:

„Wir schreiben Dir diesen Brief, weil wir Dich so gern wie möglich besuchen möchten und Dir unser Interesse an einem Besuch erklären möchten.

Wir waren mit der Diskussion über Euren Hungerstreik, wie sie in unserer Fraktion geführt wurde, sehr unzufrieden. Wir haben in dieser Diskussion vertreten, daß die GRÜNEN schon sehr viel versäumt haben, was die Auseinandersetzung mit der Lage der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik betrifft, daß wir die inhaftierten RAF-Mitglieder viel zu lange politisch ignoriert haben und es nun angesichts Eures fortgeschrittenen Hungerstreiks höchste Zeit sei, mit Euch Gespräche zu führen. Wir konnten uns mit dieser Position in der Fraktion nicht durchsetzen; statt dessen wurde per Mehrheitsentscheidung die bekannte Erklärung verabschiedet, die u.a. die Aufforderung an Euch enthält, Euren Hungerstreik abzubrechen.

Als praktischen Ausdruck unserer Kritik hieran haben wir die Erklärung der Interfraktionellen Delegation von Mitgliedern des Europaparlaments unterzeichnet, da sie keinen Appell zum Abbruch Eures Hungerstreiks beinhaltet, sondern Eure Forderung nach Aufhebung der derzeitigen Haftbedingungen unterstützt und die politische Auseinandersetzung mit Euch sucht.

Auch wir finden es sinnvoll, politisch mit Euch zu diskutieren. Nun lehnt Ihr aufgrund der Erklärung der Bundestagsfraktion Besuche von grünen Bundestagsabgeordneten ab. Wir möchten Dich mit diesem Brief bitten, uns – soweit es Deine Entscheidung betrifft – die Gelegenheit zu einem Besuch bei Dir einzuräumen, und uns nicht für eine Mehrheitsentscheidung verantwortlich zu machen, der wir unterlegen sind."

Seite 2: So gern wie möglich

Im Golfkrieg werden wieder zivile Ziele angegriffen

Iran und Irak sprechen von gegenseitigen Vergeltungsschlägen

DW. Bagdad/Teheran

Der dreieinhalb Jahre dauernde Krieg zwischen Iran und Irak hat nach eineinhalbjähriger Unterbrechung wieder zivile Ziele im Visier. Die irakische Militärführung hat 30 Städte in Iran benannt, die von der irakischen Artillerie als Gegenschlag zu dem iranischen Feuerangriff vom Dienstag auf Basra beschossen werden sollen.

Die in einem irakischen Militärkommuniqué genannten Ziele in Iran erstrecken sich von Täbris bis zu der am Golf gelegenen Hafenstadt Buchehr und dem dortigen Atomkraftwerk. An die Bevölkerung erging die Aufforderung, ihre Wohnorte gestern vor acht Uhr MEZ zu verlassen.

Unterdessen hat sich die Lage im Gebiet von Basra wieder beruhigt. Offenbar wurde die Stadt nicht direkt getroffen, sondern nur ihre Vororte. Wie von offizieller irakischer Seite verlautete, hat der Angriff eine noch nicht feststellbare Zahl von Verletzten gefordert.

Der Präsident des UNO-Weltsicherheitsrates, der madagassische UNO-Botschafter Blaise Rabetafika, hat an die Kriegsgegner appelliert, sich an ihr im Juni des vergangenen Jahres erzieltes Stillhalteabkommen zu halten und Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung zu unterlassen.

Die Vereinbarung war bisher von Iran und Irak mehr oder weniger respektiert worden. Demgegenüber verlautete aus Teheran, das Abkommen sei „fruchtlos geblieben". Iran habe nun keine andere Wahl, als mit Gegenschlägen zu antworten. Erst die irakischen Angriffe hätten seine Regierung veranlaßt, von dem auf Initiative der UNO erzielten Abkommen abzurücken, erklärte der iranische UNO-Botschafter Chorassani.

Chorassani erklärte ferner, sein Land sei bereit, drei gefangene irakische Offiziere gegen den im Oktober 1980 in Gefangenschaft geratenen damaligen iranischen Ölminister Mohammed Tondguyan und zwei seiner Mitarbeiter auszutauschen. Die Gefangenen seien Zivilisten und daher nicht als Kriegsgefangene im Sinne der Genfer Konvention zu behandeln.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Kontakte des Vatikan

Von Peter M. Ranke

Am 14. September 1982 empfing Papst Johannes Paul II. im Vatikan den PLO-Chef Yassir Arafat. Der Moslem Arafat, dessen Terroristen gerade von den Israelis aus West-Beirut vertrieben worden waren, war so gnädig, seine Pistole im Vorzimmer zu lassen. Am selben Tag wurde im christlichen Ost-Beirut der gewählte Staatspräsident Beschir Gemayel mit 21 Gefolgsleuten durch eine Bombe ermordet. Zu den Hintermännern des Anschlags gehörte Abu el Hol, ein Freund Arafats und „Sicherheitschef" der Fatah-PLO.

Man muß an diese Zusammenhänge erinnern, um die Frage zu stellen, warum und zu wessen Nutzen der Vatikan seit dem Arafat-Besuch Kontakte zur PLO unterhält, wie jetzt offiziell bestätigt wurde. Die Sorge um die Christen in der arabischen Welt kann es ja wohl allein nicht sein, wenn moralische Ansprüche an die Politik des Heiligen Stuhles so demonstrativ negiert werden. Eher spricht daraus die opportunistische Absicht, sich mit jenen Palästinensern gut zu stellen, in denen politische Kardinäle vielleicht die künftigen Herrscher in Jerusalem sehen.

Schon im Libanon-Krieg, der vor zehn Jahren ausbrach, hatten sich die christlichen Maroniten (Katholiken) bitter darüber beschwert, daß die Greueltaten der moslimischen PLO-Kommandos an Priestern und Mönchen, die Zerstörung und Schändung von Kirchen und Klöstern vom Vatikan mit keinem Wort kritisiert und verurteilt wurden. Sind die „Kontakte" eine Erklärung dafür? Sie änderten nichts, und sie bewirken nichts, wie auch die Israelis feststellen.

Denn die „Kontakte" funktionierten längst, als die Schulmädchen Esther Adi (11), Nurit und Esther Pollack (14 und 16) *am 6. Dezember 1983 im Bus Nummer 18 in Jerusalem* von einer Bombe zerrissen wurden oder verbrannten. Die PLO Arafats bekannte sich ausdrücklich zu dem Terroranschlag, ebenso wie zu früheren und späteren Mordüberfällen in Israel und im besetzten Gebiet. Leider dient die außenpolitische Fühlungshaltung des Vatikan mit der PLO vor allem dazu, dem Terror ein frommes Mäntelchen umzuhängen. Den Nutzen haben die Mörder, nicht die Kirche.

So gern wie möglich

Von Enno v. Loewenstern

Alfred Emmerlich findet die beiden Grünen blauäugig, weil sie die Rote Armee Fraktion um Audienz angefleht haben; andere äußern sich etwas deutlicher: „Skandalös", „Verhöhnung des Rechtsstaats". Das Pärchen möchte „so gern wie möglich" zu den maßgeblichen Mutmaßlichen und bittet ergebenst, ihm „die Gelegenheit zu einem Besuch bei Dir einzuräumen und uns nicht für eine Mehrheitsentscheidung verantwortlich zu machen, bei der wir unterlegen sind. Alles andere läge bei Dir, wenn Du es richtig findest, mit uns zu diskutieren."

Briefe an inhaftierte Terroristen haben hier so etwas wie eine Tradition; schon der damalige Bundespräsident Heinemann bat die „sehr geehrte Frau Meinhof" im Dezember 1982 brieflich, sie möchte doch ihren Hungerstreik abbrechen, da ihre Beschwerden über die Haftbedingungen ohnehin „zum großen Teil gegenstandslos" geworden seien. Er hatte keinen Erfolg.

Die *Damen Nickels und Vollmer sind nicht so ambitioniert.* Im Gegenteil, sie unterstützen die Forderungen der Häftlinge und haben sich geweigert, eine Aufforderung zum Abbruch des jüngsten Hungerstreiks zu unterschreiben; dieses möge man ihnen bitte zugute halten. Sie finden es nur „sinnvoll, politisch mit Euch zu diskutieren".

Inwiefern sinnvoll? Die beiden Petenten haben kein Thema genannt, wo sie das Gefühl haben, die Häftlinge überzeugen zu müssen. Sie beklagen nur, „daß wir die inhaftierten RAF-Mitglieder viel zu lange politisch ignoriert haben". Es geht also offensichtlich um den Kontakt als solchen, um das Signal insbesondere an die Szene in Berlin: Wer mit den Terroristen sympathisiert, soll die Grün/Alternativen wählen, nicht nur zu Ehren der Politiker Kunzelmann, Heinrich, Klöckner, Härlin und so fort, sondern auch in Ansehung der Tatsache, daß *aktuelle Beziehungen fortbestehen.*

Der Hungerstreik hat sich übrigens inzwischen erledigt, weil ein Mord gelungen ist. Seitens der stets un-verantwortlichen Damen hat man nicht gehört, daß sich das Interesse damit erledigt habe.

Kein Vorbild

Von Uwe Bahnsen

Im Hamburger Stadtteil Eppendorf soll ein Platz nach dem KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann benannt werden, den Hitler 1944 im KZ Buchenwald ermorden ließ. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und seine Mitregenten haben vorsorglich erklärt, *dieses Vorhaben werde „auch Zweifel und Widerspruch"* hervorrufen. Aber, so argumentieren sie: Ernst Thälmann gehöre eben zur Geschichte Hamburgs, und insoweit entspreche der Senatsbeschluß „den Bestimmungen über die Benennung von Verkehrsflächen".

Starker Tobak. Wenn dieser Maßstab anzulegen ist, könnte mit der gleichen verqueren Logik gefordert werden, eine Straße Hamburgs nach dem früheren Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann zu benennen – zur „Geschichte unserer Stadt" (Dohnanyi) gehört der unzweifelhaft auch.

Auch die Spitzengenossen im Hamburger Rathaus räumen ein, Ernst Thälmann sei „als Politiker kein Vorbild für die Demokratie gewesen". Was heißt hier „kein Vorbild". Thälmann war ein glühender Feind der Demokratie; er hat sie bekämpft und verhöhnt, wo und wie er konnte – die Demokratie und die SPD von Weimar. Den Sozialdemokraten vor allem galt sein ganzer Haß.

Aber der Senat spekuliert: wenn Thälmann überlebt hätte, hätte er „die Möglichkeit zur Bewährung in der politischen Arbeit der neuen Demokratie" gehabt. Nun werden Leute selten für das geehrt, wofür sie die Möglichkeit hatten, sondern meist für das, was sie getan haben. Gerade bei Thälmann aber spricht wenig für die Annahme, daß er diese Möglichkeit genutzt hätte. Eher ist zu vermuten, daß er wie seine Genossen Ulbricht, Pieck u. a. gehandelt hätte, die unzählige Menschen, darunter viele Tausende von Sozialdemokraten, im sowjetischen Besatzungsbereich in die KZs steckten.

Der Senat beteuerte übrigens zugleich seine „Entschlossenheit, sich allen nichtdemokratischen und antirepublikanischen Kräften entgegenzustellen". Wie schön. Zugleich wird nach einem der Führer dieser Kräfte ein Platz benannt, zur Verhöhnung der Opfer kommunistischer Herrschaft auf deutschem Boden. Ist das nur unlogisch? Oder steckt mehr dahinter?



Halbzeit

KLAUS BOHLE

Der Vorbehalt bleibt

Von Rupert Scholz

Die Bundestagsdebatte um die Lage der Nation brachte klärende Worte. Der Bundeskanzler betonte mit Recht die fortbestehenden völker-, verfassungs- und vertragsrechtlichen Rahmenbedingungen der offenen deutschen Frage, namentlich den Vorbehalt der friedensvertraglichen Regelung, wie er auch das Schicksal der deutschen Vertriebenen hervorhob und das jener Polen, die in den Gebieten jenseits Oder und Neiße eine neue Heimat gefunden haben. Dennoch ist Streit auch um den Warschauer Vertrag von 1970 und sein Bekenntnis zur Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und zur uneingeschränkten Achtung der territorialen Integrität entstanden.

Der Friedensvertragsvorbehalt formuliert den völkerrechtlich fundamentalen Pfeiler der Offenheit der deutschen Frage, fordert aber auch Differenzierungen, die wiederum für den Rahmen einer politisch wirksamen und rechtmäßigen Deutschlandpolitik bedeutsam sind.

Der Friedensvertragsvorbehalt und das Recht des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag erstrecken sich nach den Vereinbarungen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs auf Deutschland als Ganzes in den Grenzen vom 31. Dezember 1937. Abgesehen davon, daß die Alliierten auch untereinander bei Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen von der prinzipiell fortbestehenden staatlichen Einheit Deutschlands bzw. von der Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates ausgingen, finden sich konkrete Bindungen der Alliierten auf das Ziel eines wiedervereinigten Deutschlands sowohl im Verhältnis der drei Westmächte zur Bundesrepublik als auch im Verhältnis der Sowjetunion zur DDR.

Die Westmächte haben sich im Deutschlandvertrag 1952 auf das Ziel eines „wiedervereinigten Deutschlands, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt", verpflichtet (Artikel 7). Die Sowjetunion hat sich in der Souveränitätserklärung der DDR 1954 auf das Ziel „der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage" der DDR gegenüber verpflichtet. Selbst wenn die Sowjetunion (und die DDR) sich heute hieran nicht gerne erinnern lassen, die Sowjetunion hat an ihren entsprechenden Vorbehaltsrechten noch stets festgehalten.

Ungeachtet der Tatsache, daß über jenes wiedervereinigte „demokratische" Deutschland zwischen dem Westen und dem Osten grundlegende Auffassungsunterschiede bestehen: der deutschlandpolitisch wirksame Friedensvertragsvorbehalt verdichtet sich ebenso im Verhältnis der Westmächte zur Bundesrepublik wie im Verhältnis der Sowjetunion zur DDR zu einer spezifischen Verantwortung für die Einheit Deutschlands, die mit Präsident Reagan auch als treuhänderische Verpflichtung (trusteeship) umschrieben werden kann. Aus dieser entwickeln sich spezifische Klammerfunktionen, die nicht nur für die Alliierten, sondern auch für das Verhältnis der beiden deutschen Teilstaaten zueinander und ihre deutschlandpolitisch besonderen Beziehungen wesentlich sind. Es gelten ebenso konkretisierte Pflichten der Alliierten wie spezifische Rechte und Pflichten der in ihrer Souveränität insoweit beschränkten deutschen Teilstaaten.

Die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie wurden in Potsdam nicht der sowjetischen Besatzungszone, sondern der polnischen bzw. sowjetischen Verwaltungshoheit zugeordnet. Damit fand zwar keine gebietsmäßige Annexion statt, der für Deutschland als Ganzes vorgesehene Friedensvertragsvorbehalt sollte auch insoweit maßgeblich bleiben. Andererseits fehlt es für sie aber an einer vergleichbaren treuhänderischen Bindung der Alliierten auf das Ziel der deutschen Wiedervereinigung bzw. der Rückgliederung auch dieser Gebiete in einen einheitlichen deutschen Staat. Polen und die Sowjetunion verfügen insoweit über die administrative Souveränität in jenen Gebieten, die nur mittels friedensvertraglicher Regelung abgeändert werden kann. Für die Bundesrepublik *und die DDR gilt der Friedensver*tragsvorbehalt dagegen nicht nur als entsprechende Änderungsermächtigung, sondern als verbindliche Zielbestimmung.

GAST-KOMMENTAR



Der Staatsrechtslehrer Professor Dr. Rupert Scholz ist Berliner Senator für Bundesangelegenheiten FOTO: DIE WELT

Diese Differenzierungen innerhalb des Vorbehalts der friedensvertraglichen Regelung für Deutschland als Ganzes erlauben dennoch keine Teilung innerhalb der deutschen Frage in dem Sinne, daß für die Bundesrepublik und die DDR die deutsche Frage als unverändert offen, für die unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden Ostgebiete dagegen als abgeschlossen gelte. Solche Abgeschlossenheit bedingte die völkerrechtlich definitive Annexion jener Gebiete, die jedoch nicht einseitig, sondern nur im Rahmen eines Friedensvertrags erfolgen könnte. Der Friedensvertragsvorbehalt erweist sich insoweit als nicht teilbar, was alle politischen Verantwortungsträger auch in der Bundesrepublik sorgfältig beachten müssen.

Andererseits erlaubte die besondere Qualität des Friedensvertragsvorbehalts im Verhältnis zu Polen und zur Sowjetunion Verträge wie die von Warschau und Moskau. Denn wenn der Sowjetunion und Polen insoweit die territoriale Integrität und administrative Souveränität über jene Gebiete – einschließlich des Briefes zur deutschen Einheit und der ausdrücklichen Feststellung vom Unberührtsein anderer völkerrechtlicher Verträge (also namentlich auch des Potsdamer Abkommens) – bestätigt wurden, blieb der Friedensvertragsvorbehalt gewahrt.

Im Verhältnis zur DDR gilt jedoch prinzipiell anderes. Hier bindet der Friedensvertragsvorbehalt alle Deutschlandpolitik an den verbindlichen Rahmen des Ziels der deutschen Wiedervereinigung. Offenheit der deutschen Frage bedeutet hier nicht etwa Beliebigkeit oder gar Befugnis zur völkerrechtlichen Anerkennung der deutschen Teilung. So ungelöst und in historische Dimensionen verwiesen die Frage der Wiedervereinigung ist, hinsichtlich des politischen Ziels sind die rechtlichen Vorgaben ebenso eindeutig.

IM GESPRÄCH Abu Nidal

Morde im eigenen Lager

Von Volker S. Stahr

Im November verbreitete der britische Rundfunksender „Channel 4" *die Meldung, Abu Nidal* sei in einem Bagdader Krankenhaus einem Herzversagen erlegen. Offizielle Bestätigungen gab es damals nicht – die Briten konnten sich lediglich auf „Informationen aus irakischen und jordanischen Geheimdienstkreisen" über den Tod des berüchtigtsten aller Palästinenser-Terroristen berufen.

*Kurz danach jedoch, am 20. No*vember, ließ Libyens Revolutionsführer Khadhafi die Nachricht von einem Treffen mit Abu Nidal verbreiten. Mittlerweile tauchte in Paris ein weiteres, ernst zu nehmendes Indiz für das Weiterleben Abu Nidals auf. Die Monatszeitschrift „France – pays arabes" veröffentlichte ein Interview, das der Journalist und Präsident des „Vereins französisch-arabischer Solidarität", Lucien Bitterlin, Anfang Februar in der libanesischen Bekaa-Ebene mit dem Guerrilla-Chef geführt haben will. Der Nahost-Fachmann behauptet, in seinem Gesprächspartner Abu Nidal wiedererkannt zu haben, dem er bereits 1978 einmal begegnet sei. Photos oder Tonbandaufzeichnungen von dieser Begegnung gibt es allerdings nicht.

Drei Meldungen, kein stichhaltiger Beweis pro oder contra: so sonderbar es klingt, gerade dies gilt vielen als ein Indiz für einen lebenden Abu Nidal. Denn zeit seines Lebens lag ihm viel daran, *Widersacher und potentielle* Opfer über seinen Aufenthalt und seine Pläne im unklaren zu lassen – nun auch über seine Existenz?

Der wahrscheinlich um 1945 in Nablus geborene Sabri Khalil al-Banna – Kampfnahme „Abu Nidal" (Vater des Kampfes) – gehörte seit den sechziger Jahren der PLO an. Und zwar stets als einer der Unerbittlichsten in deren Lager. 1974 kam es darüber zum Bruch zwischen ihm und der PLO-Mehrheit um Arafat. Es war die Zeit der palästinensischen Diplomatie, die Ende 1974 Arafat gar vor die Generalversammlung der UNO führte.

Abu Nidal verließ die PLO und *ging mit seinem Verband eigene* Wege. Er proklamierte einen „blutigen Kampf bis zum Ende Israels". Auf dessen Weg blieben jedoch nicht nur tote Israelis, sondern auch tote Palästinenser. Mehrere führende politische Köpfe der PLO, unter ihnen die Vertreter der Organisation in London (1978) und Brüssel (1981), wurden „hingerichtet". Der Grund dafür steht auch in dem Interview mit Bitterlin zu lesen: Tod all jenen, „die mit dem zionistischen Staat, der nicht weiterexistieren darf, verhandeln wollen". Sein letzter Coup war die Ermordung des Arafat-Vertrauten Sartawi 1983 in Lissabon. Ein Jahr zuvor hatte seine Organisation durch ihren Anschlag auf den israelischen Botschafter in London den Anlaß zum Libanonfeldzug gegeben.



Ein Totgesagter läßt von sich hören: Abu Nidal FOTO AP

Unterstützt wurde Abu Nidal wechselseitig von Syrien und Irak. Seine Vision ist in der Tat ein die Gebiete der heutigen Israel und Jordanien umfassendes Palästina, das Teil eines Großsyrien sein soll. Arafat fürchtet diesen Mann wie wohl keinen zweiten inner- und außerhalb des palästinensischen Lagers. Als die Meldung von Abu Nidals Tod aufkam und die Arafat-Gefolgsleute jubelten, soll er gesagt haben: „Bevor ich seinen Leichnam nicht mit eigenen Augen *gesehen habe, glaube ich kein* Wort davon."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE GUARDIAN

Genschers Reise findet in London skeptische Beobachter:

Die eilig arrangierte Reise des westdeutschen Außenministers nach Moskau in dieser Woche war nur vor dem Ereignis rätselhaft, nimmt sich hinterher aber deutlich als Rückschlag aus. Falls Genscher bei seiner Ankunft angenommen hatte, daß die bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Rüstungsgespräche ein baldiges Tauwetter in den Beziehungen zwischen Bonn und den Warschauer-Pakt-Staaten verhießen, wurde er schnell eines anderen belehrt.

CORRIERE DELLA SERA

Die römische Zeitung sieht Gemeinsames zwischen SPD und KPI:

Trotz einiger wichtiger Differenzen liegen die beiden Parteien nahe beieinander: Gemeinsamkeiten gibt es bei Themen der Außenpolitik, sie bestehen in den großen Fragen der *Ostpolitik, sie sind aber ebenso in* dem vielleicht konkreteren Feld der Wirtschaftspolitik vorhanden... „Eins ist jedoch sicher: In den drei Tagen der Diskussion haben wir festgestellt, daß wir häufig auf der gleichen Wellenlänge liegen", sagte der kommunistische Senator Silvano Andriani, der das KPI-SPD-Treffen mitorganisierte.

SÜDKURIER

Zur Halbzeitbilanz von Brandt und Vogel heißt es hier:

Sie sagten nicht, wie sich die Partei des von ihr im Stich gelassenen Kanzlers Schmidt die Behebung der Arbeitslosigkeit konkret vorstellt. Auch fehlte der Hinweis, wie die schmal gewordenen Rentenkassen aufzufüllen wären, woher also die Gelder kommen sollen. Worte sind eben immer nur das eine, realisierbare und überzeugende Gedanken das andere.

NIN

Das Belgrader Nachrichtenmagazin fragt, warum in Jugoslawien die meisten Menschen – angefangen von den Zollbeamten an der Grenze bis zu den politischen Funktionären – unfreundlich und humorlos wirken:

Man kann das mit der Tradition des Landes erklären, wo noch vor hundert Jahren im Verhalten zum politischen Gegner die Regel galt: „Schlag ihn nieder und verprügle ihn". Aber der Fehler liegt leider nicht nur in der traditionellen Mentalität, sondern im System. Wie wollen Sie heute jemandem sagen, daß er nicht im Recht ist, wenn er in der Lage ist, Ihnen die Mittel für Ihren Lebensunterhalt zu *entziehen und Sie* an einen Ort zu schicken, wo niemand gerne hingehen mag? Uns fehlt die Fähigkeit, Ideen offen zu akzeptieren und sich ihnen gegenüber offen zu verhalten... Bei uns wurde geistreiche Haltung aus der Politik verbannt. Ich glaube aber, daß die Maske der Ernsthaftigkeit in Wirklichkeit ein Verteidigungsmechanismus gegen eine demokratische Atmosphäre ist. Die schlechte Laune kann auch eine Folge der gerontokratischen Züge des öffentlichen Lebens sein. Im Westen bereiten sich die jungen Politiker vor, fröhlich aufzutreten – bei uns trainieren sie von Kindesbeinen an ihre Strenge.

Die Ursehnsucht trieb den Ehmke-Flügel nach Frattocchie

SPD und Kommunisten finden wieder einmal Gemeinsamkeiten / Von Alfons Dalma

Wegen des Wahlkampfes an der Saar hat nur Lafontaine gefehlt. Sonst war die neunzehnköpfige Abordnung, mit Peter von Oertzen und Hans Ulrich Klose an der Spitze, für den linken SPD-Flügel durchaus repräsentativ, als sie im Schulungsheim der KPI am Rande Roms erschien.

Es kommt nicht so sehr darauf an, ob dieser Auftritt in der leninistischen Lehranstalt im Vorort Frattocchie den offiziellen Segen des Bonner Parteivorstandes hatte, wie das Parteiorgan „L'Unità" behauptet, oder nicht. Jenseits solcher Formalitäten wie auch gelegentlicher Vernebelungsversuche verstärkt sich eine Suche nach einer gemeinsamen Plattform. „Die bisherige sozialdemokratische Politik ist am Ende", erklärt das Parteiblatt der KPI in einem Leitartikel. Die Linie von Bad Godesberg habe „alle ihr früher innewohnenden Möglichkeiten erschöpft". Auf dem Wege des Umdenkens begegne nun die SPD einer anderen großen Linkspartei Europas, der KPI eben.

Dieses Treffen entspringt nicht nur dem instinktiven Streben nach dem Abbau der westlichen Sicherheitspolitik oder einer immer blinderen antiamerikanischen Einstellung, sondern auch einer ideologischen Aufwallung des Ursozialismus, der die unvorhergesehenen und marxistisch auch unvoraussehbaren Mutationen der Technik, der Wirtschaft und der Gesellschaft nur noch als eine diabolische Herausforderung empfindet. Die Suche nach einem „sozialistischen Weg", den niemand von ihnen bisher zu formulieren vermochte, führt die westlichen Kommunisten und die in der Opposition von der realen Verantwortung befreiten Linkssozialisten zusammen.

Die ideologische Plattform der Begegnung wird von Unausgewogenheiten des Verhältnisses unter den Gesprächspartnern belastet. Auch der neueste Lehrgang für deutsche Sozialisten im kommunistischen Schulungsheim ließ deshalb die Italiener in der Lehrerrolle erscheinen, weil Peter von Oertzen und die mit ihm erschienenen Genossen gegenüber der geschlossenen Führungsriege einer ganzen Partei nur eine Gruppe innerhalb der SPD darstellen, die noch dazu in weiten Kreisen der sozialdemokratischen Wähler im Verdacht steht, Totengräber der Partei zu sein. Kein Wunder, daß der zum Unterschied von Vorgänger Berlinguer recht ungehobelte Generalsekretär Natta die Gäste ein wenig von oben herab traktieren konnte.

Ein ähnlich unausgewogenes Verhältnis kommt im weltpolitischen Pazifismus zum Ausdruck. Vor einem Monat haben Horst Ehmke und Giorgio Napolitano in der Ideologiezeitschrift „Rinascità" diese Phase der Annäherung eingeleitet. Die Betonung lag auf der Feststellung von Gemeinsamkeiten im Widerstand gegen die Aufstellung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa und in der Ablehnung der amerikanischen Forschung im Bereich der Abwehrwaffen im Weltraum. Obwohl die KPI – zum Unterschied etwa von einem Lafontaine – sich seit zehn Jahren formal zum Atlantischen Bündnis bekennt, können die linken SPD-Gruppen von ihr lernen, wie die NATO von innen her unter Berufung auf einen „Großeuropa-Nationalismus" (der jeder realen Grundlage entbehrt) zu zersetzen ist. Die Kommunisten haben dabei einen Rückhalt in der sowjetischen Supermacht, während die Linkssozialisten zu einem Hemmschuh für die westliche Allianz werden, ohne ein Gewicht im Osten zu erlangen; es sei denn, sie würden Kommunisten.

Das wird in der Projektion auf die Beziehungen unter den sozialistischen Parteien Westeuropas sichtbar. Die neuentdeckte ideologische Wahlverwandtschaft dieser SPD-Gruppe bedeutet einen Dolchstoß in den Rücken der sozialistischen Regierungsparteien in Frankreich, Italien, Spanien und Portugal, die mit den Folgen der früheren sozialistischen Experimente fertig zu werden versuchen. In Italien ist außerdem die SPD-KPI-Idylle ein Frontalangriff gegen den ersten sozialistischen Ministerpräsidenten des Landes, Bettino Craxi, und ein Schlag gegen die beiden sozialistischen Parteien des Landes, die gegenüber der KPI um ihre Existenz ringen.

Diese Spannung wird in die Sozialistische Internationale getragen. Da wiederum deutet der „historische" KPI-Führer, auch in der „Rinascità", die letzte Konsequenz an: Giancarlo Pajetta beruft sich auf die Auflösung des Kominform, um die Liquidierung der hundertjährigen Sozialistischen Inernationale, die ein Hindernis für die Eigenständigkeit von großen sozialistischen Parteien geworden sei, zu fordern.

Der Mann, der als Leninist, Stalinist und Eurokommunist „immer recht hatte" und nie Selbstkritik übte, weiß natürlich, daß auch ohne das Kominform die Nabelschnur zur sozialistischen Macht in Moskau in Funktion bleibt, während die demokratischen sozialistischen Parteien ohne ihre Internationale noch weniger Zusammenhalt hätten, als es ohnedies der Fall ist. Viel Stoff zum Nachdenken, für Sozialisten und Nichtsozialisten.

Eine Stadt wehrt sich gegen einen monströsen Schatten

Anne Frank nannte ihn den „Todesengel von Auschwitz": Der KZ-Arzt Josef Mengele soll heute noch in Lateinamerika leben. Derweil er weltweit gesucht wird, sieht sich Mengeles Geburtsstadt Günzburg lästigen Anwürfen ausgesetzt.

Von PETER SCHMALZ

Maria Theresia, die Habsburgerin aus Wien, blickt vom Roß herab auf Oberbürgermeister Rudolf Köppler, der in seinem schwarzledernen Amtssessel sitzt, das Gemälde gegenüber betrachtet und ein wenig wehmütig sagt: „Good old Mary". Die Zuneigung des Sozialdemokraten zur Kaiserin aus der Hofburg hat einen historischen Grund, denn als einstiger Habsburger Besitz verdankt das bayerisch-schwäbische Städtchen dem entfernten Kaiserhaus das Schloß, das Finanzamt und die Münze, in der auch der berühmte Maria-Theresia-Thaler geprägt wurde.

Das Bild hinter Köpplers Sessel zeigt eine leicht vernebelte Flußlandschaft mit dem englischen Sinnspruch „Only those who are invisible can do the impossible" („Nur die Unsichtbaren können das Unmögliche tun"). Der Satz hat in diesen Tagen für Köppler und seine Stadt eine belastende, makabre Bedeutung bekommen: Ein Unsichtbarer wirft auf die idyllische Kreisstadt am Zusammenfluß der Günz mit der Donau einen „monströsen Schatten", wie Köppler sagt, und bringt dabei Unglaubliches und Unmögliches hervor.

Der Schatten trägt den Namen Josef Mengele, geboren am 16. März 1911 in Günzburg als ältester von drei Söhnen von Karl Mengele, dessen Landmaschinenfabrik damals wie heute der größte Arbeitgeber am Ort war und ist.

Der Schatten bekam im Tagebuch der Anne Frank den Beinamen „Todesengel von Auschwitz" und ist als Arzt verantwortlich für den qualvollen Tod von ungezählten Menschen, darunter Tausende kleiner Kinder, an denen er an Perversion kaum mehr überbietbare „rassenhygienische" Experimente exerzierte.

Der Schatten soll irgendwo im südamerikanischen Länderdreieck von Paraguay, Argentinien und Brasilien leben, oft reisen oder vielleicht auch schon gestorben sein, jedenfalls wird er unter dem Aktenzeichen 22 Js 77/59 von der Frankfurter Staatsanwaltschaft weltweit gesucht. Simon Wiesenthal, der schon Eichmann aufspürte, hält Todesmeldungen für „Quatsch und Zweckgerüchte" und ist überzeugt: „Mengele lebt."

Daß der Schatten nun auf seiner Heimatstadt lastet, hat mehrere Gründe. Da spielt die verzwickte Familiengeschichte ebenso eine Rolle wie der Unmut der Günzburger, daß sie nun von Fernsehteams und Illustrierten-Reportern aus Amerika, England und sogar aus der Sowjetunion ausgefragt werden nach einem, der zufällig in ihrer Stadt geboren ist, aber schon als 19jähriger nach dem Abitur weggezogen und dann nur noch wenige Male zu Besuch zurückgekehrt ist. Weshalb sie nicht selten in die Mikrophone sagen, man solle sie mit dieser Sache in Ruhe lassen, worauf mancher Journalist den Eindruck zu erwecken versucht, die Günzburger wären uneinsichtig gegenüber den Grausamkeiten und stünden noch heute schützend vor Josef Mengele.



Die Idylle des Städtchens Günzburg wird seit einiger Zeit gestört durch die Aufmerksamkeit vor allem ausländischer Reporter, die hier, wo der KZ-Arzt Josef Mengele geboren wurde, nazistische Unbelehrbarkeit aufspüren möchten. Die Fotos oben zeigen Mengele angeblich im Jahre 1976 (links) und während der NS-Zeit. FOTOS: DETLEF BÖTTCHER/AP (2)

„Langsam", sagt der Oberbürgermeister, „bildet sich weltweit die Legende, daß Günzburg ein Hort unbelehrbarer Nazis ist, die hinter Mengele stehen." Köppler, ein gebürtiger Berliner, dessen Vater in den letzten Kriegstagen von den Nazis standrechtlich erschossen wurde, seit 15 Jahren Chef im Rathaus und im vergangenen Jahr mit 95,5 Prozent wiedergewählt, hält solche Unterstellungen für üble Stimmungsmache: „Günzburg ist nicht schlimmer und besser als andere Städte auch." Natürlich gibt es auch unter den knapp 19 000 ein paar, „die aus der Geschichte nichts gelernt haben", wie etwa jenen Heimatdichter, der Mengele für einen Märtyrer hält. Aber was der Oberbürgermeister über diesen Mitbürger sagt, bittet er, nicht zu schreiben, um einem Beleidigungsprozeß zu entgehen.

Köppler verteidigt den Ruf seiner Stadt offensiv und vergißt in keinem Gespräch, das Wahlverhalten der Günzburger zu erwähnen, die bei den Reichstagswahlen von 1933 mit nur 35,4 Prozent für die NSDAP weit unter dem Reichsdurchschnitt von 44 Prozent lagen. Und er verhehlt seinen Unmut darüber nicht, daß die derzeitigen beiden Besitzer der Firma Mengele ein ihm unverständliches Versteckspiel betreiben, obwohl doch der älteste von ihnen bei Kriegsende gerade elf Monate alt und der andere noch gar nicht geboren war.

Welche Verdächtigungen um diese Firma schwirren, mußte sogar Franz Josef Strauß letzte Woche in Israel erfahren. „Gewinne und Dividenden der Firma werden auf ein Schweizer Konto von Josef Mengele überwiesen", meinte ein israelischer Reporter. „Es gibt auch Gerüchte, daß er nach Günzburg kommt. Die Polizei soll es angeblich abgelehnt haben, ihn zu verhaften."

Strauß erfuhr in Tel Aviv erstmals von der Verbindung Mengeles zu der Firma in Günzburg, beruhigte den Fragesteller aber: „Sollte es Anhaltspunkte geben, daß sich Herr Mengele in der Bundesrepublik oder gar in Bayern aufhält, dann würde ihn unsere Polizei automatisch verhaften." Dann bat er um Nachsicht: „Aber wir können natürlich nicht gegen die Familie Mengele eine Sippenhaft verhängen."

Inzwischen ließ die Staatskanzlei verlauten, es gebe keine Anhaltspunkte für Zahlungen an den „Todesengel von Auschwitz". Gerüchte darüber bezeichnete Karl-Heinz Mengele, der ältere der beiden Firmenbesitzer, als „erstunken und erlogen".

Weshalb aber distanzieren sich die beiden jungen Mengele nicht öffentlich und unmißverständlich von den Taten des gesuchten Familienmitglieds, fragen besorgte Bürger Günzburgs, die fürchten, der Betrieb mit 250 Millionen Mark Jahresumsatz könnte in Mitleidenschaft gezogen werden – was für die Stadt, in der fast ein Viertel aller Arbeitnehmer bei Mengele beschäftigt sind, katastrophale Folgen hätte. Ist Familiensolidarität der Grund? Dieter, der Jüngere, ist der Sohn von Alois Mengele, einem Bruder des KZ-Arztes. Karl-Heinz ist der Sohn des dritten Bruders, der 1949 starb und dessen Witwe 1958 den im südamerikanischen Dschungel untergetauchten Josef Mengele heiratete, seit 1964 aber in Meran lebt. Karl-Heinz ist somit Mengeles Neffe und Stiefsohn zugleich.

Oberbürgermeister Köppler würde von den beiden jungen Unternehmern gerne ein ähnlich klares Wort hören wie von Dieters Vater Alois, der vor gut 20 Jahren in der örtlichen Zeitung über seinen Bruder Josef sagte, er halte ihn aufgrund der Erziehung im Elternhaus nicht für fähig, solche Scheußlichkeiten begangen zu haben, fügte aber erregt hinzu: „Wenn aber jemand kommt, dem ich glauben kann und der mir sagt, daß er wirklich eigenhändig Kinder erschossen oder gequält hat, dann trenn' ich mich sofort innerlich von meinem Bruder."

Die politische Romantik bereitet in USA Unbehagen

Vierzig Jahre nach Kriegsende – welches Bild machen sich die Amerikaner von Deutschland und den Deutschen?

Von HANS-JÜRGEN STÜCK

Historische Rückblicke haben zur Zeit auch in den USA Hochkonjunktur. Nach *„Normandy"* und *„Battle of the Bulge"* (Ardennen-Offensive) lauten ihre Stichworte jetzt „Sprung zum Rhein" oder „Mai 1945: Götterdämmerung für Hitler". Doch Deutschland-Kenner verweilen nicht bei historischen Reminiszenzen. Sie äußern neue Sorgen.

In seinem jüngsten Buch „The Germans", in dem der Historiker Gordon Craig der „irrational-romantischen" Komponente des deutschen Wesens nachging, schrieb er unter Anspielung auf gegenwärtige Tendenzen in der Bundesrepublik: „Der von den Franzosen ‚malaise allemande' genannte Wesenszug ... hörte nicht mit Hitler auf, denn er hat im heutigen Deutschland erkennbare und beunruhigende Formen angenommen."

Von Ost nach West nimmt das Interesse ab

In einer Deutschland-Analyse der „New York Times", Hauptsprachrohr des traditionell nach Europa blickenden Ostküsten-Establishments, hieß es unter der Überschrift „Die kummervollen Deutschen": „Westdeutschland ist in politischem Aufruhr, der mit Schneckengeschwindigkeit abläuft." Dann beschrieb der Autor den Zusammenbruch des außenpolitischen Konsenses in der Bundesrepublik und malte das Schreckgespenst einer rot-grünen Koalition an die Wand. Noch stärker rührte dieselbe Zeitung an die Sensibilitäten ihrer Deutschland gegenüber besonders empfindlichen Leser, als sie in einem Gedenkartikel über den „Feuersturm von Dresden" einflocht: „Selten wird man einen kühnen westdeutschen Politiker offen sagen hören, daß Deutschlands Niederlage im Zweiten Weltkrieg gut war."

Doch die USA sind ein riesiges Land, eher ein sich selbst genügender Kontinent, in dem westlich oder südlich der historischen Kernlande kaum jemand „New York Times" oder „Washington Post" liest. Auch in den Zeitungen Kaliforniens, Louisianas oder Nevadas häufen sich jetzt die Gedenkartikel, doch in ihnen ist der Sieg über Deutschland nur kalendarischer Anlaß, sich jener Epoche nostalgisch zu erinnern, in der Amerika, anders als später in Vietnam, einen vom Konsens der Bevölkerung getragenen Krieg führte.

Das Deutschlandbild jener Leser im fernen San Antonio oder Phoenix, will man es überhaupt so nennen, ließe sich mit den wenigen deutschen Wörtern umreißen, die seit dem Krieg ihren festen Platz im Amerikanischen gefunden haben – Autobahn, Blitz (von Blitzkrieg) oder Flak, gängiges Synonym für scharfe Gegenwehr oder Kritik. In 40 Nachkriegsjahren, in denen die Bundesrepublik zum kräftigsten Verbündeten Amerikas aufstieg, sind trotz der vielen US-Soldaten, die seitdem in Deutschland stationiert waren, keine größeren Sprachimporte ins Amerikanische eingegangen. Sprachlich überschatten noch immer wenige Jahre Krieg anderthalb Generationen Frieden. Höchstens Gebildete reden gelegentlich vom „Wirtschaftswunder" oder wissen fürs Kreuzworträtsel, daß Adenauers Spitzname „der Alte" war.

Im weiten Westen und Süden Terra incognita, im Osten eines der Länder, die mit seismographischer Genauigkeit observiert werden – das ist Deutschland heute in den USA. Vor einem Motel in Texas fiel einem reichen Rancher das D-Schild am Wagen eines Deutschen auf. Nach der Erklärung schüttelte er verblüfft den Kopf und sagte: „Merkwürdig, wußte gar nicht, daß ihr 'ne andere Sprache habt." In New York hingegen kann es passieren, daß der amerikanische Gesprächspartner über den innerparteilichen Dauerzwist der Grünen besser informiert ist als sein deutscher Gast.

Nur im Osten erscheinen fast täglich in den Zeitungen Agentur- und Korrespondenten-Berichte aus Deutschland. Nur dort füllen solche deutschen, deutsch-polnischen oder österreichischen Filme wie „Das Boot", „Liebe in Deutschland" oder „Die Erben" die Kinos; denn nur dort bewegt noch viele Menschen die Frage, warum sich ausgerechnet das Land Beethovens und Luthers eine solche Katastrophe leistete. Auch deutschen Besuchern werden immer wieder diese bohrenden Fragen gestellt, die sich kaum mit dem Hinweis beantworten lassen, man sei 1945 doch erst zwölf oder 15 Jahre alt gewesen.

Und in der Metropole New York, wo fast zwei Millionen Juden, unter ihnen Tausende von Überlebenden des Holocaust, mit ihren Nachkommen leben, gehören Deutschland und deutsche Vergangenheit noch immer zu den ganz großen Themen. Nichts beweist dies besser als ein Blick in die Literatur-Beilage der „New York Times", die kaum einen Sonntag ohne profunde Kritiken zu Büchern mit deutschen Themen erscheint.

Literatur-Beilagen sind voll von Deutschland

Allein an den letzten Sonntagen brachte die Beilage etwa Rezensionen zu Henry Turners „Did they help Hitler? German business and the rise of Hitler" (die Antwort des Autors lautet übrigens überwiegend „nein"), zu „Psychotherapy in the Third Reich / The Göring Institute" von Geoffrey Cocks und James Bentleys Martin-Niemöller-Biographie.

Doch trotz der bösen Vergangenheit und trotz des Terrors der „Rote Armee Fraktion", die sich immer wieder US-Einrichtungen in Deutschland als Ziele aussucht, gibt es in den USA auch im Erinnerungsjahr 1985 keine pauschale Deutschland-Schelte, wie sie als Gegenstück zum Antiamerikanismus in Deutschland denkbar wäre. So entpuppt sich denn der Antiamerikanismus vor allem junger Deutscher als Variante jener sehr deutschen „maladie", die modischer Linksdrall, Ungeschicklichkeiten der Washingtoner Administration und nicht zuletzt auch die TV-Überfütterung mit dümmlich-seichten US-Sei*fenopern, die kein Amerikaner* ernst nimmt, hervorgebracht haben.

(SAD)

Sie fliehen vor Feinden, vor Sand und Trockenheit

Amerika und seine Hilfe sind für Sudan so etwas wie der Strohhalm, an dem sich das Land aus dem Sumpf ziehen möchte. Entsprechend aufmerksam wurde US-Vizepräsident Bush in Khartum begrüßt.

Von HEINZ HECK

„George, lehn dich an keine Wand, die Farbe ist noch frisch", witzelte ein amerikanischer Reporter vor der Ankunft des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush in Sudan. Die Regierung in Khartum war aufs äußerste bemüht, das Land von seiner besten Seite zu zeigen. Das Portal des Präsidentenpalais erhielt einen frischen Farbanstrich. Doch da man den Boden nicht abgedeckt hatte, war alles mit großen Farbklecksen bedeckt und wirkte trostloser als vorher.

Der Flughafen in El Obeid südwestlich der Hauptstadt war etwa zwei Wochen vor der Ankunft Bushs geschlossen, die Flüge dorthin waren gestrichen worden. Der Grund: Der Vize, wie er auf Begrüßungsplakaten genannt wurde, wollte ein Flüchtlingscamp bei El Obeid besuchen, und der Flughafen mußte auf Hochglanz gebracht werden.

„Lang lebe der sudanesisch-amerikanische Kampf für den Weltfrieden", hieß es auf Plakaten, die eher an Slogans in kommunistischen Hauptstädten erinnerten.

Staatspräsident Numeiri setzt große Erwartungen in den Besuch des hohen amerikanischen Gastes. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind abgekühlt, erst recht, seit Numeiri vor knapp zwei Jahren das zum Teil mittelalterlich-grausam anmutende islamische Recht, die Scharia, verhängt hat. Seither macht ihm die Sudanesische Volksbefreiungsarmee (SPLA) unter Führung des desertierten Obristen John Garang im Süden das Leben schwer und blockiert zusätzlich die wirtschaftliche Entwicklung in dem mit 2,5 Millionen Quadratkilometern größten Land Afrikas (zehnmal so groß wie die Bundesrepublik).

Sudan ist wirtschaftlich am Ende. Das Land ist hochverschuldet, die Devisen-Reserven sind erschöpft; mit dem Internationalen Währungsfonds liegt die Regierung im Clinch. Mit einem fast totalen Importstopp hat Numeiri die Notbremse gezogen. Hiervon ist auch die Erdöleinfuhr betroffen; zahlreiche wirtschaftliche Aktivitäten werden dadurch eingeschränkt oder gar lahmgelegt. Benzin und Dieselöl sind rationiert; die Stromversorgung, vom Heizöl abhängig, fällt in manchen Landesteilen wochenlang aus.

Die Eisenbahn befindet sich in einem hoffnungslosen Zustand. Das Ausweichen auf Lkw scheitert am fehlenden Treibstoff. Die geringen Dieselöl-Lieferungen ins Landesinnere „versickern" zum Teil auf dem Weg dorthin und tauchen auf dem Schwarzmarkt wieder auf. Selbst die Regierung ist gezwungen, es dort manchmal zum zehnfachen Preis wieder aufzukaufen.

Gerade hier wird das Land durch den Bürgerkrieg vielleicht am empfindlichsten getroffen. Denn die Ölfunde im Süden könnten Sudan importunabhängig machen oder ihm gar zu einer neuen Devisenquelle verhelfen. Doch solange die Kämpfe anhalten, wollen die Ölgesellschaften ihre Arbeit nicht wiederaufnehmen.

Bleibt die nächste Regenzeit im Juni erneut aus – die drei letzten lagen landesweit unter dem Durchschnitt –, fürchtet Staatssekretär Volkmar Köhler vom Bonner Entwicklungsministerium ein zweites Äthiopien. Köhler hat unmittelbar vor dem Eintreffen Bushs Regierungsverhandlungen mit Numeiri und Kabinettsmitgliedern geführt. Dabei geht es um die Verbesserung der Ernährungsbasis und die Versorgung der von der Dürre heimgesuchten Bevölkerung.

Sudan muß bei alledem nicht nur mit einem Flüchtlingsstrom von rund 1,2 Millionen Menschen – etwa zwei Drittel aus Äthiopien, der Rest aus Tschad, Uganda und Zaire – fertig werden. Im Lande selbst fliehen – nach offiziellen Angaben – inzwischen rund vier Millionen Menschen vor Sand und Trockenheit. Viele siedeln sich am Rande der großen Städte an, von wo die Regierung sie zum Teil wieder umsiedeln läßt, allerdings – so Köhler – nicht mit äthiopischen Zwangsmethoden.

In dieser Situation kommt Bush. Washington hatte erst kürzlich seine Hilfe zum Teil eingefroren. Hilfsgüter kamen zwar weiter, doch Barmittel (etwa für rasch abfließende Warenhilfe) blieben aus. Die Regierung in Saudi-Arabien hat angesichts sinkender Ölpreise und -exporte sowie aus Verärgerung über Numeiris Kurs die Spendierhosen ausgezogen und besteht auf den harten Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF). Doch als Numeiri Andeutungen eines politischen Flirts mit seinem Erzfeind Khadhafi („Ein vierfacher Teufel, mit dem man aber reden muß") machte, lenkten die USA ein. Bushs Reise ist eine Demonstration für die Fortsetzung der Hilfe.

Die Flüchtlingsschar verschafft dem erfahrenen politischen Seiltänzer Numeiri ein zusätzliches Druckpotential. Wie wollte man die Flüchtlinge gegen seinen Willen unterstützen? Also wird auch Numeiri weiter geholfen. Doch eine schnelle Besserung ist nicht in Sicht. Man muß sich auf lange Fristen einrichten.

Rau: Grüne flüchten in Naturidylle

WILM HERLYN, Düsseldorf

Trotz eines gemeinsamen Entwurfes von SPD und CDU, mit dem der Umweltschutz auch in Nordrhein-Westfalen Verfassungsrang wie in Bayern und Baden-Württemberg erhalten soll, suchten Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) und Oppositionschef Bernhard Worms gestern im Landtag ihre Argumente vor allem in Wahlkampfparolen. Rau sagte in Richtung Union, Umweltschutz sei keineswegs das „Abfallprodukt der jeweiligen Konjunktur", und bot das Konzept einer Symbiose von Ökologie und sozialverträglicher Modernisierung der Wirtschaft als sozialdemokratische Erfindung an. Den Grünen warf er vor, sie propagierten eine „ahistorische Flucht in eine vorindustrielle Naturidylle" und priesen sich selbst als „*Gralshüter in Sachen Umweltschutz*". Er bekannte sich dazu, daß „die Probleme der Industriegesellschaft nur mit den Mitteln der Industriegesellschaft zu lösen" seien.

„Mies und gefühllos"

Bernhard Worms dagegen nannte die Regierungserklärung „enttäuschend". Sie erschöpfe sich in Worten und Lippenbekenntnissen. Dies sei auch abzulesen an der Attitüde Raus, der als Ministerpräsident „den verantwortungsvollen Staatsmann" nur schauspielere, denn als SPD-Landesvorsitzender lasse er es zu, daß landauf und landab die Sozialdemokraten Bündnisse mit den Grünen schlössen.

Es sei unverantwortlich, gegen das aktive Handeln der Bundesregierung zu Felde zu ziehen und von einer „angeblichen neuen Armut zu fabulieren". Dies sei menschenverachtend, „*mies und gefühllos*". *In* Nordrhein-Westfalen gebe es nur eine „alte Armut", die Rau und die SPD in fast zwanzigjähriger Regierungszeit zu verantworten habe.

Er kündigte an, „nach dem Wahltag am 12. Mai eine Umweltpolitik mit marktwirtschaftlichen Instrumenten *zu betreiben*". *Ziel dieser Politik* werde es sein, umweltschädigende Produkte und Verfahren stärker zu belasten und damit teurer zu machen als umweltfreundliche. Ziel der Verfassungsänderung müsse sein, dem Umweltschutz eine höhere soziale Akzeptanz zu verleihen. Entscheidend sei, daß die Jugend zum Umweltschutz erzogen werden solle.

Anleitung für Sprengsätze veröffentlicht

F. D. Berlin

Konkrete Anleitungen zur Herstellung von Spreng- und Brandsätzen enthält die jüngste Ausgabe der Untergrundzeitschrift „Radikal". Die Berliner Zeitschrift, die dem terroristischen Umfeld zugerechnet werden muß, bedauert gleichzeitig in einem Beitrag fehlerhafte technische Angaben in einer früheren Ausgabe, die zur vorzeitigen Explosion eines Sprengsatzes beim Anschlag auf ein Rechenzentrum in Stuttgart-Vaihingen geführt hätten. Dort war am 20. Januar dieses Jahres der Bombenleger ums Leben gekommen.

Gleichzeitig rief „*Radikal*" die Leser auf, „bessere Erfahrungen im Umgang mit Sprengsätzen der Redaktion mitzuteilen". Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU), der die Veröffentlichung scharf verurteilte, wies gleichzeitig auf die bekannte Querverbindung von „Radikal" zur Berliner Alternativen Liste hin. Die AL habe „Radikal" finanziell unterstützt und sich schon 1981 als „Mitherausgeberin" der Zeitschrift bezeichnet. „Radikal" ist in Berlin nur in Unterstützerkreisen des terroristischen Umfelds erhältlich.

Berlin steht finanziell auf gesunden Beinen

Senator Kunz: Weniger Schulden, höhere Investition

hrk. Berlin

Eine überzeugende Schlußbilanz seiner politischen Arbeit für Berlin legte der scheidende Finanzsenator Gerhard Kunz gestern vor: Nach vier Jahren Amtszeit hinterläßt er seinem Nachfolger ein geordnetes Kassenbuch. Weniger Schulden, höhere Steuereinnahmen, starker Anstieg der Investitionen und die Tatsache, daß die Stadt nun ein Viertel ihrer Einnahmen durch Abgaben der Berliner selbst aufbringt, belegen: Berlin ist keineswegs ein reiner Kostgänger des Bundes.

Nach der „niederschmetternden finanziellen Bestandsaufnahme" (Kunz), die der vor allem mit Bundeskanzler Helmut Kohl harmonierende Finanzchef 1981 unternahm, nachdem Vorgänger Konrad Porzner (SPD) das Feld geräumt hatte, klaffte ein Riesenloch in der Rechnung: Es fehlten bis 1985 rund drei Milliarden Mark in der Berliner Kasse. Kunz faßte das Resultat gestern mit der Nüchternheit eines preußischen Finanzbeamten zusammen: „Diese Deckungslücke zwischen Einnahmen und Ausgaben konnte geschlossen werden."

Noch vor vier Jahren stürzte die Finanzlage Berlins neuen, von der FDP ermöglichten Senat in Sorge: Richard von Weizsäcker begann das Kapitel „Bestandsaufnahme" seiner Regierungserklärung am 2. Juli 1981 mit dem Satz: „Das ganze Ausmaß der Finanzkrise übertrifft bei weitem den Stand des öffentlichen Bewußtseins." Er schilderte damals ungeschminkt die Risiken, die der Stadt drohten: „steigende Kosten, sinkende Steuereinnahmen, eine stark gewachsene Finanzkrise des Bundes". Zugleich kündigte von Weizsäcker nach Absprache mit Kunz „massive Ein*sparungen in allen Bereichen*" an.

Kunz machte sich in Bonn und an der Spree an die Arbeit. Sein aktueller Kassensturz ist ansehnlich:

- Berlin nahm 1984 rund *4,8 Milliarden* Mark an Steuern ein. Der Anteil dieses Aufkommens an den Gesamteinnahmen stieg auf 23,5 Prozent. Die Landeshauptkasse nahm 16 Millionen Mark mehr ein als erwartet. „Vor allem die Abgaben auf Vermögen, Grunderwerb und Gewerbe flossen reichlicher, als wir dachten", berichtete Kunz.
- Gegenüber dem Start-Jahr von Kunz, als die Bonner Berlinhilfe noch 54,2 Prozent am gesamten Berlin-Etat ausmachte, ging diese Quote 1984 zwar gering, aber erkennbar, auf 53,3 Prozent zurück.
- Dennoch drückt vor allem die Zinslast: Kunz mußte 1984 allein eine Dreiviertelmilliarde aufwenden, um Zinsen für frühere Kredite bezahlen zu können.
- Kunz warf die Investitionsmaschine an: Allein 1984 erteilte der Senat Aufträge im Wert von 3,6 Milliarden Mark.
- Auf dem Weg ins Technologie-Jahr 2000 *läßt sich die Stadt seit dem vorigen* Jahr die Anlage eines Industrie- und Forschungs-Parks 62,5 Millionen kosten.
- Dennoch zeigen auch Ausgaben wie die 1,7 Milliarden Mark (1984), die lediglich für die Sozial- und Jugendhilfe aufgewandt werden mußten, mit welchen Problemen die Stadt weiterhin fertig werden muß.

Kunz malte deshalb, bevor er für sich das Senatoren-Kapitel schloß, nicht in Rosa: „Die Erfolge des Senats bei der Wiederherstellung finanzieller Gestaltungschancen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch längst nicht alle Probleme ge*löst sind*."

„Skandalöse Ehrung eines bedingungslosen Stalinisten"

Hamburg: Streit zwischen CDU und SPD um Thälmann-Platz

UWE BAHNSEN, Hamburg

Zu einer erneuten scharfen Kontroverse zwischen der regierenden SPD und der oppositionellen CDU hat in Hamburg der Beschluß des Senats geführt, einen Platz im Stadtteil Eppendorf nach dem 1944 im KZ Buchenwald ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann zu benennen. Ein entsprechender Vorschlag des Ersten Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi hatte im Januar bereits zu massiven Auseinandersetzungen in der Bürgerschaft geführt. Die CDU kritisierte den Senatsbeschluß jetzt als „skandalöse Ehrung eines bedin*gungslosen Stalinisten und Demokra*tiezerstörers". Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Wulf Brocke, warf den Sozialdemokraten vor, mit dieser Umbenennung werde die „freiheitliche Tradition unserer Stadt in unglaublicher Weise mißachtet". Es solle „ein Mann geehrt werden, der mit verbrecherischen Mitteln die Hamburger Sozialdemokraten bekämpfte und mitverantwortlich war für den blutigen, gegen den SPD-Senat gerichteten Aufstand von 1923. Würdeloser geht es nicht".

Der Senat hat bei Bekanntgabe seines Beschlusses eingeräumt, die Landesregierung sei sich bewußt, daß diese Entscheidung „auch Zweifel und Widerspruch hervorrufen wird". Ernst Thälmann sei als Politiker „kein Vorbild für die Demokratie" gewesen, er gehöre jedoch zur Geschichte Hamburgs: „In diesem Sinne entspricht der Beschluß des Senats den Bestimmungen über die Benennung von Verkehrsflächen, die die Berücksichtigung von Ereignissen und Persönlichkeiten der Orts- und Stadtgeschichte vorsehen." Der Senat erinnere an Ernst Thälmann „nicht, weil er seiner Politik in der Weimarer Republik zustimmt. Aber: Ernst Thälmann hat keine Chance zu einem Neubeginn gehabt. Seine Ermordung, wie die vieler anderer Kommunisten, verhinderte, daß er an den gemeinsamen demokratischen Erfahrungen unserer Geschichte seit 1945 teilhaben konnte."

In Hamburg war schon 1946 auf Beschluß aller damals in der Bürgerschaft vertretenen Parteien eine Straße nach Thälmann benannt worden. Sie wurde 1956 nach dem Aufstand in Ungarn in „Budapester Straße" umbenannt. Bei dem künftigen „Ernst-Thälmann-Platz" handelt es sich um die Kreuzung von drei Straßen. Der Beschluß des Senats ist innerhalb der Regierungspartei nicht unumstritten. Der sozialdemokratische Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Nord, Werner Weidemann, in dessen Bereich der künftige Ernst-Thälmann-Platz liegt, hatte zum Beispiel in einem Schreiben an die Bezirksversammlung erklärt, es reiche für diesen Zweck ein kurzes Stück der Kegelhofstraße aus; es seien „hier lediglich drei Häuser mit circa vierzig Mietparteien von der Umbenennung betroffen. Gewerbebetriebe sind dort nicht ansässig."

In der Bürgerschaftssitzung vom 16. Januar hatte der CDU-Abgeordnete Gerd Boysen den Sozialdemokraten Zitate Thälmanns aus der Zeit der Weimarer Republik vorgehalten, in denen der KPD-Vorsitzende zum Beispiel erklärt hatte: „Die sozialdemokratischen Regierungen in allen Ländern führen innerpolitisch die Unterdrückung und die Niederhaltung des Proletariats durch. In der Außenpolitik unterstützen sie die Kriegshandlungen des Imperialismus in den Regierungen unter dem Deckmantel des heuchlerischen Pazifismus."

Seite 2: Kein Vorbild

Abtrünnige Altgenossen traf der Bannstrahl der Partei

Parteiausschluß nach Aufruf an die Berliner, die SPD am 10. März nicht zu wählen

F. DIEDERICHS, Berlin

Mit Parteiausschlüssen hat die Ber*liner SPD wenige Tage vor der Wahl* auf das Verhalten von zehn ihrer langjährigen Mitglieder reagiert, die in einer öffentlichen Erklärung dazu aufgerufen hatten, „die eigene Partei nicht mehr zu wählen". Bei den Unterzeichnern des Aufrufs, die sich unter dem Namen „Sozialdemokratische Initiative für Berlin" zusammengeschlossen haben, handelt es sich in der Mehrzahl um altgediente „Genossen", die Annäherungen des linken Berliner SPD-Flügels an die Alternative Liste sehen und sich deshalb in ihrer Partei nicht mehr beheimatet fühlen.

Bestärkt fühlen sich diese Sozialdemokraten durch Äußerungen des Bonner Oppositionschefs Hans-Jochen Vogel, der durch Überlegungen zu einer möglichen Zusammenarbeit zwischen SPD und AL nach der Wahl „eine neue Lage" geschaffen habe. Die Unterzeichner des Aufrufs hatten an die Berliner appelliert, „diejenigen politischen Kräfte mit ihrer Stimme zu unterstützen, die für die Freiheit, für die Sicherheit und für den wirtschaftlichen Aufstieg Berlins bürgen".

„Meine Stimme der CDU"

Unabhängig von diesem Aufruf hatte der Sozialdemokrat Karl J. Germer, seit 1931 SPD-Mitglied und Mitbegründer der Berliner SPD nach dem Kriege, deutliche Worte zum Kurs seiner Partei in einem persönlichen Brief an den Berliner Spitzenkandidaten Hans Apel gefunden. Germer hatte Apel vorgeworfen, dieser habe „überhaupt nicht begriffen, welches Gewicht unsere alte Hauptstadt *für die zukünftige politische Ent*wicklung nicht nur des eigenen Vaterlandes, sondern die gesamt euro*päische Völkerfamilie hat*". *Solange* der Eindruck bestehe, so Germer in seinem Brief, daß die „selbst führerlose SPD" im „Schlepptau der klar parlamentsfeindlichen Grün-Alternativen segelt", sei er gezwungen, nach der Parole zu handeln: „Ich bleibe Mitglied der SPD, aber bei der nächsten Wahl gehört meine Stimme der *CDU*."

Auch die Unterzeichner des Appells, nicht mehr die SPD zu wählen, hatten sich auf diesen Brief berufen – unzulässigerweise, wie nicht nur Germer, sondern auch SPD-Landesgeschäftsführer Hans-Joachim Pfaff meint. Pfaff hatte mit Germer, als dessen kritische Haltung vor einigen Monaten ruchbar geworden war, mit ihm in einem Gespräch vereinbart, im Hinblick auf die Wahlen am 10. März keine öffentliche Kampagne zu entfachen. Germer hielt sich auch an diese Verabredung – sein Brief jedoch fand gegen seinen Willen Resonanz in dem Aufruf der „Abtrünnigen", die jetzt der Bannstrahl der Parteizentrale traf.

Unter ihnen der höchste pädagogische Beamte Berlins, der in der Behörde von Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien tätige Landesschulrat Herbert Bath, 35 Jahre lang SPD-Mitglied. Er kündigte bereits gegen den Parteiausschluß „rechtliche Schritte" an. Die Partei hatte ihm und weiteren Mitgliedern der Splitter-Initiative mitgeteilt, bei ihnen bedürfe es sogar keines förmlichen Ausschlußverfahrens. Es gebe eine Entscheidung der SPD-Bundesschiedskommission aus dem Jahr 1983, die „in solchen Fällen einen schnellen Schlußstrich vorsieht", so der SPD-Politiker Pfaff. Laut SPD-Statut wird mit sofortiger *Wirkung aus der Mitgliederliste* gestrichen, wer zur Wahl einer anderen Partei aufruft.

Bath argumentierte jetzt dagegen, es sei ihm „nicht bekannt, daß der Landesgeschäftsführer Mitglieder ausschließen" könne. Das von Pfaff angeführte Statut der Partei betreffe ihn nicht, da er „keine Tätigkeit für eine andere Partei" aufgenommen habe.

Sechs waren ausgetreten

Zu den Unterzeichnern dieses Aufrufs zählen neben Bath auch der ehemalige SPD-Abgeordnete Rainer Giese, unter dem damaligen CDU-Parlamentspräsidenten Peter Lorenz Protokollbeamter im Abgeordnetenhaus, sowie der ehemalige SPD-Volksbildungsstadtrat Gerhard Jäger, früher einer der Wortführer der Berliner „Notgemeinschaft für eine Freie Universität" (NOFU). Auch der frühere Bezirksbürgermeister von Wedding, Horst Bowitz, setzte seinen Namen unter den Aufruf. Bei ihm und fünf weiteren Unterzeichnern war allerdings der Parteiausschluß überflüssig: Sie waren bereits 1981 und 1984 aus der SPD ausgetreten.

Der Gruppe um Bath und Bowitz warf die Berliner SPD-Führung jetzt vor, mit dem Namen des in der Defensive gebliebenen Karl Germer „Schindluder" getrieben zu haben. Eine negative Reaktion der Öffentlichkeit sieht Pfaff trotz des anstehenden Wahltermins nicht: „Wir sind da nicht in Sorge." Allgemeinverständlich formulierte es auch Hans Apel: „Jeder soll sagen, was er will – auch wenn er Unsinn redet."

Was Grüne unter „Stadt" verstehen

Nea. Frankfurt

„Konzeptionen für die Veränderung einer Stadt" lautet der Untertitel einer *dicken Wahlbroschüre, die die* Gruppe der Grünen im Frankfurter Römer vor der Kommunalwahl am 10. März herausgebracht hat. Von der Öffentlichkeit bisher nicht beachtet, finden sich darin auch Pläne für eine Art Rätesystem, wie es nach den Vorstellungen der Grünen eines Tages unterhalb des Stadtparlaments und der einzelnen Ortsbeiräte funktionieren soll.

Um Geist und Sprache einer solchen regelrecht „bürökolokratischen" Stadt der Grünen deutlich zu machen, sind die einzelnen Paragraphen hier auszugsweise im Originaltext der Broschüre wiedergegeben.

- Die Ortsbeiräte werden ermächtigt, Bürgerausschüsse für die intensivere Bearbeitung und Beratung von wichtigen stadtteilbezogenen Themen einzurichten, in denen neben jeweils einem Vertreter der im Ortsbeirat vertretenen Fraktionen vor allem interessierte Bürger mitarbeiten können.

Bürgerausschuß für Nachbarschaft

- Den Ortsbeiräten wird empfohlen, mindestens zu *folgenden* Themenbereichen Bürgerausschüsse einzurichten: Bürgerausschuß für Nachbarschaft, Soziales und Kultur, Bürgerausschuß für ökologische Stadtteilplanung und Verkehrsberuhigung, Bürgerausschuß für dezentrale Verwaltung und Finanzen.
- Gibt es für einen Bürgerausschuß mehr Interessenten als Plätze, entscheiden über die Besetzung die Fraktionen des Ortsbeirats.
- Vor der abschließenden Beratung und Beschlußfassung des Ortsbeirats über den Entwurf des Haushaltsplanes für den Haushalt des Ortsbezirkes ist dieser Haushaltsentwurf in die Bürgerausschüsse einzubringen und *zu beraten. Ohne die Stellungnahme* der Bürgerausschüsse, die innerhalb von sechs Wochen nach Einbringung erfolgen sollen, in begründeten Ausnahmefällen spätestens jedoch nach acht Wochen, ist dieser Haushaltsentwurf vom Ortsbeirat nicht abschließend zu beraten und zu verabschieden.
- Die Ortsbeiräte werden aufgefordert, pro Jahr mindestens zwei Bürgerversammlungen in jedem Ortsbezirk durchzuführen.
- Die Bürger des Stadtteils sind durch eine öffentliche Bekanntmachung über Zeitungsanzeigen, flächendeckend verteilte Hauswurfsendungen und durch eine ausreichende Anzahl von Plakaten an öffentlichen Litfaßsäulen einzuladen.
- In diesen Bürgerversammlungen haben die Bürger Gelegenheit, über aktuelle politische Probleme ihrer Wahl mit den Vertretern aus Ortsbeiräten, Stadtverordnetenversammlung und Magistrat zu diskutieren, über die Arbeit dieser Gremien zu urteilen, Fragen zu stellen und Stellungnahmen abzugeben. Der Ortsbeirat ist bezüglich der von den Bürgern mündlich und schriftlich gestellten Fragen direkt auskunftspflichtig.
- Die Bürger können mit einfacher *Mehrheit auf einer Bürgerversamm*lung Beschlüsse fassen, die von der Versammlungsleitung zu protokollieren sind. Der Ortsbeirat hat die von der Bürgerversammlung gefaßten Beschlüsse auf die Tagesordnung seiner nächsten Sitzung zu nehmen und darüber zu beraten und zu beschließen.
- Die Ortsbeiräte werden aufgefordert, in ihren Ortsbezirken die Bildung von Quartiers- und Nachbarschaftsräten anzuregen, die vom zuständigen Ortsbeirat über alle das Quartier betreffenden Angelegenheiten und Entscheidungen im voraus zu unterrichten sind und ihre Stellungnahmen, Empfehlungen und Anre*gungen an den Ortsbeirat weiterzulei*ten.
- Die Quartiers- und Nachbarschaftsräte haben die von ihnen erbetene Stellungnahme innerhalb von sechs Wochen abzugeben; vor dem Ablauf dieser Frist kann der zuständige Ortsbeirat keine Entscheidung in dieser Angelegenheit treffen.

Die Aufgaben des Quartiersrates

- Alle in einem Quartiers- und Nachbarschaftsrat zusammengeschlossenen Bürger wählen eine/n Sprecher/in und dessen/deren Stellvertreter/in jeweils für die Dauer eines Jahres, der/die im zuständigen Ortsbeirat Rederecht hat.
- Jeder Quartiers- und Nachbarschaftsrat erhält einen hauptamtlichen Mitarbeiter zur Seite, den/die Nachbarschaftshelfer/in, der/die zu den Sitzungen des Rates einlädt und diese in Zusammenarbeit mit Interessierten vorbereitet.
- Die Hauptaufgabe des/der Nachbarschaftshelfers/in ist die Förderung nachbarschaftlicher Beziehungen im jeweiligen Stadtbezirk.
- Der Quartiers- und Nachbarschaftsrat hat bei der Einstellung eines/einer Nachbarschaftshelfers/in Vorschlagsrecht gegenüber dem zuständigen Ortsbeirat. Der Ortsbeirat bestätigt aufgrund des Vorschlags des betreffenden Quartiers- und Nachbarschaftsrates durch eine Wahl den/die Nachbarschaftshelfer/in.
- Die erforderlichen Mittel für die Einrichtung der Quartiers- und Nachbarschaftsräte werden erstmals im Haushaltsplan 1985 im UA 0200, neue Hst. bereitgestellt.

„Babyjahr schafft Entlastung des Arbeitsmarktes"

E. N. Bonn

Bundesfamilienminister Heiner Geißler hat noch einmal die Gründe erläutert, die ihn zu der Forderung veranlaßt haben, eine Arbeitsplatzgarantie für Mütter und Väter zu verlangen, die sich im ersten Jahr nach der Geburt ihres Kindes uneingeschränkt der Erziehung widmen wollen. Als Hauptgrund nannte er dabei die Entlastung des Arbeitsmarktes. Wenn im Jahre 1986 nach Vorausschätzungen der Bundesregierung *300 000 Berufstätige* den Erziehungsurlaub in Anspruch nähmen, könnten die Arbeitgeber für diesen Zeitraum 300 000 befristete Verträge mit Ersatzkräften abschließen.

Das Ergebnis „starrer sozial- und wirtschaftspolitischer Strukturen", die nur die Alternative „Kind oder Arbeitsplatz" kennten, sei, daß die Bundesrepublik Deutschland das Land mit dem höchsten Geburtendefizit sei. Erziehungsurlaub ohne Arbeitsplatzgarantie bedeute für 4,3 Millionen Frauen das Risiko, im Falle der Schwangerschaft den Arbeitsplatz zu verlieren. Es sei unmöglich, sie anders zu behandeln als Wehrpflichtige oder Zivildienstleistende.

Es gehe in der Diskussion in Wirklichkeit nur noch um die Arbeitsplatzgarantie-Verlängerung von acht auf zwölf Monate. Nur Wirtschaftsminister Bangemann habe dem Gesetzentwurf inhaltlich nicht zugestimmt.

Kündigung wegen Eigenbedarfs Rechtens

dpa, Karlsruhe

Haus- oder Wohnungseigentümer müssen im Falle einer Mietvertrags-Kündigung wegen Eigenbedarfs auch in Zukunft zunächst ihr „berechtigtes Interesse nachweisen". In einem gestern veröffentlichten Beschluß stellte das Bundesverfassungsgericht fest, daß eine Einschränkung des freien Kündigungsrechtes mit Blick auf die bei einem Umzug häufig entstehenden hohen Kosten und Unzulänglichkeiten *in persönlicher, familiärer*, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht mit der im Artikel 14 des Grundgesetzes enthaltenen Eigentumsgarantie vereinbar sei. Die Gerichte sollten jedoch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachten (Az.: 1 BvR 792/83 und 501/83 – Beschluß vom 8. Januar 1985).

Botschafter a. D. Hans Berger gestorben

plü. Bonn

Der ehemalige Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Vatikan und Chef des Bundespräsidialamtes unter Heinrich Lübke, Hans Berger, ist gestern morgen im Alter von 75 Jahren gestorben.

Berger hatte Aufsehen erregt, als er 1971, erst zwei Jahre nach seiner Akkreditierung in Rom, mit der Begründung der „ungünstigen Alterspyramide" im Auswärtigen Amt in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde. Die Opposition vermutete damals, daß der wirkliche Grund für die vorzeitige Abberufung Bergers Ablehnung der Brandt/Scheelschen Ostpolitik gewesen sei. Berger, der am 29. *Oktober 1909 in Köln-Mühlheim* geboren wurde, war u. a. Landgerichtspräsident in Düsseldorf, Präsident der EWG-Kommission und deutscher Botschafter in Dänemark und Den Haag.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Rajiv Gandhi sichert der Partei neuen Sieg

In elf indischen Bundesstaaten wurden Parlamente gewählt

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

Die Begeisterungswelle für Indiens Premierminister Rajiv Gandhi, die nach dem Tod seiner Mutter Indira Indien überflutet hatte, ebbt nicht ab. Bei den Parlamentswahlen im Dezember hat er der Kongreßpartei zum größten Wahlerfolg ihrer Geschichte verholfen. Auch bei den Wahlen für die Parlamente in elf Bundesstaaten steht der Sieger bereits nach Bekanntgabe der ersten wenigen Wahlergebnisse fest: Im Bundesstaat Madhya Pradesh hat die Kongreßpartei die absolute Mehrheit der Parlamentssitze errungen, im flächenmäßig größten Staat, Uttar Pradesh, konnte sie zumindest ihren großen Erfolg der letzten Wahlen 1980 wiederholen. Und in Bihar haben die Abgeordneten der Kongreßpartei eine sichere Mehrheit.

Rajiv Gandhi und sein junges Team in der Parteiführung haben den wie stets untereinander zerstrittenen Oppositionsparteien nun auch auf Länderebene eine empfindliche Wahlniederlage beigebracht. „Wir haben bald", so warnte noch im Wahlkampf der Führer der oppositionellen BJP-Partei, Vajpayee, „eine Ein-Parteien-Regierung in Neu-Delhi und in den Staaten. Dies ist eine Gefahr für die Demokratie." So sahen das offensichtlich jene 45 Prozent der 280 Millionen Wahlberechtigten nicht, die an zwei Tagen zu den Urnen gingen. Unter den 21 900 Kandidaten in den 2518 Wahlkreisen stimmten sie für jene, von denen sie sich soziale Sicherheit, Fortschritt und eine saubere Verwaltung erwarten.

Geschickte Auswahl

Mit diesen Versprechen war der Ex-Pilot Rajiv Gandhi zwei Wochen lang quer durchs Land von einer Wahlveranstaltung zur anderen geeilt – bis zu 15 Auftritte absolvierte er an einem Tag. Nicht nur diesem Fleiß, nicht nur dem Mythos, der ihn seit Ermordung seiner Mutter umgibt, oder der Sympathie-Welle, die ihn im Dezember nach oben getragen hat, ist dieser erneute Wahlerfolg zuzuschreiben. Eher schon einer geschickten Auswahl der Kongreß-Kandidaten. Es wurde keine Rücksicht auf Pfründe oder Verdienste der alten Kongreß-Garde genommen.

Effektiv zu arbeiten, politisch sauber und bei der Bevölkerung beliebt zu sein, waren die Kriterien bei der Kandidaten-Nominierung. Freilich, wo Rajiv Gandhi den politischen und disziplinierenden Hobel ansetzte, fielen auch Späne. Mehr als 30 Abgeordnete verließen in Uttar Pradesh die Partei und bezogen Stellung gegen sie – ein Teil von ihnen kandidierte als Unabhängige und ohne Erfolg –, weil Rajiv Gandhi ihnen eine erneute Kandidatur versagte. Parlamentarier in Bihar folgten diesem Beispiel. Die offene Rebellion geriet der Partei dennoch nicht zum Nachteil.

Opposition uneinig

In Rajasthan, wo der Skandal um den Tod des unabhängigen Kandidaten Mansingh, der unter zweifelhaften Umständen von der Polizei erschossen wurde, der Kongreßpartei eigentlich hätte schaden müssen, ging sie erfolgreich aus der Wahl hervor. Nicht zuletzt, weil der dortige Ministerpräsident sofort und somit ganz im Sinne der von Rajiv propagierten Politik der Verantwortlichkeit nach den tödlichen Schüssen zurückgetreten ist.

Wie schon im Dezember verhalfen die Oppositionsparteien selbst der Kongreßpartei zum Sieg. Um ihre Uneinigkeit untereinander nicht noch weiter zu manifestieren, um eine Wiederholung der katastrophalen Niederlage vom Dezember zu vermeiden, hatten sie auf landesweite Absprachen verzichtet. Bündnisse wurden nur auf Staaten-Ebene eingegangen, was letztlich aber nur der BJP-Partei genutzt hat. Vermutlich geht sie als stärkste Oppositionspartei aus den Wahlen hervor. Immer noch fehlt es den Politikern der Opposition an einem Programm mit durchschlagendem Erfolg.

Von der Kongreß-Welle ungeschoren bleibt der Ministerpräsident N. T. Ramarao in Andra Pradesh: Seine Telugu-Desam-Partei wurde stärkste Oppositionspartei bei den Bundeswahlen, er wird Ministerpräsident bleiben.

Mit dem überzeugenden Sieg kann Rajiv Gandhi beruhigt seiner politischen Zukunft entgegensehen. Seinen Kritikern, die behaupten, er sei nur als Sohn Indira Gandhis Ministerpräsident geworden, hat er den Wind aus den Segeln genommen.

Vor dem amerikanisch-sowjetischen Abrüstungs-Dialog in Genf: Die Interkontinentalwaffen (1)

Abbau strategischer Arsenale als Ziel

Vor den am 12. März in Genf beginnenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Rüstung und der militärischen Nutzung des Weltraums für ein Strategisches Verteidigungssystem schildert die WELT in drei Artikeln die Ausgangslage. Im ersten Beitrag geht es um START und die Positionen der beiden Weltmächte hinsichtlich der strategischen Interkontinentalwaffen.

Von RÜDIGER MONIAC

Auf drei Foren soll in Genf künftig verhandelt werden: Auf dem ersten geht es um die Begrenzung der strategischen Atomwaffen von Reichweiten über 5500 Kilometer (früher START genannt), auf dem zweiten wird neu die Reduzierung der Nuklearwaffen mit Reichweiten bis 5500 Kilometer verhandelt und damit vor allem über die gesprochen, die in Gestalt der sowjetischen SS-20-Raketen in Europa die nukleare Bedrohung unverhältnismäßig stark steigerten (früher „INF-Verhandlungen").

Auf dem dritten Forum schließlich wollen sich amerikanische und sowjetische Unterhändler über die Möglichkeiten und Gefahren klar werden, die sich aus den Forschungsarbeiten beider Seiten für eine noch intensivere militärische Nutzung des Weltraumes für die friedenserhaltende Stabilität ergeben. (Präsident Reagan nannte das US-Programm die „Strategische Verteidigungsinitiative" – SDI.)

Als sich die Außenminister der USA und der Sowjetunion Anfang Januar in Genf trafen, um diese neuen Verhandlungen zu verabreden, hielten sie in einem Kommuniqué fest, daß START, INF und SDI zueinander in engem Zusammenhang stehen. Seitdem hat die sowjetische Führung auf diesen Passus immer wieder hingewiesen, so daß westliche Experten schon mutmaßen, Moskau wolle ihn zu einem Instrument machen, um nach Gutdünken die Verhandlungen in den jeweiligen Foren zu beschleunigen oder auch, was für wahrscheinlicher gehalten wird, zu bremsen.

Moskaus Rückzieher

Als die Sowjets im Herbst 1983 als aggressiv-diplomatische Reaktion auf den Beginn der Stationierung von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa die INF-Verhandlungen abbrachen und auch START ohne Vereinbarung eines neuen Termins verließen, waren sich, wie Kenner wissen, beide Seiten in der Formulierung eines Nachfolgevertrages für SALT II bereits sehr nahe gekommen. START hatte sich vielversprechend entwickelt. Moskau zeigte sich hinter den verschlossenen Türen am Verhandlungstisch durchaus willens, den amerikanischen Vorschlägen für „tiefe Einschnitte" in die strategischen Arsenale zu folgen.

Die amerikanische Absicht war, durch eine einschneidende Verringerung der Potentiale mit interkontinentaler Reichweite die strategische Stabilität zu erhöhen. Die vor allem in der sowjetischen Rüstung erkennbaren Tendenzen zur Entwicklung einer Erstschlagfähigkeit (häufig "Fenster der Verwundbarkeit" genannt) insbesondere gegen die landgestützten US-Raketen (ICBM) sollten gemildert oder gar gestoppt werden.

Die Idee für diesen „Build down" sah Folgendes vor: Für jeden neu einzuführenden Sprengkopf auf ICBM mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) sollen beide Vertragspartner zwei Sprengköpfe aus ihrem vorhandenen Arsenal abbauen. Ein solcher Reduzierungsschritt im Tempo von eins zu zwei würde einen relativ schnellen Abbau garantieren. Bei seegestützten Systemen (SLBM) war eine Abbau-Quote von zwei zu drei anvisiert, weil sie als nicht so destabilisierend angesehen werden wie die landgestützten.

Am wenigsten wollten die USA mit ihrem „deep cut"-Vorschlag die Absichten „bestrafen", eine Einsprengkopf-Rakete durch eine neue zu ersetzen. Diese Systematik würde die Entwicklung von Raketen begünstigen, die nur noch mit einem Sprengkopf ausgerüstet sind. Denn so können beide Seiten einen Sprengkopf durch einen neuen ersetzen.

Schließlich schlugen die USA bei START in Genf als weitere Verminderungsnorm einen jährlichen Abbau der Arsenale um fünf Prozent über einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren vor, so daß auch die Sowjetunion, die anders als die USA einen Großteil der Modernisierung ihres strategischen Arsenals bereits vollzogen hat, wie diese zu wesentlichen Verringerungen angehalten würde.

Verbindliche Grundlage

Dieses Konzept würde erstmals in der Geschichte der nuklearen Rüstung eine verbindliche Grundlage für einen kontinuierlichen Abbau der strategischen Potentiale der USA und der Sowjetunion schaffen. 1983 ist es in Genf über den amerikanischen Vorschlag hinaus nicht zu einer intensiven Erörterung der damit zusammenhängenden Fragen gekommen. Die USA regten die Einrichtung einer Sonderarbeitsgruppe an. Es ist damit zu rechnen, daß in Genf auf diesem Wege nun neu begonnen wird.

Die Sowjetunion reagierte auf die amerikanischen Vorschläge seinerzeit zumindest in der Öffentlichkeit mit propagandistisch aufgeblähter Ablehnung. Sie verneinte dabei vor allem den Sinn der amerikanischen Zielsetzung, vor allem die besonders als destabilisierend angesehenen landgestützten ICBM-Raketen zu beschneiden, von denen die Sowjetunion sehr viel mehr hat als die USA.

KPI und SPD für autonome Entwicklung Europas

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Schon drei Tage nach Beendigung ihres Europa-Symposiums in der kommunistischen Parteischule bei Rom setzen SPD und KPI heute ihren Meinungsaustausch fort. In dem von der KPI gesteuerten „Centro Reforma dello Stato" findet – mitorganisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung – eine Diskussion über „wirtschaftliche und politische Aspekte der Selbstbehauptung" Europas statt. Zu den Teilnehmern gehören Pietro Ingrao vom KPI-Vorstand, Karsten Voigt vom SPD-Vorstand und der den Kommunisten nahestehende Europa-Politiker Altiero Spinelli.

Die kommunistische „Unitá" stellte ihren wertenden Abschlußbericht über die Europa-Debatte unter die Überschrift: „Die sich kreuzenden Pfade der KPI und der SPD". Der Meinungsaustausch habe gezeigt, wie sich „beide Parteien immer mehr bewußt werden, daß die Arbeiterbewegung nur im europäischen Maßstab auf die heutigen Herausforderungen antworten kann: auf die wirtschaftlich-militärische Vorherrschaft Amerikas, die technologische Entwicklung, die Probleme der Arbeitszeit und der Lebensqualität". Der kommunistische Senator Andriani zog Bilanz: „In den drei Tagen haben wir gesehen, daß wir oft auf der gleichen Wellenlänge argumentieren."

Die „Unitá" räumte ein, daß in der Runde zwar „nicht alle Positionen der SPD vertreten" gewesen seien, hob jedoch hervor, daß die deutschen Teilnehmer mit Zustimmung der SPD-Führung nach Rom gekommen seien. Die Tagung sei „eine Etappe auf dem gemeinsamen Weg" gewesen.

Alfredo Reichlin und Ulrich Klose hätten in ihren Einführungsreferaten übereinstimmend diagnostiziert, daß „wir uns in einem tiefgehenden sozialen Strukturwandel und in einer politischen Krise befinden, weil die Fähigkeit zu einer ausgeglichenen Verteilung des Einkommens und zur Vollbeschäftigung" verlorengegangen sei. Man brauche deshalb eine „neue Entwicklungsqualität".

Andriani erklärte dazu: „Wir können in unserer Entwicklung nicht weiter von der amerikanischen Schubkraft abhängig bleiben." Die Deutschen könnten auf diesem Gebiet sehr viel tun, indem sie ihre bisherige wirtschaftspolitische Einstellung änderten, „die allzu starr und restriktiv ist". Die SPD-Vertreter zeigten sich freilich nicht bereit, die amerikanische Lokomotive durch eine deutsche zu ersetzen, plädierten aber – ebenso wie die Redner der KPI – für eine autonome europäische Entwicklung, für eine konzertierte Wirtschaftspolitik und für die Förderung einer konkordierten Konsumpolitik.

In politischen Kreisen Roms werden die jüngsten KPI-SPD-Kontakte unter dem Aspekt der Formalisierung eines Verhältnisses gesehen, das zwischen den beiden Parteien bisher vorwiegend auf inoffizieller Ebene, fast heimlich, unterhalten worden sei.

Seite 2: Die Ursehnsucht

Erkennt Reagan nicaraguanische Exilregierung an?

DW. Washington

Die US-Regierung erwägt wirtschaftliche Sanktionen gegen Nicaragua, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sandinistenregierung in Managua und die Anerkennung einer nicaraguanischen Exilregierung für den Fall, daß der Kongreß die geforderten Kredite zur Unterstützung der antisandinistischen Guerrilla ablehne. Dies erklärte der neue Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, in einem Interview der „Los Angeles Times". Präsident Reagan sei nicht bereit, während seiner Amtszeit die Schaffung eines weiteren marxistischen Staates in der westlichen Hemisphäre zu dulden.

Gleichzeitig erklärte der militärische Chef der „Demokratischen Kraft Nicaraguas" (FDN), Enrique Bermudez, in Washington, seine Truppen seien bereit, die Kontrolle über einen Teil Nicaraguas zu übernehmen. Dies sei jedoch nur möglich, wenn Washington fest verspreche, die „neue Regierung" anzuerkennen und zu unterstützen.

Bonn beansprucht die ganze Breite der Elbe

Erstmals klare Forderung für Abschnitt Schnackenburg

HELMUT KAMPHAUSEN, **Mainz**

Im 13. Jahr nach Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" haben die Bonner Vertreter in der gemeinsamen Grenzkommission zum ersten Mal die Feststellung des Grenzverlaufs im Elbeabschnitt zwischen Schnackenburg und Lauenburg auf dem Nordostufer des Flusses gefordert. Durch die Leiterin der Bonner Delegation, Ministerialrätin Irmgard von Rottenburg, wurde der „DDR"-Delegation der Rechtsstandpunkt der Bundesregierung vorgetragen, wonach die Grenze in diesem Abschnitt nach dem Londoner Protokoll und nach der Handlungsweise der Besatzungsmächte vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland nur am Nordostufer der Elbe an der Streichlinie zwischen den Buhnenköpfen verlaufen könne.

Dieser Grenzabschnitt war bei der Vorlage der Dokumentation über die Grundlagen und Tätigkeiten der gemeinsamen Grenzkommission vom 29. November 1978 ausgespart worden, weil bis zu diesem Datum eine einvernehmliche Feststellung über den Verlauf der Demarkationslinie zwischen der britischen und der sowjetischen Besatzungszone nicht erzielt worden war.

Auf der 14. Sitzung der gemeinsamen Grenzkommission am 2. und 3. Juli 1974 in Schwerin glaubte der jetzige Delegationsleiter der „DDR", Volkmar Fenzlein, sich über den bindenden Auftrag der Grenzkommission „der Verlauf der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bestimmt sich nach den diesbezüglichen Festlegungen des Londoner Protokolls vom 12. September 1944, ..." hinwegsetzen zu können. Er wollte die Souveränität beider Staaten dadurch demonstrieren, daß er sich und seinen Kollegen aus Bonn die Ellbogenfreiheit nicht einschränken lassen wollte. Die damalige Bonner Delegation widersprach dem nicht. Die „DDR" wollte die Grenze in der Mitte des Flusses oder des Talweges feststellen. Die Bonner Delegation war damals nicht abgeneigt zuzustimmen, konnte sich aber auf Grund der öffentlichen Proteste zu einer solchen Lösung nicht durchringen.

Daß nun heute der Bonner Delegation die Weisung gegeben wurde, die Elbe in ganzer Breite zu beanspruchen, ist zweifellos ein Fortschritt. Wird doch erst dann, wenn die Grenze auch im Elbeabschnitt festgestellt worden ist, der Artikel 3 des Grundlagenvertrages wirklich praktikabel. Zur Zeit ist es nämlich unklar, ob die Zollboote der Bundesrepublik Deutschland auf der Elbe die territoriale Integrität der „DDR" oder die bewaffneten Schnellboote der Grenztruppen der „DDR" das Territorium der Bundesrepublik Deutschland verletzen.

Arbeitgeber finden Kasseler Streikurteil sympathisch

Stärkung ihrer Position vor Bundesverfassungsgericht erhofft

PETER GILLIES, **Bonn**

Das grundsätzliche Verbot von Sympathiestreiks ist geeignet, den Trend zur Ausweitung von Arbeitskämpfen zu begrenzen. In Kreisen der Arbeitgeber wird das jüngste Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) auch deswegen begrüßt, weil es die Rechtsauffassung bestätige, der Streik sei nur das letzte Mittel und dürfe sich nur auf Tariftatbestände beziehen. Die Arbeitgeberseite erhofft sich daraus eine Stärkung ihrer Position vor dem Bundesverfassungsgericht, wo wichtige Fragen der Waffengleichheit im Arbeitskampf anstehen.

Wie bereits gestern berichtet, hatte das höchste Arbeitsgericht ein Recht der Gewerkschaften, durch Arbeitsniederlegungen Druck auf dritte Unternehmen auszuüben, verneint. Im erwähnten Fall hatte die IG Druck und Papier 1981 rund 50 Leute einer Druckerei in zwei Schichten streiken lassen, um einen anderen Verlag dazu zu zwingen, mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen einen Tarifvertrag abzuschließen.

Das BAG hat die Argumente der klagenden Druckerei anerkannt. Sie ist bestreikt worden, obgleich sie sich mit ihrer Gewerkschaft im Tariffrieden befand und auf den Streik gar nicht zu reagieren vermochte, denn Ziel des Drucks war ein drittes Unternehmen. Das aus innergewerkschaftlicher Sympathie bestreikte Unternehmen ist lediglich Opfer, weil ihm keine Forderung vorliegt und es auch keine erfüllen kann (es sei denn jene, ein drittes Unternehmen händeringend um irgend etwas zu bitten).

Trotz des grundsätzlichen Verbots von Sympathiestreiks ließ das BAG jedoch eine Hintertür offen. Diese Arbeitsniederlegungen seien erlaubt, wenn beide Unternehmen – also das bestreikte und das in Wahrheit gemeinte – wirtschaftlich eng verflochten seien. Die Urteilsbegründung liegt noch nicht vor, aber das BAG hat damit offenbar einen Beherrschungsbegriff oder zumindest eine Mehrheitsbeteiligung gemeint. Danach wäre der Angriff durch Sympathiestreiks innerhalb von Tochterbetrieben eines Konzerns erlaubt.

In der BAG-Entscheidung sehen die Arbeitgeber ein Indiz dafür, daß das Arbeitskampfrecht wieder auf seinen Kernbereich reduziert wird: das unmittelbare Tarifrecht. Im Verbot vom Sympathiestreiks glauben sie auch ihre Position erkennen zu können, wonach Streiks nur das letzte Mittel sein können („Ultima-ratio-Prinzip"). Vor dem BAG unterlagen die Arbeitgeber kürzlich in der Frage von Warnstreiks. Jetzt sehen sie – mit Blick auf anstehende Verfassungsgerichtsverfahren – einen leichten Aufwind für ihre Position, deren Kern die ausgewogene Kampfparität im Arbeitskampfrecht ist.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Rechtlos trotz Wahlrecht?

„Wählen statt Schimpfen"; WELT vom 27. Februar

In Ihrem Leitartikel werfen Sie die Frage auf, was man gegen die Politisierung in der Kirche als „normales" Gemeindemitglied tun kann, und empfehlen „Wählen statt Schimpfen". Ich gebe Ihnen im Grundsatz völlig recht.

Im letzten Gemeindebrief unserer Gemeinde wurde empfohlen, eine Kollekte für die kommunistische Untergrundorganisation Swapo zu sammeln. Es ist bekannt, daß es sich bei dieser Organisation um eine militante „Befreiungsbewegung" handelt, die die Gewalt gegen Menschen und Sachen zur Durchsetzung ihres politischen Ziels (Errichtung einer kommunistischen Regierung in Namibia) uneingeschränkt bejaht (WELT vom 31. Januar 1985).

Der Spendenaufruf stammt von den gleichen Menschen, die hier im Lande die „Friedensbewegung" und ihre Demonstranten unterstützen. Man fragt sich, was das für eine christliche Moral sein soll: Im eigenen Land „für den Frieden kämpfen", aber militante Untergrundorganisationen in Afrika unterstützen. Diese politische Einseitigkeit führt nicht nur zu Kirchenaustritten, sondern auch zur Verringerung der Spendenfreudigkeit überhaupt.

Was kann man dagegen tun? Im Prinzip nichts. Wenn die Mehrheit des Presbyteriums einen entsprechenden Beschluß faßt, wird der Gemeinde der politische Wille aufgezwungen. Bis zur nächsten Wahl ist es noch lange hin. Angesichts der ständigen politischen Auseinandersetzungen in den kirchlichen Gremien hat auch die Bereitschaft nachgelassen, sich für das (Ehren-)Amt des Presbyters zur Verfügung zu stellen. Nordelbien ist bereits überall.

Mit freundlichen Grüßen
G. v. Wildemann,
Swisttal

*

Der Kommentar von Henk Ohnesorge übersieht – jedenfalls für die kirchlichen Verhältnisse in West-Berlin –, daß der „Wählerwille" schon weitgehend nicht mehr respektiert wird und für Kirchengemeinden und ihre Pfarrer ein rechtsfreier Raum entstanden ist.

Beispiel die Kirchengemeinde in Friedenau: Diese Gemeinde hat bei den allgemeinen Kirchenwahlen 1983 eindeutig kirchlich-konservativ gewählt. Was aber geschah? Der Kreiskirchenrat mußte die Wahl für ungültig erklären, weil ein Mitglied des Gemeindekirchenrates „die gebotene Zurückhaltung" bei der Wahlwerbung vermissen ließ (und sich damit die Linksgruppierung um ihre ohnehin bescheidenen Wahlchancen gebracht sah).

Doch die Gemeinde wählte bei der Wiederholungswahl im September wieder nur Vertreter, die sich zu Bibel und Bekenntnis zu halten versprachen. Erst am 20. Dezember konnte dann endlich dieser Gemeindekirchenrat in sein Amt eingeführt werden. Wer nun glaubte, daß kirchliche Arbeit beginnen könnte – weit gefehlt.

Ein Vierteljahr später wurde der zum Vorsitzenden und Geschäftsführer der Kirchengemeinde gewählte Pfarrer (ego) aus seinem Pfarramt abberufen und mit einem praktischen Berufsverbot belegt. Ein juristischer Tatbestand konnte nicht definiert werden. Aus den Erklärungen des Berliner Propstes für die Kirchenleitung auf der Gemeindeversammlung am 16. 6. 1984 konnten die Gemeindeglieder unschwer folgende Begründung entnehmen: Es wäre jetzt endlich an der Zeit, auch in Friedenau (der letzten großen und gottesdienstlich „intakten" Gemeinde Berlins) die „modernistischen Anschauungen" durchzusetzen. Drei Leute in der Gemeinde besäßen überdies das besondere Vertrauen der Kirchenbehörde (woraufhin?) und hätten damit das Recht, die Gemeinde nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Ein Pfarrer, an dem Gemeinde und Älteste geistlichen Rückhalt fänden, müßte deshalb aus der Gemeinde entfernt werden, denn das dürfe „nicht die einzige Form" der Evangeliumsverkündigung sein, die ausschließlich auf „Schrift und Bekenntnis" gegründet wäre. Andere hätten auch ihr Recht in der Kirche ...

Wozu und was sollen die Gemeindeglieder also noch wählen?

Pfarrer Dr. Buske,
Berlin-Friedenau

Wirkliche Chance

„Ein Gast aus Paraguay": WELT vom 22. Februar

Wieder einmal ist mir die Haltung unserer Bundesregierung total unverständlich. Nun, da man Herrn Stroessner auf Veranlassung von Herrn Strauß einmal eingeladen hat, sollte man das Beste daraus machen und als Bundespräsident nicht in Erwägung ziehen, auf Urlaub zu gehen oder als Außenminister eine Asientour zu unternehmen.

Statt sich politischen Ärger einzuhandeln, sollte man mit diplomatischem Feingefühl und Geschick versuchen, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Indem Herrn Stroessner Gelegenheit gegeben würde, sich von Herrn Mengele zu „befreien", würde den Juden endlich die Möglichkeit verschafft werden, die Greueltaten durch einen Prozeß zu verurteilen.

Für die Bundesrepublik wäre das ein wirkliche Chance, sich außenpolitisch endlich wieder einmal als geschickter Partner zu erweisen. Stroessner wäre sicherlich daran interessiert, sich eine „weiße Weste" zu verschaffen, um dadurch sogar für Reagan „salonfähig" zu werden, und es wäre wohl mehr als gerecht, wenn wir endlich dafür sorgen würden, daß einer der brutalsten Verbrecher des letzten Krieges endlich zur Rechenschaft gezogen würde.

Natürlich sollte es nach wie vor die Aufgabe der Bundesregierung sein, die demokratischen Kräfte zu unterstützen, nicht nur in Lateinamerika, sondern auf der ganzen Welt. Es ist wenig gerecht, Paraguay mit anderen Maßstäben zu messen als z. B. die Sowjetunion, deren Herrscher hier mit militärischen Ehren empfangen werden, obwohl sie den Völkermord in Afghanistan initiiert haben.

Mit freundlichen Grüßen,
H. I. Reuthe,
Hamburg 60

Wort des Tages

„Wer in der Kirche die eigentlich politische Gesinnung wichtiger nimmt als das Evangelium von Jesus Christus, verwechselt Glauben mit Ideologie und die Kirche mit einer Partei."

Eduard Lohse; dt. Theologe (geb. 1924)

Widerspruch

„Leserbrief: Für Deutschland"; WELT vom 25. Februar

In der WELT vom 25. 2. 1985 veröffentlichten Sie einen Leserbrief des Herrn K. Bruns, in dem dieser meint, Schlesien müsse auf der Tagesordnung bleiben.

Im „Schlesier", in dem man immer wieder Beiträge des Herrn Bruns lesen kann, hat er in der Ausgabe vom 22. Februar zunächst dazu beigetragen, daß das unqualifizierte Geschreibsel des „Schlesier", das dem guten Ruf der Schlesier schadet, auf der Tagesordnung bleibt.

Herr Bruns entschuldigt dort Thomas Finke, der bekanntlich die Bundeswehr bis an die sowjetische Grenze vordringen ließ. Schließlich, so Bruns, „hält der Autor in dieser spezifischen Strategie eine Wiedervereinigung Deutschlands für möglich ... Unter diesen Gesichtspunkten muß das Szenario des jungen Autors differenziert gesehen werden." Schließlich stellt Bruns die Frage: „Wie steht es um die Pressefreiheit?"

Die Angriffe wegen des Fink-Artikels seien bestimmten Kreisen in der Bundesrepublik nur recht. „Doch die Erlebnisgeneration und die Bekenntnisgeneration nehmen die Herausforderung an!" Die Schlesier verstehen den „Schlesier" und Herrn Bruns immer weniger. Sie verbitten es sich, mit solchen schlimmen Überlegungen „weiter auf der Tagesordnung zu bleiben"!

Kraffto von Metnitz,
Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien – Ober- und Niederschlesien – Landesgruppe Berlin

Traurig genug

„Shamir zu Strauß: Keine Frage der Realpolitik"; WELT vom 2. März

Sehr geehrte Redaktion,

ist es schon traurig genug, daß ein Land mehr rüstet, als es für seine eigene Verteidigung benötigt, so wäre es für die Bundesrepublik Deutschland um so unverständlicher, Waffen an Länder zu liefern, die unter Umständen Israel gefährden könnten.

Wenn andere Länder Waffen an arabische Länder liefern sollten, dürfte es für die Bundesrepublik Deutschland kein Grund sein, ebenso zu verfahren. Etwa frei nach dem Motto: „Erst das Fressen, dann die Moral."

Mit freundlichem Gruß,
W. Wulf,
Hamburg 96

Personalien

AUSZEICHNUNG

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, **Heinrich Franke,** hat den mit 15 000 Mark dotierten Buchpreis „Nürnberger Trichter" 1984 für drei Beiträge aus der Arbeitswelt überreicht. Ausgezeichnet wurden **Klaus Fütterer** für sein Werk „Streit um die Arbeit", **Elisabeth Noelle-Neumann** und **Burkhard Strümpel** für ihre gemeinsame Publikation „Macht Arbeit krank? Macht Arbeit glücklich?" und **Udo Ernst Simonis** für sein Buch „Mehr Technik – weniger Arbeit?"

STIFTUNG

Berlin eröffnet im April 1986 eine der wichtigsten medizinischen Einrichtungen, die nach dem Krieg an der Spree in das Leben gerufen wurden: das „Deutsche Herzzentrum Berlin". Dort sollen jährlich 2000 bis 2500 Operationen an Patienten aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland vorgenommen werden, die bisher auf Wartelisten stehen. In den Stiftungsrat wurden jetzt folgende Persönlichkeiten berufen: Dr. **Heinz Hannse** (Schering AG), Verleger **Axel Springer,** Unternehmer Dr. **Helmut Schleicher** (Berlin), Dr. **Karsten Vilmar** (Bundesärztekammer), **Heinrich Frommknecht** (Verband der privaten Krankenversicherungen), Professor Dr. **Wolfgang Dissmann** (Krankenhaus Am Urban, Berlin) und Professor Dr. **G. Blümchen** (Herzklinik Roderbirken). Dem Stiftungsrat gehören außerdem aufgrund ihres Amtes unter anderem Sozialsenator **Ulf Fink** und Professor Dr. **Dieter Heckelmann** (Präsident der Freien Universität) an.

KIRCHE

Der Präsident des Internationalen Katholischen Missionswerkes „Missio" in München, Monsignore **Jakob Aigner** (53), hat sein Amt niedergelegt. Sein Nachfolger wurde Monsignore **Heinrich Haug** (56), bisher Leiter des Liturgischen Instituts in Trier.

BUCHVORSTELLUNGEN

„Unsere manipulierte Demokratie", Untertitel „Müssen wir mit der linken Lüge leben", heißt das jüngste Werk, das **Karl Steinbuch** gestern in Bonn vorstellte. Der Karlsruher Informatik-Professor und frühere Direktor des Instituts für Nachrichtenverarbeitung und -übertragung der Uni Karlsruhe wurde erneut Autor beim Stuttgarter Verleger **Heinrich Seewald.** Steinbuchs „Kurskorrektur" von 1973 hat bei Seewald inzwischen eine Auflage von 160 000 Exemplaren erreicht. Zur Buchpremiere in der Bayerischen Landesvertretung in Bonn hatte Staatsminister **Peter Schmidhuber** eingeladen. In seinem jüngsten Werk will Steinbuch darstellen, wie in der Bundesrepublik Deutschland kleine Minderheiten, exreme Gruppierungen bis hin zu Radikalen in der Lage sind, Willen und Meinung zu manipulieren. Erneut setzt sich Steinbuch auch mit **Heinrich Böll** auseinander: Zu dessen Behauptung, daß die Theorien der Terroristen gewalttätiger klingen als ihre Praxis, sagt er: „Böll richtet Schlimmes an". Viele in unserem Lande folgten schon wieder „verantwortungslosen Narren. Diese Situation erinnert mich sehr stark an die dreißiger Jahre", so Steinbuch.

*

Im Bonner Presseclub hat gestern auch **Alfred Grosser** sein neues Buch „Das Deutschland im Westen – ein Bilanz nach 40 Jahren" vorgestellt. Grosser ist Forschungsdirektor an der Fondation Nationale des Sciences Politiques und Professor an der Pariser Sorbonne. Das Buch wird parallel zu Bonn in Paris erscheinen. Die deutsche Ausgabe besorgte der Carl Hanser Verlag. Grosser bemüht sich, wie schon früher in seiner „Deutschlandbilanz", um eine aktuelle Bestandsaufnahme deutscher Geschichte und Politik. Seine neue analytische Chronik reicht bis in die Zeit kurz vor Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Gäste im Presseclub Bonn waren gestern auch der frühere Bundespräsident **Walter Scheel** und der ehemalige Staatssekretär **Rolf Lahr.**

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Bodo-Eckehard Strauer** von der Universität München ist auf die im Zentrum für Innere Medizin der Philipps-Universität in Marburg neugeschaffene C 4-Professor für Kardiologie berufen worden.

WAHL

Die Fritz-Reuter-Gesellschaft e. V. in Lübeck hat den früheren Verlagsbuchhändler **Helmut de Voss** erneut zum Präsidenten der literarischen Gesellschaft wiedergewählt. De Voss ist in der Bundesrepublik Deutschland seit 30 Jahren einer der bekanntesten Rezitatoren von **Fritz Reuter.** Zum Stellvertreter wählte die Gesellschaft den 47jährigen Wirtschaftsjournalisten **Hans-Joachim Griephan** aus Bonn, der das größte private Fritz-Reuter-Literatur-Archiv in der Bundesrepublik Deutschland besitzt. Die Fritz-Reuter-Gesellschaft pflegt und fördert in der Bundesrepublik Deutschland das literarische Erbe des im mecklenburgischen Stavenhagen geborenen größten niederdeutschen Dichters des 19. Jahrhunderts.

Einer der Väter des modernen Fotojournalismus, der Pressefotograf und spätere Fernsehjournalist **Wolfgang Weber,** ist im Alter von 82 Jahren in Köln gestorben. Seine bahnbrechenden Bildberichte aus Afrika, Indien und China erschienen vor dem Zweiten Weltkrieg in der „Berliner Illustrierten" und in der „Münchner Illustrierten Presse". Er gehörte zu den ersten Reisejournalisten in Deutschland und hinterläßt unter anderem wichtige Fotodokumente über den Untergang des Britischen Empire. Nach dem Krieg war Weber bis 1963 Chefreporter der „Neue Illustrierte" in Köln. Anschließend drehte er als freier Fernsehjournalist und -regisseur bis zu seinem 80. Lebensjahr in Afrika, China, Kuba und Nahost zahlreiche zum Teil preisgekrönte Dokumentarfilme für in- und ausländische Fernsehanstalten.

Swissairs angewandte Europa-Geometrie.

Helsinki
Moskau
Manchester
Kopenhagen
Hamburg
Amsterdam
Düsseldorf
Warschau
Brüssel
Köln/Bonn
Frankfurt
Paris
Nürnberg
Prag
Stuttgart
München
Wien
Linz
Mailand
Oporto
Genua
Nizza
Lissabon
Barcelona
Madrid
Rom
Palma de Mallorca
Athen

Verbinden Sie jeweils zwei Punkte so, dass sich alle daraus entstehenden Linien in einem Punkt schneiden, und versuchen Sie herauszufinden, wo sich dieser Punkt befindet.

Wenn Sie sich gerne mit Geometrie beschäftigen, werden Sie den gesuchten Punkt rasch und präzis bestimmen können. Und wenn Ihnen Geometrie schon immer ein Greuel war, helfen wir Ihnen gerne rasch und präzis weiter: Die korrekte Lösung heisst Schweiz.

Die zentrale Lage in Europa allein hat aber die Schweiz noch nicht zu dem gemacht, was sie schon seit Jahrhunderten ist: ein Transitland für alle Welt. Ebenso sind es die verschiedensten Einrichtungen und Dienstleistungen, die eine Reise über die Schweiz angenehm und kurzweilig machen.

Zum Beispiel die extrem kurzen Umsteigezeiten in den Flughäfen Zürich und Genf. Oder die guten Verbindungen nach über 45 Städten in ganz Europa. Ganz zu schweigen vom Gepäck, das Sie erst an Ihrem Zielflughafen wieder in Empfang nehmen, vom Tax-Free-Shop, in dem Sie äusserst günstig einkaufen können, und davon, dass Sie sich in Zürich oder Genf um keine Formalitäten zu kümmern brauchen, weil Sie Ihre Einsteigekarte für den Weiterflug meist schon am Startflughafen bekommen.

Bevor Sie also Ihren nächsten Flug buchen, sollten Sie daran denken, dass die kürzeste und bequemste Verbindung zwischen zwei Punkten nicht unbedingt eine Gerade sein muss.

Die Swissair oder Ihr IATA-Reisebüro gibt Ihnen gerne alle weiteren Auskünfte.

swissair

GGK

NOTIZEN

Neuer Blutdruckmesser

***Stockholm** (DW.)* – Eine neue Blutdruckmanschette, die durch Berücksichtigung des Armumfangs genauer messen kann, ist von zwei schwedischen Ärzten entwickelt worden. Internationale Studien hatten ergeben, daß es bei Patienten, die bisher mit zu kleinen Manschetten untersucht wurden, häufiger zu der falschen Diagnose von zu hohem Blutdruck kam.

Mehr Funkfrequenzen

Genf (Zü) – Die Navigationssicherheit in dem Gebiet der 100 Länder der europäischen Seefunkzone soll auf den ersten 400 Kilometern ab Küste erhöht werden. Auf zwei Konferenzen will die Internationale Fernmeldeunion, eine Unterorganisation der UNO, in Genf deshalb neue Frequenz- und Standortpläne für den Seefunkdienst sowie den Flug- und Seenavigationsfunkdienst erstellen. Grund der Tagungen ist die allgemeine Frequenzknappheit. Durch moderne Techniken soll das vorhandene Spektrum besser genutzt werden, um mehr Frequenzen und Funkstellen unterzubringen.

Appell an Gartenfreunde

Wiesbaden (gur.) – Der hessische Landwirtschaftsminister Willi Görlach hat an die Kleingartenbesitzer appelliert, auf harte Pflanzenbehandlungsmittel völlig zu verzichten. Die durch Chemikalieneinsatz zu erreichenden Arbeitserleichterungen könnten die Gefahr für Umwelt und eigene Gesundheit nicht aufwiegen. Auch Mineraldünger sollten sparsam verwendet werden.

Test auf AIDS-Antikörper

Frankfurt (dpa) – Schon in absehbarer Zeit sollen in der Bundesrepublik alle Blutspender auf AIDS-Antikörper getestet werden. Davon geht der Blutspendedienst Hessen des Deutschen Roten Kreuzes aus, der eine erste Pilotstudie bei 5000 gesunden Männern und Frauen vorgenommen hat. Bisher wurden die Blutwerte von 3600 Spendern ausgewertet; 14 Personen *(0,38 Prozent)* erwiesen sich dabei als Träger von Antikörpern (HTLV III) gegen den AIDS-Virus. Der Blutspendedienst wird von diesen Personen kein Blut mehr für Transfusionen freigeben.

Stickoxide, wie sie in den Abgasen herkömmlicher Autos enthalten sind, gefährden die Wälder nicht nur durch Ozon und Photooxidantien, sondern auch durch massive Eingriffe in ihren Ernährungskreislauf. Für Klimaeinflüsse auf das Waldsterben konnten keine überzeugenden Hinweise gefunden werden. Zu diesen Ergebnissen kommt ein gestern bekanntgewordener Ursachen-Bericht. Die Erkenntnisse der von Bund und Ländern geförderten Ursachenforschung sind darin zusammengefaßt. Die Resultate werden heute im Rahmen einer Umwelt-Bilanz den europäischen Fachministern in Brüssel vorlegt.

Studie zeigt: Stickoxide stören die Nährstoffversorgung der Wälder

Von EBERHARD NITSCHKE

Zum Auftakt der am heutigen Donnerstag in Brüssel beginnenden Konferenz der europäischen Umweltminister, auf der Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann für sein Konzept des umweltfreundlichen Autos kämpfen will, hat er eine als „Bilanz" ausgewiesene Übersicht der einschlägigen Politik seit 1982 vorgelegt.

Keine Schädigung durch radioaktive Strahlung

In Rahmen dieser „Bilanz" wird den in Brüssel versammelten Umweltministern zur Unterstützung des deutschen Anliegens auch einen neuen Forschungsbericht vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß durch die nicht katalysatorgefilterten Abgase von Autos der Wald gleich in zweifacher Hinsicht geschädigt wird: Die in Tonnenlast abgesonderten Stickoxide lassen nicht nur Ozon und Photooxidantien entstehen, die für das Waldsterben verantwortlich gemacht werden, sondern sie verhindern auch die Aufnahme von Nährstoffen durch die Bäume.

Der Bericht, mit dem sich das Bundeskabinett am 13. März befassen wird, basiert auf einem Zwischenbericht des Forschungsbeirats „Waldschäden/Luftverunreinigungen" vom vergangenen Dezember, in dem die bisherigen Erkenntnisse der von Bund und Ländern geförderten Ursachenforschung zusammengefaßt wurden. Luftschadstoffe und ihre Umwandlungsprodukte werden für die Ursachen verantwortlich gemacht, die je nach ihrer Konzentration unmittelbar zu Schäden führen, besonders dann, wenn ein Befall durch biologische Schädlinge auftritt *oder extreme Witterungsverhältnisse* vorherrschen.

Die Stickoxide seien einerseits zwar Stickstoff-Lieferanten für das Baumwachstum, doch bewirke eine Gesamtbelastung von rund 30 Kilo Stickstoff pro Hektar Boden und Jahr ein Ungleichgewicht bei der Nährstoffversorgung vor allem dann, wenn auf relativ armen Böden nicht mehr genügend andere Nährelemente, als Beispiel werden Calcium und Magnesium angeführt, zur Verfügung stünden.

Die Fachleute kommen zu dem Schluß, daß Düngungen den Wald vor Erkrankungen zwar nicht bewahren können, den Schadensverlauf unter günstigen Umständen aber verlangsamen.

Über die Beteiligung von Viren oder Bakterien am Waldsterben zeichnet sich nach dem Urteil der Experten bisher ab, daß sie zwar die „Ausprägung der Schäden beeinflussen, sich jedoch nicht als auslösende Ursachen nachweisen lassen".

*Für die in Mitteleuropa fast gleich*zeitig auftretenden massiven Schäden scheiden nach ihrer Erkenntnis klimatische Einflüsse als dominierende Faktoren aus. Eine Schädigung durch radioaktive oder andere Strahlungsarten wird als ausgeschlossen betrachtet.

Der Bericht weist auf die vorrangige Bedeutung der Entwicklung schadstoffarmer Energien hin. Als oberstes Ziel werden der Abbau der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen aus Großfeuerungsanlagen durch neue Reinigungstechniken angeführt. 253 Projekte zur gezielten Grundlagenforschung werden mit rund 63 Millionen Mark gefördert.

Zu den Erfolgen der Anstrengungen, auf internationaler wie auf innerdeutscher Ebene die Reinhaltung der Luft durchzusetzen, zählt Zimmermann die Tatsache, daß 1983 erst neun Staaten ihre Bereitschaft erklärt hatten, die nationalen jährlichen Schwefeldioxidemissionen um mindestens 30 Prozent zu verringern, daß es heute aber bereits 20 Staaten seien.

Zur Versorgung mit bleifreiem Kraftstoff stellt der Minister in seiner auf Brüssel bezogenen „Bilanz" fest, daß die Bundesregierung den Ausbau der 272 Autobahntankstellen, die von der bundeseigenen „Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen" an Mineralölfirmen vergeben werden, auf „bleifrei" eingeleitet hat.

Rahmenrichtlinie für „bleifreies Tanken"

Bereits heute werde an 66 dieser Tankstellen bleifreies Benzin angeboten. Diese Entwicklung werde sich *auch in den Nachbarstaaten* durchsetzen. Der Umweltministerrat hat sich hierfür am 6. Dezember 1984 auf eine Rahmenrichtlinie geeinigt, die nach Zimmermanns Worten „Anfang 1985" auch formal zur Verabschiedung ansteht.

Beim Gewässerschutz wird die Bundesregierung zu den bereits bestehenden 21 Verwaltungsvorschriften über Mindestanforderungen an Abwassereinleitungen in diesem Jahr weitere acht verabschieden, womit dieses Regelwerk im wesentlichen abgeschlossen sei, sagte Zimmermann.



Der Bohrer vor dem Einbringen ins Bohrloch: Je tiefer er vordringt, desto eher besteht die Gefahr, von der Vertikalen abzuweichen. Dadurch kommt es in großen Bohrtiefen oft zu Verkantungen. Versuche, Glasperlen als Schmiermittel einzusetzen, ermöglichen es jetzt, noch weiter in die Tiefe vorzudringen. Geologen wollen mit Hilfe dieser Technik neue Ölvorkommen erschließen. WERKFOTO

Glasperlen vermindern die Reibung

Der Einsatz von Mikrokugeln verhilft amerikanischen Geologen zu größeren Bohrtiefen

Von HARALD STEINERT

Auf der Suche nach einer optimalen Bohrspülung experimentieren Wissenschaftler mit immer neuen Zusatzstoffen. Eine der bemerkenswertesten Entwicklungen, um eine bessere „Schmierung" im Bohrloch zu erreichen, ist die Verwendung kleiner Glasperlen.

Diese Schmierwirkung ist von großer Bedeutung für den Energieverbrauch bei der Rotation des Bohrgestänges im Bohrloch und für das Einpressen des Gestänges für die vorläufige oder endgültige Verrohrung. Für diesen Zweck hat man bisher Plastikkügelchen oder feingemahlene Walnuß-Schalen, teilweise auch chemische Additive wie Seifen oder Öle verwendet.

Seit einigen Jahren erprobt man nun einen in Houston/Texas entwickelten Glaskügelchen-Zusatz aus Natronglas. Dieses Additiv wird in zwei Größen geliefert. Die groben Glasperlen, die bei stillstehendem Bohrschlamm verwendet werden, haben einen Durchmesser zwischen 425 und 850 Mikrometer (ein Mikrometer ist ein Millionstel Meter), die feinen zwischen 44 und 88 Mikrometer. Letztere kommen während des Bohrvorgangs zum Einsatz.

Bisher sind zwar die Nutzeffekte dieses „Glasperlenspiels" in der Bohrspülung nachgewiesen, seine Wirkungsweise jedoch ist unklar. Entweder wirken sie wie die Kugeln eines Kugellagers, wenn sie sich in dem Belag der Bohrlochwand festsetzen, der sich aus dem Schlamm der Bohrspülung bildet, oder sie wirken durch die Konzentrierung des Kontaktes zwischen Kügelchen gegen Gestänge auf ganz kleine Flächen, während in den Zwischenräumen der Punktkontakte die mobile Flüssigkeit des Bohrschlamms verbleibt. Vermutlich wirken beide Mechanismen zusammen.

Auf alle Fälle haben die Glaskügelchen durch ihre Festigkeit und Glätte bei hochgradiger Rundung von vornherein einige Vorteile als „Schmiermittel", sie sind gegenüber den übrigen Komponenten der Bohrspülung neutral und nicht umweltgefährdend.

Bei den Anwendungsbeispielen aus der Bohrpraxis wurde mit Mengen zwischen einigen hundert Gramm Glasperlen und maximal einem Kilogramm pro Liter Bohrspülung gearbeitet. Angewendet wurden diese Additive vor allem bei Bohrungen mit starker Ablenkung von der Vertikalrichtung und vor allem dann, wenn Bohrlöcher nach der Ablenkung wieder mehr in die Vertikale gehen und damit S-Kurven bilden.

In diesen Fällen entsteht eine besonders hohe Reibung zwischen Gestänge und Bohrlochwand, die eine erhöhte Energiezufuhr nötig macht und die im schlimmsten Fall im Festfressen des Bohrmeißels endet. In den genannten Fällen wurde die Reibung um 40 bis 60 Prozent vermindert. Bei einer anderen Versuchsbohrung stieg durch die Anwendung von Glasperlen die Bohrleistung pro Stunde von sechs auf 18 Meter. So gelingt es mit Hilfe dieser Technik, größere Bohrtiefen zu erreichen.

Nachruf

Plötzlich und unerwartet verstarb heute unser Chefarzt, Herr

Dr. med. Gerhard Jakobsmeier

Der Tod setzte seinem unermüdlichen Schaffen in unserem Hause ein jähes Ende.

Als Gründungsmitglied und langjähriges Vorstandsmitglied war er uns besonders eng verbunden. 1980 übernahm Herr Dr. Jakobsmeier als Chefarzt die medizinische Leitung der Klinik für manuelle Therapie in Hamm.

Uneigennützig setzte er sich für die Interessen des Hauses und die Weiterverbreitung der manuellen Medizin ein. Wir verlieren in ihm einen gütigen und um das Wohl der Patienten und Mitarbeiter besorgten Chefarzt. Die Klinik wird stets seiner in Dankbarkeit gedenken.

Vorstand, Geschäftsführung und Mitarbeiter
der
Klinik für manuelle Therapie in Hamm

4700 Hamm, den 4. März 1985

Am 4. März 1985 verstarb nach längerer Krankheit unser Familienoberhaupt im 97. Lebensjahr

Friedrich Riedesel Freiherr zu Eisenbach

39. Erbmarschall zu Hessen
Ehrenkommendator des Johanniterorden

Viele Jahre hat er die Geschicke unserer Unternehmen als Vorsitzender des Vorstandes geleitet und sich mit Tatkraft für die Fortschritte unserer Familienbetriebe eingesetzt.

Vorstand, Geschäftsleitung und Mitarbeiter
der
Waldgesellschaft und Industriebetriebe
der
Riedesel Freiherren zu Eisenbach
Kraft Riedesel Freiherr zu Eisenbach
Erbmarschall zu Hessen

Die Beisetzung findet am 8. März 1985, um 14.00 Uhr von der Schloßkirche zu Eisenbach aus statt.

Anstelle zugedachter Blumen- oder Kranzspenden bitten wir um eine Spende an die „Hessische Genossenschaft des Johanniterorden" bei der Kreissparkasse Lauterbach/Hessen – Konto-Nr. 0115809, BLZ 519 500 83.

Jeder Tropfen Öl, den Ihr Auto verliert, ist ein Tropfen zuviel für die Umwelt.

EIN TROPFEN ÖL IST GEWISS NICHT VIEL, aber wenn jedes Auto, das auf unseren Straßen fährt, täglich nur einen einzigen verliert, sind das schon mehr als eine halbe Million Liter im Jahr.

Aber muß ein Auto überhaupt Öl verlieren?

Jedes Auto hat zahlreiche Dichtungen an Motor, Getriebe und Hinterachse.

Diese Dichtungen sind empfindlich gegen ungeeignete Öle. Sie werden dann schnell brüchig und undicht. Dunkle Flecken auf dem Garagenboden können ein Hinweis dafür sein.

Wir bei BP haben in Langzeittests unsere Öle immer wieder und unter den unterschiedlichsten Bedingungen überprüft, so daß an ihrer Dichtungsverträglichkeit keine Zweifel bestehen.

BP und die Umwelt.
Wir haben Antworten.

Wir kennen unsere Verantwortung für die Umwelt. Deshalb fördern wir mit hohem technologischen und finanziellen Aufwand eine Reihe von Projekten, deren Zielsetzung umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen sind.

Vieles von dem, was wir uns vorgenommen haben, ist schon Wirklichkeit geworden. Einiges davon finden Sie heute bereits bei Ihrer BP Tankstelle um die Ecke.

BP hat hochwertige Leichtlauföle entwickelt, die den Kraftstoffverbrauch senken. Weniger Kraftstoffverbrauch heißt aber auch weniger Schadstoffausstoß.

BP unterstützt mit hohen Investitionen die Verfügbarkeit von unverbleitem Kraftstoff.

BP hat als erster dem Selbstölwechsler Absauggeräte an der Tankstelle zur Verfügung gestellt, um das unkontrollierte Ablassen von Altöl zu verhindern.

Selbstverständlich entsprechen die an allen BP Tankstellen installierten Ölabscheider den gesetzlichen Anforderungen, so daß eine Verunreinigung des Abwassers verhindert wird.

BP hat durch den Weltrekord mit einem BMW M 1 bewiesen, daß umweltfreundliches Autogas auch leistungsfähig ist.

Zukunftsweisend sind auch die Entwicklungen der BP Labors auf dem Gebiet biologisch abbaubarer Schmierstoffe. Die bei BP erarbeitete Prüfmethode wurde Grundlage für die inzwischen international anerkannte CEC-Prüfnorm.

Für Solaranlagen hat BP die Wärmeträgerflüssigkeit Thermo-Frost P entwickelt und dafür gesorgt, daß sie biologisch abbaubar ist.

Alle Produktentwicklungen, die wir in unseren Labors durchführen, werden grundsätzlich auf ihre Auswirkungen und mögliche Umweltbelastungen überprüft, um Risiken weitestgehend auszuschließen.

Jeder Mitarbeiter von BP ist verpflichtet, dem Umweltschutz im Rahmen seiner Tätigkeit hohe Bedeutung beizumessen.

Denn die Wahrnehmung unserer Verantwortung für die Umwelt ist einer unserer wichtigsten Grundsätze – und damit eine zusätzliche Qualität von BP.



Seit 40 Jahren verschollen: Der schwedische Diplomat Raoul Wallenberg

Fragen, die Moskau nicht beantwortet

Vor 40 Jahren, im Januar 1945, wird in Ungarn ein junger Schwede, der sich auf dem Weg zu dem sowjetischen Marschall Malinowski befindet, von den Sowjets verhaftet. Noch in den letzten Kriegsmonaten hat er als schwedischer Diplomat im Auftrag von Präsident Roosevelt Tausende ungarischer Juden vor der Todesmaschinerie der Nationalsozialisten gerettet: Raoul Wallenberg, geboren am 4. August 1912 als Sohn eines Offiziers der schwedischen Marine und Mitglied einer der einflußreichsten Familien des Landes.

Noch 1945 versichert die sowjetische Botschafterin in Stockholm, Alexandra Kollontai, Wallenberg sei „am Leben, gesund und wird bald zurückkommen". Aber schon zwei Jahre später bestreitet Moskau jede Kenntnis über Wallenbergs Schicksal und hüllt sich in Schweigen.

In den darauffolgenden Jahren berichten deutsche Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft, Wallenberg gesehen und mit ihm gesprochen zu haben, darunter General Moser zwischen Dezember 1947 und Sommer 1948 im berüchtigten Gefängnis des KGB in Moskau, der Ljubljanka, Carl Rehekampf 1956 im Gefängnis Wladimir; Ende 1951 erklärt unter Eid der italienische Diplomat Dr. Claudio de Mohr, daß er von April 1945 bis Anfang 1948 in der Ljubljanka Zellennachbar von Wallenberg gewesen sei.

Alle diese Aussagen, die die Existenz Wallenbergs bezeugen, sind in den Akten des Stockholmer Außenministeriums abgeheftet – in unmittelbarer Nachbarschaft von einer fatalen sowjetischen Note vom 2. Juni 1957. Darin erklärt der damalige stellvertretende Außenminister Andrej Gromyko – nachdem die Sowjets über ein Jahrzehnt jegliche Kenntnis über Wallenberg bestritten haben – mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß ein gewisser Raoul Wallenberg den sowjetischen Justizbehörden doch bekannt sei. Allerdings, so Gromyko, sei er schon lange tot: Seit dem 17. Juli 1947, genauer gesagt. Als Todesursache wird ein Herzinfarkt angegeben.



Er half Tausenden von Juden, den Nationalsozialisten zu entkommen: Raoul Wallenberg FOTO: TELEBUNK

Aber auch dies muß angezweifelt werden. Denn während einer medizinischen Konferenz in Moskau im Jahre 1961 erzählt der sowjetische Professor Alexander Myasnikow der schwedischen Professorin Nanna Svartz, er habe Wallenberg in einem psychiatrischen Krankenhaus in der Nähe von Moskau gesehen. Unabhängig davon ist einem Bericht zu entnehmen, der jetzt in der im Untergrund erscheinenden „Chronik der Ukrainischen katholischen Kirche" erschienen ist, daß Wallenberg mindestens von 1953 bis 1962 in einer psychiatrischen Haftanstalt eingesperrt war. Der litauische Offizier A. Bagdonas schreibt dort, daß er nach Stalins Tod gemeinsam mit etwa 150 weiteren Gefangenen aus dem Straflager von Norilsk in die psychiatrische Sonderhaftanstalt von Kasan an der Wolga verlegt worden sei. In dieser Haftanstalt sei er bis 1962 gemeinsam mit Wallenberg inhaftiert gewesen. Der 1982 aus der Sowjetunion emigrierte Ascher Chanukajew gibt an, Wallenberg 1972 vier Tage lang im Gefängnis in Swerdlowsk gesprochen zu haben. Während eines internationalen Wallenberg-Symposiums 1981 in Stockholm wird festgestellt, daß es Zeugen, die Wallenberg gesehen haben, bis zum Jahre 1979 gibt.

Lebendig begraben – ZDF, 22.05 Uhr

Warum dieses grausame Spiel um einen Mann, der so vielen Menschen das Leben gerettet hat? David Harel und Peter David Lautermann beschäftigen sich in ihrer Sendung mit Wallenbergs Schicksal. Sie sprachen mit Verwandten, Freunden und Mitarbeitern des im sowjetischen Gulag Verschollenen.

Zum Teil unbekanntes Archivmaterial ergänzt ihre Dokumentation, die das Schicksal eines Mannes aufrollt, der seit 1981 neben Winston Churchill Ehrenbürger der Vereinigten Staaten ist, der Moskau noch 1984 dazu veranlaßt, bei den ungarischen Behörden dagegen zu intervenieren, in Budapest ein Denkmal für ihn aufzustellen. Die Ungarn wollten das Denkmal für Wallenberg „als schöne Geste des historischen Gedenkens" und der Dankbarkeit für den Retter von rund 100 000 ungarischen Juden wieder im Budapester St.-Stefans-Park aufstellen. Dort war die Statue 1949 von Unbekannten – manche sagen, es seien sowjetische Soldaten gewesen – weggeschleppt und demoliert worden.

INGO URBAN

KRITIK

Eine Geschichte vom Überleben

Sie sind damals noch rechtzeitig ausgewandert. Ein Satz, den man nach dem Krieg in Deutschland häufig hörte, wenn das Schicksal jüdischer Nachbarn oder Bekannter zur Sprache kam. Ein Satz, der neben der Feststellung, daß einige dank früher Warnung und Einsicht dem Holocaust entkommen konnten, auch die beruhigende Gewißheit ausdrückt, daß diese Menschen es damit, mit der Emigration nämlich, glücklich geschafft haben. Glücklich?

Gewiß, überlebt haben sie, die Goldschmidts beispielsweise in dem dokumentarischen Fernsehspiel **Im Schatten von Gestern** (ZDF). Der etablierte Berliner Anwalt (Kurt Wollstein) und seine Frau (Nicola Saussen) betreten 1935 den Boden des „gelobten Landes" und fangen – mit zwei Koffern und einer Bonbonniere Schweizer Schokolode als Habe – ein neues Leben an. Müssen zwar feststellen, daß sein akademischer Beruf im agrarisch unentwickelten Palästina nicht gefragt ist und daß sie beide den rigorosen Anforderungen des Kibbuz nicht genügen, beißen sich aber durch. Sie lernen um, lernen, ihre Hände und eine völlig fremde Sprache zu gebrauchen.

Aus Palästina wird der Staat Israel, aus den deutschen Goldschmidts werden loyale israelische Bürger. Die sich dennoch unausgesprochen heimatlos fühlen und Anfang der fünfziger Jahre den Schritt zurück nach Deutschland wagten, um mit hoffnungsvollen, aber nicht überspannten Erwartungen an Vertrautes anzuknüpfen. Während er als Anwalt für Wiedergutmachungs-Fälle Befriedigung findet, mehren sich in seiner Frau die Zweifel am Sinn der Rückkehr. Sie reagiert empfindlich auf unbedacht Dahingesagtes, kann ihr Mißtrauen nicht abschütteln, sich mit dem geschmeidigen Gewissen so manches Deutschen nicht abfinden. Die in Israel geborene Tochter will umgehend in ihre Heimat zurück.

Eine exemplarische, ganz und gar unpathetisch erzählte Geschichte vom Überleben. Die Geschichte von Entwurzelung, der Sehnsucht, Verschüttetes wiederbeleben zu wollen, und dem Unvermögen, vergessen zu können.

BRIGITTE HELFER







ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Ab 11.45 nur über die Sender des ZDF
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Fußball-Europapokal
FC Bayern München – AS Rom; Inter Mailand – 1. FC Köln
11.25 Die pazifische Herausforderung
12.10 Umschau
12.30 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

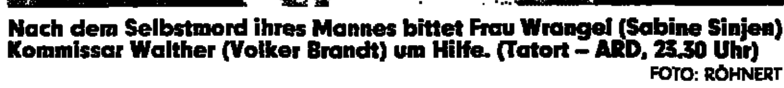
11.30 ARD-Sport extra aus Tokio
Eiskunstlauf-WM
Kür der Herren
Kurzprogramm Damen
16.00 Tagesschau
16.10 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt:
Eine Welt im Dach des Waldes
16.55 Bilder zum Hören
Videoclips und wie sie gemacht werden
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 ARD sport extra – aus Tokio
Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften
Kür der Herren
Zusammenfassung
Reporter: Hans-Joachim Rauschenbach
20.45 Wie man Käufer kauft
Beobachtungen in einer Werbeagentur
Von Gerhard Bot:
Ohne Werbung kann die freie Marktwirtschaft heutzutage nicht mehr existieren. Allein im letzten Jahr investierten die bundesdeutschen Unternehmer 15 Milliarden Mark, um über Anzeigen und Plakate die Verbraucher zu erreichen.
21.30 Bei Bio
Gespräche und Musik live
Mit Alfred Biolek und Eddie Constantine und Sohn Lemmy, dem Kneipentheater „Geierwally", Lorin Maazel, Herbert Bonewitz, Milva und Ron Williams sowie Peter Herbolzheimers Rhythm Combination
Regie: Peter Ristau
23.00 Tagesthemen
23.30 Tatort
Fluppys Masche
Von Joachim Nottke und Karlheinz Knuth
Mit Volker Brandt, Ulrich Faulhaber, Stefan Behrens, Sabine Sinjen u. a.
Regie: Wolfgang Luderer
Als der Ganove Fluppy den Berliner Juwelierladen Malcher ausrauben will, muß er zu seinem Entsetzen feststellen, daß bereits vor ihm Einbrecher eingestiegen sind und den Besitzer ermordet haben. Voller Panik flüchtet Fluppy aus dem Geschäft . . .
1.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Elternsache: Grundschule
Ein Ratgeber im Medienverbund
3. Folge: Schülersorgen
Moderation: Klaus Meynersen
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Höhlenkinder
Nach dem Roman von Alois Th. Sonnleitner
Letzte Folge: Der Bär
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Mit den Liedermachern Dieter und Karin Huthmacher
17.50 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
Prost Helmut!
Liebeswerbung
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke in Verbindung mit der „Aktion Sorgenkind"
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Deutschen Behindertenhilfe „Aktion Sorgenkind"
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Alternative Medizin I: Die Klimakur – Erfahrungsbericht von Andrea Schmidt und Claus Friedrich Buchholz / Hilfe zur Selbsthilfe – Informationen zur Nationalen Kontakt- und Informationsstelle
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.05 Lebendig begraben
Das ungeklärte Schicksal des Raoul Wallenberg
In den letzten Kriegsmonaten verschwand der junge schwedische Millionärssohn Raoul Wallenberg spurlos in Ungarn. Kurz zuvor hatte dieser unerschrockene Mann noch Tausende von jüdischen Menschen in Budapest vor der Todesmaschinerie der Nazis bewahrt. David Harel und Peter David Lauterman versuchen nun sein Leben zu rekonstruieren.
23.20 Filmforum
Luis Buñuel: Ich bin ein Atheist von Gottes Gnaden
Bericht von Georg Bense und Hans Peter Kochenrath
0.05 heute
Anschl. Gute-Nacht-Musik
Manuel de Falla: Spanischer Tanz aus „La vida breve"
Cho-Liang Lin, Violine
Susanne Powell, Klavier







Nach dem Selbstmord ihres Mannes bittet Frau Wrangel (Sabine Sinjen) Kommissar Walther (Volker Brandt) um Hilfe. (Tatort – ARD, 23.30 Uhr) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Das Testament des Dr. Cordelier
Französischer Spielfilm (1959)
Mit Jean-Louis Barrault u. a.
Regie: Jean Renoir
21.45 Landesspiegel
Der vielseitige Bello
Bericht über Ausbildung und Einsatz von Polizeidiensthunden
22.15 Nachtstudio
Der Weg aus der Ordnung
23.00 Subway
Art Blakey and the Jazzmessengers
0.00 Tips für Leser
Natalie Sarraute: Kindheit
0.10 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
19.15 Winter in Finnland
19.30 Wo Tiere noch unter sich sind
20.00 Tagesschau
20.15 Immer die verflixten Frauen
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit Shirley MacLaine u. a.
21.50 Kultur aktuell: Bach
22.40 Musik im III.
George Gershwin
23.10 Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Auskunft: Arbeit und Beruf
Das Recht auf Rehabilitation
19.05 Autoreport
19.20 Cleopatra
Amerikanischer Spielfilm (1934)
Mit Claudette Colbert u. a.
21.00 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Bild der Woche
21.55 Die Fallensteller
Beobachtungen im US-Bundesstaat New York
22.40 Die Zitadelle (2)

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 J. Robert Oppenheimer, Atomphysiker (2)
siebenteilige englische Serie
20.30 Familie am Bildschirm (2)
Johannes Klempp verirrt sich
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Vis-à-vis
22.30 Der Kampf um Wyhl
Zehn Jahre danach: Fragen – Antworten
Ein Bericht von Sigrid Faltin und Gebhard Plangger
anschl. Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Die Brücke von Remagen
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 Gästebuch

BAYERN

18.15 Die Tier-Sprechstunde
Wenn Tiere für Tiere leiden
18.45 Rundschau
19.00 Die Geschichte der 1002. Nacht (1)
20.45 „Ich werde ihm dort keine Ruhe lassen . . ."
Fragmentarisches über Blaise Pascal
Von Raimund Ulbrich
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Sieben Tage im Mai
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Ava Gardner, Kirk Douglas, Burt Lancaster, Fredric March u. a.
23.45 John Frankenheimer
Dokumentation über den Regisseur von Jörg Weymüller
0.45 Rundschau
0.50 Actualités

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Das Comeback
15.00 Quips
Ein Magazin für alle, die gern etwas tun und wissen wollen
Moderation: Dirk Solomon
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Kum Kum
Kum Kum spielt Vater
17.00 Kicker-Stammtisch
Thema: „Europapokal"
Gast im Studio: Wolfgang Overath
18.00 Fauna Iberica
Eine Geschichte vom Hirschkalb, Teil 1
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Hoppla, jetzt kommt Eddie
Deutscher Spielfilm (1958)
Mit Eddie Constantine, Margit Saad, Peter Mosbacher u. a.
Regie: Werner Klinger
Eddies erster Film in Deutschland ist heute aktueller den je: Ein Millionär und Nobelpreisträger hat einen billigen Ersatz für das teure Benzin gefunden. Internationale Gangster sind, versteht sich, hinter dem Geheimnis her . . .
20.30 High Chaparral
Mein Bruder Buck
Telzer, ein Tunichtgut und Revolverheld, dem Big John einst zur Freiheit verhalf, trifft auf High Chaparral ein und verlangt von Big John 5000 Dollar, oder er würde Buck zum Shoot-out fordern. Was niemand erwartet, Buck kann sich sogar schmutziger Mittel bedienen.
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Grand Prix
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit James Garner, Eva Maria Saint, Yves Montand u. a.
Regie: John Frankenheimer
Ein Blick hinter die Kulissen der internationalen Autorennfahrerelite im Kampf um die Weltmeisterschaft. Mit überragenden Originalaufnahmen der großen Rennen von Monaco bis Monza
1.10 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

17.00 Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Tokio
Kür der Herren
18.00 Bilder aus Deutschland
Nicht nur humba-humba-tätära: Mainz – Ein Stadtporträt von Professor Karl Holzamer und andere Beiträge
19.00 heute
19.30 Derrick
Der Tag nach dem Mord
von Herbert Reinecker
Mit Horst Tappert, Fritz Wepper u. a.
Vor einem italienischen Restaurant wird ein Wagen mit einem Toten entdeckt. Oberinspektor Derrick glaubt zunächst, sich mit dem Opfer einer Messerstecherei befassen zu müssen. Doch dann bekommt er einen Hinweis, der ihn sofort eine andere Spur verfolgen läßt.
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Dichter, Magier und Prophet
2000 Jahre Vergil
Film von Josef Rosenthal
22.30 Lieben Sie Klassik?
Karl Löbl präsentiert Opernszenen
23.15 3SAT-Nachrichten







NACHRICHTEN

DFB erwartet Bestätigung

Bonn (sid) – Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), geht davon aus, daß das Exekutiv-Komitee der Europäischen Fußball-Union (UEFA) dem DFB die Ausrichtung der Europameisterschaft 1988 endgültig übertragen wird, ungeachtet der politischen Diskussionen. Es sei möglich, aber sehr schwer, Berlin doch noch in den Spielplan aufzunehmen, sagte Neuberger.

CSSR ohne Lendl

Prag (dpa) – Die Tennis-Mannschaft der CSSR muß am kommenden Wochenende bei ihrer Daviscup-Begegnung gegen die UdSSR in Tiflis auf Ivan Lendl verzichten. Der Weltranglisten-Dritte sagte wegen einer Mittelohr-Entzündung ab.

Beutel in Runde zwei

Wien (dpa) – Hans-Dieter Beutel aus Hannover schlug beim Wiener Hallentennis-Turnier den an Nummer eins gesetzten Schweden Stefan Simonsson 6:3, 6:4 und erreichte die zweite Runde.

Randalierende Fans

London (sid) – Von schweren Ausschreitungen randalierender Fußball-Fans wurde das englische Liga-Pokalspiel zwischen dem FC Chelsea und dem FC Sunderland (2:3) überschattet. Die Polizei registrierte 23 Verletzte, darunter sechs Polizisten, und über 100 Festnahmen.

ZAHLEN

EISKUNSTLAUF

Weltmeisterschaften in Tokio, Damen, Stand nach der Pflicht: 1. Iwanowa (UdSSR) 0,6 Punkte, 2. Chin (USA) 1,2. 3. Witt („DDR") 1,8, 4. Kondraschowa (UdSSR) 2,4, 5. Leistner (Deutschland) 3,0, 6. Carinobi (Schweiz) 3,6, 7. Thomas (USA) 4,2, 8. Lebedewa (UdSSR) 4,8, ... 11. Neske (Deutschland) 6,6.

BASKETBALL

Meisterschafts-Zwischenrunde, Gruppe B: Bamberg – Göttingen 81:92.

FUSSBALL

Bundesliga: Leverkusen – Frankfurt 3:1 (1:0), Bochum – Mönchengladbach 0:2 (0:0). – **Zweite Liga:** Offenbach – Homburg 0:2 (0:1), Duisburg – Bürstadt 2:1 (1:1).

SCHACH / Weltmeister Anatoli Karpow in Wien – Vermutliche Erkrankung dementiert – Angriff gegen Campomanes

„Präsident nutzte seine Kompetenz zu sehr aus"

OLAF BROCKMANN, Wien

Der Schachweltmeister gab sich die Ehre. In Wien, der Hauptstadt der ehemaligen Donau-Monarchie, wurde der Regent des königlichen Spiels in einem Salon des Hotels Sacher würdevoll empfangen. Schließlich besaß der Blitzbesuch Anatoli Karpows – er folgte einer Einladung zu einer Fernseh-Sendung – so etwas wie schachgeschichtlichen Charakter. Zum ersten Mal nach dem umstrittenen Abbruch des Weltmeisterschaftskampfes gegen Garri Kasparow in Moskau trat der sowjetische Weltmeister außerhalb Osteuropas auf. Die dreitägige Stippvisite in Wien nutzte Karpow vor allem, um mit großer Genugtuung alle Gerüchte um eine mögliche, schwere Krankheit zu widerlegen.

Nachdem er auf einer Couch das übliche Blitzlichtgewitter der Fotografen über sich hatte ergehen lassen, erfüllte seine helle, aber feste Stimme den kleinen Raum: „Daß ich wegen Krankheit sechs Kilogramm abgenommen habe, ist ein reines Gerücht. Ich wiege wie schon bei Beginn des Kampfes noch immer 61 Kilogramm." Er fühle sich keineswegs schlapp – im Gegenteil, er fühle sich bei bester Gesundheit.

Karpow, im dunkelblauen Nadelstreifenanzug und mit dunkelroter Krawatte, wirkte jedoch eher zerbrechlich. Sein fahles, knabenhaftes Gesicht verstärkte diesen Eindruck. Aber dennoch: So, wie er auf dem Schachbrett die Figuren meisterlich arrangiert, so beherrschte er in Wien auch seine Gesprächspartner. Politische Fragen pariert er en passant: „Schach ist Schach. Und meine Welt ist Schach. Eine WM ist kein Politikum." Doch ein Stichwort wurde zum Reizwort. Die Schachgemüter bewegt der so umstrittene Abbruch des Kampfes, eng verbunden mit dem Namen Florencio Campomanes, der als Weltpräsident beim Stande von 5:3 das Geschehen eigenmächtig abgebrochen hatte. „Der Präsident nutzte seine Kompetenzen wohl zu weit aus", meinte Karpow, der sich gegen eine Neuansetzung am 2. September beim Stande von 0:0 wehrt. „Das Match müßte mit einem 2:0-Vorteil für mich fortgesetzt werden. Ich brauchte doch nur noch einen einzigen guten Zug, um meinen Titel erfolgreich zu verteidigen."

Karpow hofft noch auf eine Revision durch den Weltkongreß, der Ende August in Graz tagt. Nach der Marathonpartie ohne sportliches Ende hält auch Karpow es für angebracht, die Dauer des Kampfes auf 24 Partien zu limitieren. Neben Moskau wollen sich dann bei einer Regeländerung auch London und Graz für die Austragung des Duells der Sowjetrussen bewerben.

„Ich würde mich freuen, in Graz zu spielen. Dorthin kehre ich gern zurück", erklärte Karpow. Kein Wunder, denn dort in der Steiermark hatte er 1972 den Titel eines Studentenweltmeisters errungen. Bereits Ende März will Karpow mit der Vorbereitung für die neue WM-Runde beginnen. Dann spiele er täglich vier Stunden, manchmal auch den ganzen Tag. „Wenn ich nicht Schach spiele, ruhe ich mich aus. Wenn ich ausgeruht bin, spiele ich wieder Schach." So könne er ein ganzes Leben verbringen. „Ich liebe dieses Spiel, vor allem seine schöpferische Seite. Jedes Spiel ist neu und steckt voller Überraschungen und Dramatik." Aus dem Schachspiel schöpfe er auch seine Lebensphilosophie. „Wie die aussieht, weiß ich aber noch nicht. Meine Karriere ist ja längst nicht beendet. Auf diesem Niveau kann ich bestimmt noch zehn Jahre spielen."

Als er knapp fünf Jahre alt war, hatte er seinen Vater gebeten, er möge ihm dieses Spiel erklären: „Mich hat fasziniert, wie diese rätselhaften Figuren hin- und hergeschoben wurden." Heute versetzt Karpow seine Gegner selbst mit oft rätselhaften Zügen in Erstaunen. „Immer, wenn ich mich ans Schachbrett setze, denke ich, daß ich gewinne. Sonst hat es keinen Zweck, sich überhaupt hinzusetzen." Und: „Wenn ich gut spiele, dann erhalte ich einen Preis." Karpow spielt meistens gut.



Mit zwei Punkten Vorsprung will der sowjetische Schach-Weltmeister Anatolij Karpow (linkes Foto, links) seinen Titel gegen Kasparow (rechtes Foto) verteidigen. FOTOS: AP/CAMERA PRESS

FUSSBALL / Leverkusener Hoch – Wieder Heimniederlage für Bochum

Rolf Schafstalls neues Rezept: Nach der Pleite wieder zurück ins Trainingslager

B. WEBER/sid, Bochum

Nach dreieinhalb Monaten ohne Punktgewinn siegte Bayer Leverkusen in der Fußball-Bundesliga innerhalb von nur vier Tagen bereits im zweiten Spiel. In der Nachholbegegnung gegen Eintracht Frankfurt gewannen die Gastgeber mit 3:1 (1:0) nach Toren von Winkelhofer, Tscha und Schreiber. Dem Schweden Svensson gelang eine Viertelstunde vor Abpfiff der Anschlußtreffer.

Die Bochumer, denen schon immer ein überaus ausgeprägtes Harmoniebedürfnis zu eigen war, hatten sich die Sache mit dem Sieg auch fein ausgedacht. Zuerst wollten sie Borussia Mönchengladbach schlagen, und dann sollte der von etlichen Bundesliga-Vereinen umworbene Bochumer Trainer Rolf Schafstall gewissermaßen als Bonbon nachreichen, daß er seinen Vertrag um zwei Jahre verlängert hatte. Indes, der erste Teil des programmierten Ablaufs ging reichlich daneben. Die Bochumer hatten gegen die Gäste aus Mönchengladbach nicht den Hauch einer Chance.

Sie verdienten zwar ordentlich, denn mehr als 30 000 Zuschauer drängten sich im Ruhrstadion, aber auf dem Spielfeld war nichts zu holen. Am Ende stand ein hochverdienter 2:0-Sieg der technisch und taktisch eindeutig überlegenen Mönchengladbacher (Torschützen: Christian Hochstätter in der 74. und Hans-Georg Dreßen in der 89. Minute). Weil durch deren Treffer die vierte Heimniederlage in Folge für den VfL Bochum und damit, nach zeitweiligen UEFA-Cup-Träumen, das Absinken ins Mittelfeld der Tabelle sichergestellt war, empfand es kaum noch jemand als Bonbon, was Schafstall in eigener Sache ausführte: ja, er habe seinen neuen Vertrag noch vor dem Anstoß unterschrieben, und er habe es getan, weil beim VfL Bochum sportlich noch einiges zu bewegen sei.

Mag sein, daß der Trainer mit dieser Einschätzung durchaus richtig liegt, am Dienstag abend aber ließen die Bochumer solche Perspektiven kaum erkennen. Was nicht nur daran gelegen haben kann, daß sie ihre üblichen Mittelfeldspieler Tenhagen und Osswald wegen Verletzung ersetzen mußten. Denn immerhin: Bönighausen, der nach einem Kreuzbandriß und dreieinhalbmonatiger Pause einen guten Wiedereinstand als Libero feierte, und Saborowski, der nach einem Beinbruch und über einjähriger Bundesliga-Abstinenz einen passablen Bewacher für Mönchengladbachs Torjäger Mill abgab, hatten diese Lücken durchaus zufriedenstellend geschlossen.

Schafstall begegnete der aufgekommenen Krise auf bisher ungewohnte Weise. Er entließ seine Mannschaft nach dem Spiel nicht nach Hause, sondern er kasernierte sie noch eine Nacht im Trainingslager ein. Als Strafmaßnahme für die Niederlage wollte der Trainer die Aktion jedoch nicht verstanden wissen. „Sie war", so behauptete er, „schon vorher abgesprochen."

Und die Mönchengladbacher? Trainer Jupp Heynckes scherzte ungewohnt: „Wenn wir nicht aufpassen, werden wir sogar noch deutscher Meister."

EISKUNSTLAUF

Claudia Leistner hofft auf die Bronzemedaille

DW. Tokio

Zum zweiten Mal nach 1983 gewannen die sowjetischen Olympiasieger Elena Walowa/Oleg Wasiliew den Paarlauf-Titel bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Tokio. Zweite wurden ihre Landsleute Larissa Seleznewa/Oleg Makarow vor den Kanadiern Katherina Matousek/Lloyd Eisler. Das deutsche Meisterpaar Claudia Massari/Daniele Caprano aus Stuttgart belegt unter 13 Startern den zehnten Rang.

Im Eistanz haben die deutschen Meister Petra Born und Rainer Schönborn noch eine Chance auf eine Medaille. Die beiden Europameisterschafts-Dritten aus Würzburg zeigten zwar im freien Spurenbildtanz erneut eine ausgezeichnete Leistung, die ihnen Noten bis 5,7 einbrachte. Doch die Reihenfolge aus den Pflichttänzen konnten sie in diesem erlesenen Feld nicht mehr umstoßen – sie blieben Fünfte. Beherrscht wird der Wettbewerb von den beiden Moskauer Paaren Natalia Bestemianowa/Andrej Bukin und Marina Klimowa/Sergej Ponomarenko.

Mit ihrem fünften Platz nach der Pflicht des Damen-Wettbewerbs kämpft die 19 Jahre alte Mannheimerin Claudia Leistner zumindest um die Bronzemedaille. Das Feld der Favoritinnen mit Vize-Europameisterin Kira Iwanowa (UdSSR), der Olympia-Vierten Tiffany Chin (USA), Titelverteidigerin Katarina Witt („DDR") und Anna Kondraschowa (UdSSR) liegt geschlossen vorne. „Mir ist das ganz recht", meinte die deutsche Meisterin, „Ich greife lieber an, als zu verteidigen."

Während des Pflichtprogramms wurde Claudia Leistner nicht von ihrem Trainer Günter Zöller betreut – an der Bande stand der ehemalige Bundestrainer Erich Zeller. Zöller hat die Reise nach Japan nicht mitgemacht. „Er hat finanzielle Forderungen gestellt, die niemand erfüllen konnte – weder Claudia noch der Verein Mannheimer ERC noch die Deutsche Eislauf-Union", rechtfertigt Verbandspräsident Wolf-Dieter Montag den Verzicht auf den ehemaligen „DDR"-Weltklasseläufer.

TENNIS / Vor der Daviscup-Begegnung gegen Spanien in Sindelfingen

Die deutsche Mannschaft mit Boris Becker Westphal und Maurer endlich im Aufwind

H.-J. POHMANN, Sindelfingen

Es kribbelt wieder. Kaum zu glauben, war das Interesse über das Abschneiden einer deutschen Daviscup-Mannschaft über Jahre hinaus doch kaum mehr zu wecken. Waren das noch dramatische Spiele zwischen dem deutschen Team mit Bungert und Kuhnke gegen die CSSR, Südafrika und Spanien. Damals, im Sommer 1970 zum Beispiel, als die deutsche Mannschaft im Semifinale auf einem extra angelegten Asphaltplatz im Düsseldorfer Rheinstadion gegen Spanien mit Santana, Orantes und Gisbert antrat. Man siegte 4:1, stand erstmals in der Herausforderungsrunde gegen die USA und sorgte damit hierzulande für den ersten Tennisboom.

Was nach den Ausnahmeerscheinungen Bungert und Kuhnke folgte, war eher fader Eintopf. Vor allem in den letzten Jahren sank das Interesse in der Öffentlichkeit fast auf den Nullpunkt. Auch finanziell setzte der Deutsche Tennis-Bund (DTB) beim Daviscup kräftig zu. 1983 betrug das Minus beim Aufstieg in die Sieger der 16 Weltbesten über 100 000 Mark, 1984 noch 58 277 Mark. Jetzt hofft man auf bessere Zeiten. Es lohnt sich wieder zu zittern – und das gleich aus mehreren Anlässen.

Erstmals seit Bestehen der sogenannten Superliga 1981 hat eine deutsche Daviscup-Mannschaft wieder eine reale Chance, die erste Runde erfolgreich zu überstehen. Von Freitag bis Sonntag geht es in Sindelfingen gegen eine spanische Mannschaft, die vom internationalen deutschen Meister 1984, Juan Aquilera, angeführt wird. Er ist als 20. der Computer-Rangliste der Tennis-Profis der einzige im spanischen Team, der unter den besten 100 zu finden ist. Emilio Sanchez und Sergio Casal, die sich auf Rang 108 und 184 befinden, vervollständigen das Team.

Ein deutscher Spieler schickt sich dabei nun an, sich in die Herzen der Zuschauer zu spielen: Der 17jährige Boris Becker wird nicht nur in der Verbands-Zentrale hoch eingeschätzt. Nach Siegen zu Beginn des Jahres beim sogenannten Junioren-Mastersturnier in Birmingham und beim Einladungsturnier in Portland gilt Becker bereits als kommender Superstar. Dabei wurde geflissentlich *übersehen, daß beide Turniere lediglich* Einladungsveranstaltungen, also reine Schauturniere waren. Die Gefahr der Überschätzung ist demnach groß, und der Erwartungshorizont der Öffentlichkeit könnte zum Bumerang werden.

Doch auch das sollte gesagt sein: Becker, immerhin 55. der Computerrangliste und somit bester deutscher Profi, wird von Manager Ion Tiriac und Coach Günter Bosch gut geführt. Nach einem siebenwöchigen Amerika-Aufenthalt und einer Woche Konditionstraining in der Schweiz ist ein erfolgreiches Daviscup-Debüt zu erwarten. Daß Becker bei seinem ersten Einsatz sogar umsonst startet, ist einem Entgegenkommen des Verbandes zu verdanken. Denn ursprünglich besaß Becker, als er sich im vergangenen Jahr vom DTB löste, einen Ausbildungsvertrag mit dem Verbands-Pool. Angesichts finanzieller Knappheit des Pools und dem Willen des 17jährigen, sich vom föderalistischen System des Verbandes zu lösen, erfolgte die Freigabe ohne Probleme.

Zweiter Einzelspieler im deutschen Team ist Michael Westphal. Ein Spieler, der nach dem Aufschwung Beckers ins zweite Glied gerückt ist und der noch immer unter seinen Möglichkeiten spielt. Obwohl er in der Vergangenheit, wie zuletzt beim Kingscup in Essen, bewiesen hat, daß er sich im entscheidenden Moment steigern kann. Und weil alles so schön läuft, scheint es sogar im *Doppel zu klappen. 1980 in Valencia* verbannte Günter Bosch Andreas Maurer kurzfristig aus dem Doppel. Bei den Australian-Open im Dezember, führte er Becker und Maurer zusammen, die sogar die früheren Wimbledon-Sieger *McNamara/McNamee* sowie in Memphis Günthard/Taroczy schlugen. Vergessen ist auch der vorjährige Pool-Streit mit Maurer, der wegen eines poolfremden Schlägerfabrikats zuletzt nicht im Daviscup starten durfte. Diesmal sind die Verantwortlichen schlauer gewesen, und die Vorarbeiten von Sportwart Dr. von Pierer und Sportdirektor Günter Sanders haben sich ausgezahlt. Maurer startet nur beim Daviscup mit einem Pool-Produkt.

EISHOCKEY

Finale: Rosenheim gegen Mannheim

DW. Bonn

Nach nur drei Halbfinal-Spielen steht fest: Der Sportbund Rosenheim und der Mannheimer ERC kämpfen um die deutsche Eishockey-Meisterschaft.

Vor 6000 Zuschauern erreichten die Rosenheimer das Endspiel durch einen 4:1-Sieg über den ESV Kaufbeuren, wobei das Team zwei Drittel lang Mühe hatte. Zuvor hatte Rosenheim mit 8:1 und 3:2 gegen Kaufbeuren gewonnen.

Nach seinen 4:3- und 5:3-Siegen in den ersten Begegnungen kam der Mannheimer ERC im dritten Playoff-Spiel vor ebenfalls 6000 Zuschauern zu einem hochverdienten 7:3-Erfolg beim Titelverteidiger Kölner EC.

Die Finalspiele beginnen am 15. März. Die Verlierer, der EC Köln und der ESV Kaufbeuren, kämpfen nun um den dritten Platz.

STAND●PUNKT / *Herzstillstand*

Das ist ja der ganze Jammer, wenn es um Dopingfälle geht. Es wird bagatellisiert, vertuscht, es werden falsche Fährten ausgelegt. Nehmen wir das Beispiel des verstorbenen holländischen Langstreckenläufers Stijn Jaspers. Der 23jährige starb am 19. Oktober 1984 im Studentenwohnheim der amerikanischen Universität Clemson infolge eines Herzstillstandes. Bei der Autopsie wurden Spuren von Phenylbutazon nachgewiesen. Damals erklärte die Untersuchungskommission, dieses Rheuma-Medikament habe den Tod Jaspers nicht verursacht, doch dieses umstrittene Mittel könne allergische und Schockreaktionen hervorrufen – bis hin zum Herzstillstand.

Zweiter Akt im Drama Jaspers: Die Universität Clemson entließ im Dezember 1984 die beiden Leichtathletik-Trainer Stan Narewski und Sam Colson. Doch auch dieser Schritt sei nicht im Zusammenhang mit dem Tode Jaspers zu sehen. Die beiden erklärten obendrein, Jaspers habe sich jedweder medikamentösen Aufrüstung enthalten, das sei auch ihr Credo.

Dritter Akt im Drama Jaspers: Drei Trainer der amerikanischen Unniversitätsmannschaft von Clemson sind nun des Besitzes und Verkaufs von verbotenen Doping-Substanzen beschuldigt worden. Narewski und Colson sollen auch Jaspers mit Doping-Präparaten versorgt haben.

Der Tod eines Langstreckenläufers – fast ein halbes Jahr liegt er zurück und noch immer gibt es allenfalls halbherzige Erklärungen. Vermutungen und die Verzweiflung der Eltern, denen Jaspers wenige Tage vor seinem Tod die Heimkehr versprochen hatte. Aber das ist ja der Jammer, wenn es um Doping geht.

K.Bl.

Für ein Mehr an „strategischer Stabilität"

rmc./kie. Bonn

Die „Stärkung der strategischen Stabilität" ist nach Meinung des Abrüstungsbeautragten der Bundesregierung, Botschafter Friedrich Ruth, das „übergeordnete Ziel" der am 12. März in Genf beginnenden neuen Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Ruth, der auf dem „Dritten Internationalen Tutzinger Kolloquium zu Fragen der Friedenssicherung, Abrüstung und Rüstungskontrolle" eine breitangelegte Darstellung der in Genf. Stockholm und Wien stattfindenden Ost-West-Gespräche vorlegte, unterstrich noch einmal den „kooperativen" Ansatz zur Behandlung der Weltraumwaffen-Problematik. Wichtig sei dabei, „den Zusammenhang zwischen Offensiv- und Defensivwaffen zu berücksichtigen". Genau dies wollen die Amerikaner mit den Sowjets in Genf zuallererst besprechen.

Der Botschafter trat auch der von Moskau erhobenen Forderung entgegen, Fortschritte in Genf könne es nur geben, wenn Einigkeit in allen drei Verhandlungsteilbereichen bestehe. Eine solche Konditionierung liege „nicht im Interesse der Beteiligten", hob Ruth hervor. Man müsse *vielmehr „zu kleinen Schritten bereit* sein", daß heißt zu möglichen separaten Fortschritten, auch wenn „der sachliche Zusammenhang zwischen den drei Verhandlungen unbestreitbar" sei.

Die friedenssichernde Wirkung der NATO-Doktrin des Ersteinsatzes von Atomwaffen, als Teil der Strategie der Abschreckung, unterstrich auf derselben Tutzinger Tagung der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes. Er nannte es „die Paradoxie unserer Epoche", daß die lange europäische Friedensperiode seit dem Zweiten Weltkrieg „ohne die kriegsverhindernde Wirkung der Kernwaffen nicht denkbar" sei.

Mertes fuhr fort:„ Ohne Risiko eines nuklearen Einsatzes würde das Gesamtrisiko für den Angreifer ... wieder berechenbar, und der Angegriffene hätte ... die Zerstörung und *Verwüstung des Krieges allein zu tragen*. Es wäre daher zu befürchten, daß der Verzicht auf die Option des defensiven Ersteinsatzes nuklearer Waffen konventionelle Konflikte in Europa ... wieder wahrscheinlicher machen würde. Krieg könnte wieder Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln werden."

Kairo erwartet keine schweren Waffen von Bonn

Verteidigungsminister Wörner zu Besuch in Ägypten

rmc./DW. Bonn/München

Zu einem viertägigen Besuch Ägyptens ist Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner gestern in Kairo eingetroffen. Wörners Unterredungen mit seinem ägyptischen Amtskollegen Ghazala und weiteren *führenden Regierungsvertretern* stehen nach Informationen der WELT weniger unter der Zielsetzung, den deutschen Rüstungsexport schwerer Waffen vorzubereiten, als vielmehr das gegenseitige Verständnis für die politischen Interessen beider Länder zu vertiefen. In Ägypten ist, wie in deutschen Regierungskreisen zu erfahren war, verstanden worden, daß Bonn die Region Nahost als ungeeignet für die Lieferung deutscher Waffen ansieht. Trotz des ägyptischen Verständnisses für diese Haltung registrierte man in Kairo auch Irritationen. Schließlich gilt Präsident Mubarak als der äyptische Politiker, der von sowjetischen Waffenlieferungen unabhängig werden möchte.

Trotzdem wird Wörner wahrscheinlich Hilfe zumindest bei der Wartung von Waffen zusagen, die auch in der Bundeswehr genutzt werden. Dazu gehören ägyptische „Phantom"-Flugzeuge, deren Überholung in einer deutschen Flugzeugwerft beabsichtigt ist. Darüber hinaus hält man es aus deutscher Sicht für unproblematisch, Ägypten beim Ausbau seiner sowohl zivil wie militärisch nutzbaren Fernmeldeanlagen zu unterstützen. Auch wird erwogen, die veraltete U-Boot-Waffe Kairos mit Booten aus China zu modernisieren.

Demgegenüber hat Bayerns Ministerpräsident Strauß sein Eintreten für eine Lieferung des Panzers Leopard 2 an Saudi-Arabien im „Bayernkurier" verteidigt. Strauß sagte, Mubarak und der israelische Regierungschef Peres wollten im Nahen Osten „für alle Zukunft eine Lage sichern", die Kriege für immer ausschließe. In diesem Zusammenhang seien seine Überlegungen hinsichtlich möglicher Exporte deutscher Verteidigungsgüter an Saudi-Arabien zu sehen. Die Saudis erwarteten eine Bedrohung ihres Landes „von einer ganz anderen Seite her, aber keinesfalls von Israel". Nehme man hinzu, daß es ohne Kairo keinen Krieg gegen Israel geben könne, stelle sich das Thema der Panzerlieferungen in differenzierterem Lichte dar.

Craxi für SDI-Programm

● Fortsetzung von Seite 1

shington *aufhält, nach zweitägigem* Schweigen zum ersten Mal deutliche aggressive Töne vernehmen. In einem Gespräch mit Journalisten erklärte Generaloberst Nikolai Chervov, der eine Rolle bei den sowjetischen Vorbereitungen für Genf spielt: „Wir ziehen es vor, unsere strategischen Offensivwaffen weiter zu entwickeln und zu vervollständigen, statt über eine Reduzierung dieser Waffen zu verhandeln, solange die USA ihre Forschungsarbeiten am Krieg der Stern fortsetzen."

Chervov warf der Reagan-Administration vor, so massive Geldmittel in dieses Forschungsprogramm für die Verteidigungsinitiative hineinzustecken, daß es für die Nachfolger irreversibel werde. Chervov wies darauf hin, daß das „Manhattan"-Projekt, also die Entwicklung der ersten *amerikanischen Atombombe, nach* heutigem Dollarkurs 15 Milliarden Dollar gekostet habe, während für die SDI-Forschung 26 Milliarden vorgesehen seien. „Als Mitglied des Generalstabes kann ich Ihnen sagen", erklärte Chervov den Journalisten, „wir werden mit Sicherheit Wege finden, auf diese Situation zu antworten, und diese Antwort wird so aussehen, daß sie keineswegs die Sicherheit der USA erhöht."

DW. Bonn

Die Bundesregierung hat durch Staatssekretär Mertes vom Auswärtigen Amt sowjetische Vorwürfe zurückgewiesen, sie unterstütze angebliche ABM-Verletzungen der USA. Mertes stellte klar, daß Forschungsarbeiten, etwa im Zusammenhang mit dem SDI-Programm, „mit dem ABM-Vertrag durchaus vereinbar" seien. Diese Tatsache habe gerade die sowjetische Seite bei Abschluß des Vertrages *seinerzeit hervorgehoben*.

SED-Kampagne gegen Ausreise

„DDR" spricht von 20 000 Rückkehrwilligen / Ein Betroffener: Ich fiel aus allen Wolken

F.D./twk/gko. Berlin/Bonn

In ganzseitigen Anzeigen im „Neuen Deutschland" und der „Berliner Zeitung" hat das Regime in Ost-Berlin gestern den Eindruck zu erwecken versucht, daß mehr als 20 000 „DDR"-Übersiedler gewillt seien, ihre Entscheidung rückgängig zu machen und nach Mitteldeutschland zurückzukehren. Genannt wurden 180 *Namen und Adressen solcher jetzt in* der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin lebender Personen. Als Begründung nennen die beiden Zeitungen bei den meisten der genannten Fälle Arbeitslosigkeit, falsche Vorstellungen vom Leben im Westen und „Verblendung" durch das Westfernsehen.

Überraschend an dieser Kampagne ist, daß Ost-Berlin noch im April vergangenen Jahres offiziell eine Rückkehr von Übersiedlern ausgeschlossen hatte. Gestern dagegen hieß es in den Zeitungsanzeigen. die Anträge würden durch das Außenministerium „geprüft". Stichproben der WELT ergaben, daß Ost-Berlin bei vielen der genannten Personen in einer Mischung von Fakt und Fiktion die wirklichen Hintergründe mehr verwischt als kenntlich macht.

Über den 46jährigen Handwerksmeister *Klaus Winkler aus Ludwigs*hafen beispielsweise schreibt das „Neue Deutschland": „Er hat eingesehen, daß es ein Fehler war, die DDR *zu verlassen. Er kommt beruflich und* mit den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht zurecht. Er will zu einer befreundeten DDR-Bürgerin ziehen." Der WELT erklärte der vor drei Jahren in die Bundesrepublik Deutschland gekommene Fliesenleger, für eine Rücksiedlung bisher noch keine Schritte *unternommen zu haben. Er* sei über die Veröffentlichung seines Namens „aus allen Wolken gefallen". Zwar habe er eine Freundin in Chemnitz. Falls er aber eines Tages wieder in die „DDR" zurückkehren wolle, um diese Frau zu heiraten, sei das „eine rein menschliche Überlegung. *Mit politischen Gründen oder kon*kreter Unzufriedenheit hat das nichts zu tun."

Der Angestellte Rolf Rudert (52) lebt mit seiner Frau Helga und seinen drei Kindern seit 1979 in Koblenz. Über ihn schreibt das SED-Zentralorgan: „Sie möchten in die DDR zurück, weil sie nur dort Sicherheit und Geborgenheit haben können." Rudert, der durch die WELT von dem Text erfuhr, erklärte, die Veröffentlichung sei weder in seinem Sinne noch mit seinem Einverständnis geschehen. Er habe sich bei der An*schaffung von Möbeln „finanziell* übernommen" und daher vor einem Jahr an den „DDR"-Staatsrat geschrieben. Rudert: „Wenn die alten Schulden *nicht wären*, gäbe es keinen Grund, an eine Übersiedlung in die DDR der finanziellen Sicherheit wegen zu denken. Wir sind ja damals vor allem deshalb übergesiedelt, weil wir in Freiheit leben wollten."

Die Schauspielerin Ursula Friedrich, wohnhaft in Paderborn, sagte *hingegen, was im „ND" stehe, sei „so* richtig". Sie erklärte dies jedoch, ohne vorher die Zeitung gelesen zu haben. Auf weitere Anfrage verweigerte sie jeden Kommmentar. Das Ehepaar Becher aus Nürnberg wiederum gab an, Sorge wegen erwiesener Schikanen gegen Angehörige in der „DDR" hätte sie bewogen, vor einem *Jahr* einen Antrag auf Rückkehr zu stellen. Nach dem abschlägigen Bescheid „wollen wir heute nicht mehr in die DDR zurück".

Aus dem Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen in Bonn verlautete zu der Ostberliner Presseveröffentlichung, jedem Deutschen stehe die Wahl seines Wohnortes selbstverständlich frei. Der Bundesregierung seien bislang allerdings nur vereinzelte Rücksiedlungswünsche bekannt geworden. Zwischen 1974 und 1984 habe es 14 314 statistisch erfaßte Übersiedlungen in die „DDR" gegeben.

Bundespräsident würdigt Neutralität

Finnland respektiert Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO

BERNT CONRAD, Helsinki

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dem finnischen Präsidenten Mauno Koivisto erklärt: „Die deutsche Frage ist so lange offen wie das Brandenburger Tor zu ist." Mit diesem Zitat werde jedem Gesprächspartner sofort klar, um was es konkret gehe, kommentierte der frühere Regierende Bürgermeister vor Journalisten.

Während Koivisto das Thema der „offenen deutschen Frage" im Meinungsaustausch mit Weizsäcker von sich aus angeschnitten hatte, kam das spezielle Problem der wieder aufgeflammten Diskussion über die deutschen Ostgrenzen intern überhaupt nicht zur Sprache. Der finnische Rundfunk allerdings zitierte die Bekräftigung des Warschauer Vertrages *durch den Bundespräsidenten beim Festbankett am Montagabend* ausführlich im deutschen Originaltext.

In einer ersten Zwischenbilanz seines viertägigen Staatsbesuches würdigte Weizsäcker gestern die „vertrauliche und ausgezeichnete Atmospähre" der Gespräche so wie die „unaufdringliche, von Herzen kommende Gastfreundschaft".

Nach Angaben Weizsäckers ist immer wieder die „komplementäre Rolle" beider Staaten bei dem Bemühen um Friedensförderung und Friedenserhaltung zum Ausdruck gekommen. Dabei respektierten die Finnen die Verteidigungsbereitschaft und den Verhandlungswillen der Bundesrepublik innerhalb der NATO. Weizsäcker wiederum betonte das deutsche Interesse an einer Stärkung der „neutralen Kraft in Europa".

Zur Akzeptierung der „komple*mentären Rolle" gehörte offenbar* auch, daß Präsident Koivisto das von Bonn und Helsinki unterschiedlich beurteilte Thema einer „nordischen atomwaffenfreien Zone" zwar in seiner Tischrede erwähnte, in der persönlichen Unterhaltung aber darauf nicht zurückkam.

Ausführlich beschäftigten sich die beiden Präsidenten mit Fragen des Umweltschutzes. Dabei äußerten sich die Finnen besorgt darüber, daß die in Deutschland zu beobachtenden Waldschäden aufgrund weitreichender Winde auch nach Finnland übergreifen könnten. „Wir legen deshalb sehr großen Wert darauf, daß man in der Bundesrepublik zielbewußt Vorkehrungen trifft um die Luftverschmutzung drastisch zu reduzieren", sagte Koivisto. Weizsäcker betrachtete dies als eine positive Ermutigung, die er gern mit nach Hause nehmen *und dort auch vertreten wolle*.

Ausschuß hört Flick und Paefgen erst später

hey. Bonn

Der Flick-Ausschuß wird seine Zeugenvernehmungen jetzt doch erst im April abschließen können. Der Grund liegt in Terminschwierigkeiten von Konzern-Chef Flick und des ehemaligen Managers Paefgen, die nach dem Ausschuß-Beschluß vom Freitag als letzte Zeugen noch einmal geladen werden sollen, sowie in der Osterpause des Parlaments.

Nach der jüngsten Planung soll Flick am 28. März zum vierten Mal vernommen werden. Flick, der zuletzt am 29. Mai des vergangenen Jahres vor dem Ausschuß stand, erholt sich zur Zeit in Kalifornien von einer Hüftoperation. Paefgen soll für den 17. April noch einmal vorgeladen werden. Er hatte mit seinen Aussagen während seiner vierten Befragung am 25. Oktober mit zum Rücktritt von Bundestagspräsident Barzel (CDU) beigetragen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Jahn, kündigte an, daß seine Fraktion notfalls im Alleingang ein Gesetz über die Verschärfung der Verhaltensregeln der Abgeordneten im Parlament einbringen will. Als Konsequenz aus der Flick- und Spendenaffäre sollen die Abgeordneten gesetzlich verpflichtet werden, sämtliche Tätigkeiten, die sie neben ihrem Mandat ausüben, offenzulegen. Auch sollen sie dem Bundestagspräsidium alle Einkünfte und Spenden von mehr als 10 000 Mark mitteilen.

DGB präsentiert Umweltschutz-Papier

AP. Düsseldorf

Für ein breitangelegtes Investitionsprogramm im Umweltsschutz hat sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ausgesprochen. In seinem gestern in Düsseldorf veröffentlichen Positionspapier betont der DGB die Gleichrangigkeit von Umwelt und Arbeit. Ein solches Programm könne einen wirksamen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Beseitigung der Umweltgefährdung leisten, heißt es in dem Papier. Nach Auffassung des DGB-Bundesvorstandes besteht angesichts der anhaltenden Arbeitslosigkeit und zunehmender Umweltgefahren ein „beschäftigungs- und umweltpolitischer Handlungsdruck".

Moral und Geld

Bm. – Die Härte des Wettbewerbs gerade im Handel aller Stufen hat zu einem Phänomen geführt: Der deutsche selbständige Kaufmann wickelt seine Geschäfte nicht mehr so lange ab, wie er dazu finanziell noch in der Lage ist. Er tritt vor den Konkursrichter und kapituliert.

Große Handelshäuser – wie etwa Raab Karcher – stehen vor einem Rätsel. Die Forderungsausfälle häufen sich. Doch während sich noch vor wenigen Jahren Insolvenzen längerfristig erkennen ließen, wird heute „über Nacht gestorben". Bis zum letzten Augenblick gehen die Zahlungen ein, prompt also; und dann der Knall.

Hier ist Psychologie im Spiel, die Mentalität des Alles oder Nichts. Dahin sind die Zeiten, da man auch einmal mit dem Handelspartner *sprach über Sanierungsmaßnahmen*, über eine Stundung oder auch über einen Auftrag, der über die Runden helfen konnte. Auch das Instrument der Partnerschaft scheint sich am Wettbewerb stumpfgewetzt zu haben. Über Kooperation spricht man nicht mehr – wer es tut, ist eh eine halbe Bilanzleiche.

Bleibt auch hier nur zu hoffen, daß die Therapie mit dem Aufschwung kommt, daß man wieder um neuen Bedarf ringt und nicht um die Märkte des Wettbewerbers, weil die Stagnation keine anderen Spielräume läßt als die Besitzstände der Konkurrenz. Dann werden auch die Fluten der Insolvenzen sinken. Man bekommt wieder Grund unter die Füße – und redet miteinander – wie das eigentlich immer so war zwischen gestandenen Kaufleuten.

Durststrecke

Wb. – „Alle reden vom Aufschwung – wir nicht." So ist die Stimmung im deutschen Elektrohandwerk. Die Branche mit 235 600 Beschäftigten in 41 000 überwiegend mittelständischen Betrieben ist auf Moll gestimmt. Nach einer Umfrage ihres Zentralverbandes haben alle Betriebe ihre Umsatzerwartungen zurückgeschraubt. Nur acht Prozent der Kleinunternehmer geben sich ein wenig optimistisch, 30 Prozent sind skeptisch. Kein Wunder: In gut drei Vierteln der Kleinbetriebe reichen die Aufträge gerade noch über einen Monat – vor *einem Jahr hatte jeder zweite* von ihnen noch mehr zu tun. Die flaue Geschäftslage drückt auch aufs Investitions-Gemüt: Mehr als die *Hälfte* aller Betriebe wollen im zweiten Halbjahr keinen Pfennig investieren. Die Diskrepanz zum Optimismus in der übrigen Wirtschaft ist leicht aufzuspüren. Zwei Drittel der Betriebe sind Installationsunternehmen, die vom Bau abhängen. Wenn also in den nächsten Monaten der herbeigerufene Elektriker immer noch behauptet, keine Zeit zu haben, dann ist das nur noch liebgewordene Gewohnheit.

Sprengt die EG das Gatt?

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Weltwirtschaft präsentiert sich zwar nach wie vor in einem recht guten Zustand. Trotzdem geht das multilaterale Welthandelssystem, eine der Hauptquellen der Wohlstandssteigerung, seinen schwersten Zeiten entgegen. Es ist kein zur Schau gestellter Pessimismus, wenn *Bonner Handelspolitiker von einem* Zusammenbruch reden, falls keine neue Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) eingeläutet wird – und zwar rasch.

Nach dem informellen Treffen von 14 Handelsministern am Wochenende in Ludwigsburg klang es so, als hätten die Beteiligten den Ernst der Situation erkannt, manche sogar dazugelernt. Nur: Bis zum Ziel ist es häufig ein langer Weg. Ob er gemeistert wird, hängt in erster Linie von der EG ab, davon, ob sie zu ihrer vertraglichen Verpflichtung zur Weltoffenheit steht. Zeigen muß sich dieses bereits Mitte des Monats, wenn die Handelspolitik auf der Agenda des EG-Ministerrats steht.

Was macht die Situation so verfahren? Die Amerikaner haben bei den unterschiedlichsten Gelegenheiten deutlich gemacht, daß sie über die Fortentwicklung des Welthandelssystems verhandeln wollen und werden. Sollte dies nicht im Rahmen des Gatt möglich sein, dann würden sie sich eine andere Plattform suchen. Dieses könnten nur bilaterale Absprachen sein. Damit würde die zentrale Säule des Gatt, des multilateralen Handelssystems gefährdet, wenn nicht sogar aus den Angeln gehoben, nämlich das Prinzip der Meistbegünstigung und der Nichtdiskriminierung.

Die Argumentation der Amerikaner – die Japaner stehen dahinter, um nicht in die Schußlinie zu geraten – bewegt sich auf zwei Ebenen. Zum einen – wirtschaftlich – drängen sie seit langem darauf, daß sich das Gatt neuen Problemfeldern wie dem Handel mit Dienstleistungen, mit Agrarprodukten und mit hochtechnologischen Erzeugnissen widmen soll. Zum anderen – politisch – sagen sie, nur wenn hier etwas geschieht, kann dem protektionistischen Druck in anderen Bereichen widerstanden werden, zumal bereits im nächsten Jahr wichtige Kongreß-Wahlen stattfinden. Eine neue Liberalisierungsrunde, während der sich alle Staaten mit neuen Eingriffen in den Warenverkehr schwer tun, würde entlastend wirken.

Diese Ansicht ist weit verbreitet. Der Kampf gegen den Protektionismus gehört zum Repertoire von politischen Sonntagsreden. Leider hat bisher *eine unheilvolle Allianz* von Entwicklungsländern und der EG verhindert, daß etwas geschehen konnte.

In der Dritten Welt können sehr unterschiedliche Motive registriert werden. So steht bei Indien, einem Wortführer, die Idee der Gruppe der 77, der angeblich Benachteiligten, hoch im Kurs, obwohl die Nord-Süd-Problematik nicht in das Gatt gehört. Brasilien, ein anderer Protagonist, betont die Verschuldung und fordert zunächst hier eine Lösung, bevor an einen Abbau von Importhemmnissen herangegangen werden sollte. Allerdings wächst unter den Entwicklungsländern die Einsicht, daß ohne einen forcierten Warenaustausch die Verschuldung nicht in den Griff zu bekommen ist.

Damit fällt es einigen EG-Staaten – allen voran Frankreich – schwerer, sich bei ihrer Ablehnung einer neuen Liberalisierungsrunde hinter der Dritten Welt zu verstecken. Frankreich muß Farbe bekennen. Die Argumente aus Paris, wonach zunächst das Problem der erratischen Wechselkursschwankungen gelöst werden müsse, daß kein Zusammenhang zwischen Handel und Verschuldung bestehe und daß junge Industrien geschützt werden müßten, kann doch die merkantilistische Grundhaltung nicht verdecken, nach der Exporte gut sind, Importe auf ein Minimum beschränkt werden sollten. Damit kommt nicht nur die EG nicht weiter, sondern das im Gatt Erreichte wird gefährdet.

Die Gemeinschaft ist zur Geschlossenheit verdammt, da die handelspolitische Kompetenz auf Brüssel übergegangen ist. Wenn sie es nicht möglich macht, daß im Rahmen des Gatt zumindest ein Komitee zur Vorbereitung einer Liberalisierungsrunde in den nächsten Monaten installiert wird, dann sind die Folgen kaum kalkulierbar. Beginnt die neue Gatt-Runde nicht 1986, dann geht die fruchtbarste Ära im Welthandel zu Ende.

WIRTSCHAFTSLAGE / Bestellungen aus dem Ausland sind wieder kräftig gestiegen

Die Exporte, nicht die Investitionen bilden Antriebskraft der Konjunktur

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die starke Nachfrage des Auslandes nach deutschen Industrieprodukten setzt sich auch in diesem Jahr fort. Sie kann den leichten Rückgang der inländischen Ordertätigkeit, der nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Januar beobachtet wurde, sogar mehr als ausgleichen. Fazit des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg: Der Export bleibt die wichtigste Antriebskraft der Konjunktur. Diese Rolle werden die Investitionen nicht übernehmen.

Der Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe ist vom Dezember auf Januar preis- und saisonbereinigt nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes um ein Prozent gestiegen. Während dabei die Inlandsorder nach dem deutlichen Anstieg um vier Prozent im Dezember zuletzt um zwei Prozent zurückgingen, setzte sich bei den Bestellungen aus dem Ausland die Aufwärtsentwicklung in „beachtlichem Tempo", so das Bundeswirtschaftsministerium, fort. Nach einem Plus von 2,5 Prozent im Dezember wurde im Januar sogar ein Zuwachs von fünf Prozent registriert.

Der Zwei-Monats-Vergleich (Januar/Dezember zu November/Oktober) bestätigt die Aufwärtstendenz. Danach haben die inländischen Bestellungen um 2,5 und die aus dem Ausland um knapp drei Prozent zugenommen. Für das verarbeitende Gewerbe insgesamt beträgt der Zuwachs 2,5 Prozent. Der kräftigste Anstieg wurde mit 4,5 Prozent bei den Investitionsgütern registriert. Die Nachfrage nach Verbrauchsgütern nahm um 1,5 Prozent zu. Der Grundstoffbereich blieb unverändert.

Verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres lag der Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe im Dezember und Januar dem Volumen nach um zwei Prozent höher. Dabei expandierten die Ordereingänge im Investitionsgüterbereich um 5,5 Prozent, während die Firmen im Grundstoffsektor zwei und die des Verbrauchsgütergewerbes drei Prozent weniger Aufträge hereinholen konnten. Insgesamt lagen die Ordereingänge aus dem Inland um die Jahreswende um 2,5 Prozent niedriger als 12 Monate zuvor. Dagegen wurde beim Bestelleingang aus dem Ausland ein Plus von neun Prozent gegenüber dem Vorjahr verbucht.

Zur Interpretation der Vorjahresabstände merkt das Bundeswirtschaftsministerium an, daß zum einen das hohe Auftragsniveau an der Jahreswende 1983/84 berücksichtigt werden müsse. Zum anderen sei im Berichtszeitraum die Arbeitszeit deutlich geringer gewesen als vor Jahresfrist, was sich auch auf die Nachfrage ausgewirkt haben dürfte.

„Der nun zwei Jahre dauernde Aufschwung ist, abgesehen von seiner allerersten Phase, von keinem anderen Bereich wirtschaftlicher Aktivität annähernd so stark bestimmt worden wie vom Export", schreibt das Hamburger Institut in seinem jüngsten Konjunkturbericht. Vom vierten Quartal 1982 bis zum vierten Quartal 1984 sei die reale Warenausfuhr saisonbereinigt um rund 18 Prozent, die gesamte inländische Güterverwendung dagegen nur um fünf Prozent gestiegen. Und das, obwohl die Ausfuhr erst ein halbes Jahr nach Beginn des Aufschwungs zulegte. Im Verlauf des letzten Jahres sei die Expansion der realen Warenausfuhr – sie stieg vom vierten Quartal 1983 bis zum vierten Quartal 1984 um 11,5 Prozent – noch stärker als im Jahresdurchschnitt (9,3 Prozent) gewesen.

Auch für 1985 sagt das Institut einen kräftigen Exportanstieg voraus. Die Welthandelsexpansion, trotz des langsamen Wachstums in den USA, dürfte sich nicht so stark abschwächen wie noch vor einiger Zeit erwartet wurde. Die wachsende Nachfrage nach Investitionsgütern komme dem deutschen Export zugute. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit werde hoch bleiben. Eine wechselkursbedingte Verschlechterung sei unwahrscheinlich. Daher dürfte der Export 1985 um rund sieben Prozent steigen. Der Überschuß in der Handelsbilanz dürfte um rund zehn auf 65 Mrd. DM steigen. Der Aktivsaldo der Leistungsbilanz dürfte dem bisherigen Höchststand von 26,5 Mrd. aus dem Jahre 1974 nahekommen.

HANDWERK

Nicht Schritt gehalten mit dem allgemeinen Aufschwung

HENNER LAVALL, München

Das deutsche Handwerk, zweitgrößter Wirtschaftsbereich der Bundesrepublik, rechnet in diesem Jahr mit einer eindeutig unterdurchschnittlichen Entwicklung. Darauf wies gestern der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Klaus-Joachim Kübler, anläßlich der bevorstehenden Internationalen Handwerksmesse 1985 in München (9. bis 17. März) hin, wo 2533 Aussteller aus 39 Ländern erwartet werden. Die Lage sei noch nie so uneinheitlich und widersprüchlich gewesen wie gerade jetzt, meinte Kübler. Die für das Gesamthandwerk geltenden Durchschnittswerte hätten kaum noch Aussagekraft für die Entwicklung der einzelnen Branchen.

Bereits *im vergangenen Jahr habe* die Kumulation negativer Einflüsse den Umsatz des Handwerks real bei 390 Millarden Mark stagnieren lassen. Daran ändere auch die Tatsache nichts, daß das Handwerk 1984 erstmals in der Nachkriegszeit wieder einen Zuwachs um jeweils 0,3 Prozent bei den Unternehmen (insgesamt 493 000) und Betrieben (538 000) verzeichnen konnte. Erfreulich stabil ist nach Kübler allerdings die Beschäftigtenzahl mit 3,9 Millionen Mitarbeitern. Dabei habe die Zahl der Lehrlinge sogar zugenommen. „Allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Trotz werden bei uns derzeit 700 000 junge Menschen ausgebildet, ein Plus von drei Prozent", zeigte sich der Generalsekretär zufrieden.

Weniger erfreulich sei das Zurückbleiben seiner Branche hinter den gesamtwirtschaftlichen Konjunktur-Fortschritten. Die Ursachen dafür lägen auf der Hand. Einmal schlügen sich die erheblichen Steigerungsraten bei der Auslandsnachfrage im Handwerk nicht nieder, denn dieses produziere zu 98 Prozent für den Binnenmarkt und könne an den Exporterfolgen der Industrie nur als Zulieferer partizipieren.

Zum anderen mache eben diese Orientierung am Inlandsmarkt die Handwerkskonjunktur vor allem vom Verlauf der privaten Nachfrage und auch von der Baukonjunktur abhängig. Die Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen, die immerhin die Hälfte des Güter- und Lei*stungsangebots des Handwerks* darstellten, sei 1984 jedoch nur gering (real etwa ein Prozent) gewachsen, während die Bauwirtschaft seit Beginn des Jahres 1985 noch stärker in den Konjunkturschatten geraten sei. Bau- und Ausbaugewerbe insgesamt sind mit fast 40 Prozent am gesamten Handwerksumsatz beteiligt.

Unter diesen Gesichtspunkten dürfe das Handwerk nicht allein gelassen werden, forderte Kübler, der sich als wirksamste Unterstützung eine Steuerentlastung in einem statt zwei Schritten vorstellen könnte. Zusammen mit einer Investitionsförderung für kleine und mittlere Unternehmen würde dies auf dem Binnenmarkt erhebliche Wirkung zeigen.

AUF EIN WORT



» Wir haben im Revier unendlich viel getan für die Säuberung der Umwelt. Aber es dringt nicht in die Öffentlichkeit. Ich glaube, ich muß mal mit Herrn Spalthoff vom RWE auf einen Kraftwerksschornstein steigen, wie die Leute von Greenpeace. «

Prof. Dr. Friedhelm Farthmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen
FOTO: HEINZ WIESELER/DPA

„Gipfel hat Signalwirkung"

rtr, Bonn

Der Wirtschaftsgipfel der sieben führenden westlichen Industrienationen vom 2. bis 4. Mai in Bonn kann nach den Worten des Staatssekretärs im Finanzministerium, Hans Tietmeyer, vor allem gemeinsame Signale setzen. Sofortige konkrete Ergebnisse könnte man von dem Gipfel nicht erwarten, sagte Tietmeyer gestern. Am Gipfel nehmen die Regierungschefs der Bundesrepublik, der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Japans, Italiens und Kanadas sowie der Präsident der EG-Kommission teil. Eines der vorrangigen Themen werde das Außenbilanz-Ungleichgewicht der USA und Japans sein.

INNERDEUTSCHER HANDEL

DIW: „DDR"-Überschuß basiert auf Sonderfaktoren

dpa/VWD, Berlin

Der innerdeutsche Handel ist 1984 ungewöhnlich stark von außerwirt*schaftlichen, politischen Einflüssen* geprägt worden, stellt das Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, fest. Das DIW bezifferte den Umsatz im innerdeutschen Handel auf 14,14 Mrd. DM. Die Zahl weiche aufgrund etwas unterschiedlicher Berechnungen von denen des Bundeswirtschaftsministeriums ab. Das Ministerium hatte den Umsatz wertmäßig mit 15,5 Mrd. DM angegeben.

Die Bezüge aus der „DDR" seien um mehr als zwölf Prozent gestiegen, die Lieferungen um acht Prozent zurückgegangen. So habe sich ein einmalig hoher Saldo im Warenverkehr von 1,3 Mrd. DM zugunsten der „DDR" ergeben. Die im innerdeutschen Warenverkehr von der „DDR" im letzten Jahrzehnt erreichte günstige Bilanz ist nach Ansicht des DIW auch der Entwicklung auf dem Mine*ralölsektor zuzuschreiben, die der* „DDR" erhebliche Mehrerlöse eingebracht habe. Die preisbedingten Mehreinnahmen aus dem Verkauf von Diesel, Heizöl und Benzin sowie von Braunkohlebriketts beliefen sich von 1973 bis 1984 auf sechs Mrd. DM.

Dies bedeute aber auch, daß die verbesserte Handelsbilanzposition der „DDR" nicht Ausdruck einer gestiegenen Leistungsfähigkeit gegenüber der Bundesrepublik sei und keine günstigere Wettbewerbsposition widerspiegele. Die Wettbewerbsposition läßt sich an der Entwicklung der Bezüge von Maschinenbauerzeugnissen aus der „DDR" ablesen, deren Anteil von etwa zehn Prozent zu Beginn der fünfziger Jahre auf 2,5 Prozent 1984 zurückgegangen ist.

POLEN

Warschau wünscht in diesem Jahr neuen Handelskredit

WILHELM FURLER, London

Die polnische Regierung hat die *westlichen Handelspartner aufgefor*dert, in diesem Jahr einen neuen Handelskredit in Höhe von 1,7 Mrd. Dollar (5,85 Mrd. DM) einzuräumen. Andernfalls, so soll Warschau gedroht haben, werde man sich nicht an das im Januar getroffene Umschuldungsabkommen halten.

Diesem Abkommen zufolge hat Polen neun bis zehn Mrd. Dollar (31 bis 34,5 Mrd. DM) an ausstehenden Schulden aus den Jahren 1982 bis 1984 sowie weitere zwei Mrd. Dollar an Zinsen zu zahlen: Die Rückzahlung der Schulden wurde für den Zeitraum 1990 bis 1995, die der Zinsschulden bis 1989 vereinbart.

Wie die Financial Times meldet, hat die polnische Regierung in der vergangenen Woche Vertreter aller westlichen Handelspartner zu bilateralen Gesprächen nach Warschau geladen, um letzte Details des getroffenen Abkommens über die Umschul*dung der Außenstände von 1982 bis* 1984 festzulegen. Mit diesen Einladungen sollen spezifische Aufforderungen an die einzelnen Regierungen ergangen sein. Die höchste Forderung wurde dabei an die Bundesrepublik gestellt. Entsprechend seinem vergleichsweise hohen Handelsvolumen mit Polen, soll Deutschland in diesem Jahr 450 Mrd. und 1986 250 Mrd. Dollar an neuen Krediten beschaffen.

Gegenwärtig diskutieren die Kreditgeber in Paris das Problem, was aus den in diesem Jahr fälligen Polen-Schulden in Höhe von 1,5 bis 1,6 Mrd. Dollar werden soll. Aber auch diese Frage kann nicht gelöst werden, bevor nicht das Umschuldungsabkommen für die Außenstände 1982 bis 1984 von Warschau formal unterzeichnet ist.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Zufriedene Aussteller

Köln (dpa/VWD) – Die 1880 Ausstellerfirmen der Internationalen Eisenwarenmesse in Köln haben „über Erwarten gute Aufträge in allen Bereichen" verbucht. Wie die Kölner Messeleitung am Mittwoch, dem letzten Messetag, mitteilte, habe sich damit die zu Messebeginn von Industrieseite geäußerte Zuversicht über die weitere Entwicklung der Branche bestätigt. Gegenüber der Vorjahresmesse habe sich die Zahl der Einkäufer und Händler um 21 Prozent auf 51 000 Messebesucher erhöht. Umfragen bei Ausstellern und Wirtschaftsverbänden haben ergeben, daß die Preise für Werkzeuge, Schlösser und Beschläge sowie Bau- und Heimwerkerbedarf stabil geblieben seien. Aufgrund der für April angekündigten Stahlpreiserhöhungen seien dann jedoch Preiserhöhungen zwischen drei und fünf Prozent unumgänglich.

Geringere Stahlproduktion

Düsseldorf (VWD) – Die deutsche Stahlproduktion ist im Februar kalendermäßig bedingt gegenüber dem Vormonat um 4,1 Prozent auf 3,19 Millionen Tonnen zurückgegangen. Wie aus vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, stieg aber die produktionstägliche Leistung um 3,3 Prozent auf 122 700 Tonnen. Für die beiden ersten Monate dieses Jahres ergibt sich eine Stahlerzeugung von 6,52 Millionen Tonnen, das sind 3,1 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 1984. Die Roheisenproduktion ermäßigte sich im Februar um 5,9 Prozent auf 2,42 Millionen Tonnen. Mit fünf Millionen Tonnen wurden in den beiden ersten Monaten, sechs Prozent mehr Eisen erschmolzen als in der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Billots unter Anklage

Paris (J. Sch) – Nach einem Untersuchungsverfahren von dreieinhalb Jahren stehen jetzt die vier Brüder Billot vor der 11. Pariser Strafkammer wegen Bilanzfälschung und Veruntreuung bei ihrem in Konkurs geratenen Textil- und Warenhauskonzern unter Anklage. Der durch die Übernahme der Boussac-Gruppe in Schwierigkeiten geratene Konzern weist Passiva von 3,5 Milliarden Franc bei Aktiva von 1,5 Milliarden Franc aus. Er soll, wie bereits berichtet, von der Ferinel-Gruppe saniert werden. Die Billots wollen sich mit einer Minderheitsbeteiligung begnügen. Jedoch hat ihnen der frühere Industrieminister Dreyfus angedroht, daß sie das Maximum des Boussac-Erbes wieder „ausspucken" müßten.

USA: Weniger Aufträge

Washington (dpa/VWD) – Die Auftragspolster der US-Unternehmen sind im Januar dünner geworden. Wie das Handelsministerium mitteilte, gingen die Neubestellungen insgesamt um 0,9 Prozent gegenüber dem Vormonat zurück. Bis auf die Aufträge für langlebige Wirtschaftsgüter, die einen Zuwachs von 1,8 Prozent verzeichneten, bezog sich der Rückgang auf alle Warengruppen.

Kleines Umsatzplus

Köln (VWD) – Die Fachgeschäfte im Bundesgebiet haben im Januar 1985 insgesamt nominal drei Prozent mehr umgesetzt als im gleichen Vorjahresmonat. Preisbereinigt waren es etwas mehr als ein Prozent, berichtete das Kölner Institut für Handelsforschung. Während Schuh- und Sportgeschäfte mit einem nominalen Plus von jeweils 26 Prozent an der Spitze lagen, mußte der Beleuchtungs- und Elektroeinzelhandel eine Absatzeinbuße von 14 Prozent hinnehmen.

Fleischwaren-Exporte

Bonn (dpa/VWD) – Die deutsche Fleischwarenindustrie exportierte 1984 Waren im Wert von 289 Mill. DM, sieben Prozent mehr als 1983. Der größte Markt war Großbritannien, gefolgt von Frankreich, den Niederlanden und Belgien. Der Export werde aber wegen zunehmender Einfuhrbeschränkungen immer schwieriger, erklärte die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft, Bonn.

Wochenausweis

	28.2.	23.2.	31.1.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	62,5	62,5	63,1
Kredite an Banken	105,2	97,9	88,5
Wertpapiere	4,2	4,2	4,2
Bargeldumlauf	106,5	104,2	106,7
Einl. v. Banken	54,2	37,1	45,2
Einlagen v. öffentl. Haushalten	1,1	4,7	1,0

CHEMISCHE INDUSTRIE

Das deutsche Steuersystem diskriminiert die Wirtschaft

HEINZ HECK, Bonn

Das Steuersystem in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren in einer Weise entwickelt, die modernen wirtschaftlichen Anforderungen nicht mehr genügt, heißt es in einer Stellungnahme des Verbands der Chemischen Industrie zu einer „notwendigen Steuerreform". Die deutsche Unternehmensbesteuerung diskriminiere Unternehmen mit hohen Sonderlasten, reagiere falsch oder gar nicht auf bestimmte wirtschaftliche Entwicklungen, behindere die Unternehmen besonders in der Krise und erschwere Neugründungen.

Durch eine 66prozentige Ertragsteuer und zusätzliche Sonderbelastungen mit Gewerbe- und Vermögensteuer erreiche die Steuerbelastung der Unternehmensgewinne 70 oder mehr Prozent. In der Krise steigere sie sich bis zum Substanzverzehr. „Kein vergleichbarer Industriestaat leistet sich ein die unternehmerische Tätigkeit derart diskriminierendes Steuersystem", heißt es. Die wichtigsten Konkurrenzländer hätten Schritte eingeleitet oder verwirklicht, die zu einer spürbaren Senkung der Steuerlast führten.

Als Schwerpunkte einer Reform nennt der Verband den Abbau der Gewerbe- und Vermögensteuer, die Eindämmung des Wildwuchses parafiskalischer Abgaben, eine höhere Flexibilität in der steuerlichen Ergebnisermittlung, einen wesentlich verbesserten Verlustausgleich, eine zeitgemäße Fortschreibung der Körperschaftsteuerreform sowie eine verbesserte steuerliche Betriebsprüfungspraxis.

Erforderlich sei auch der Abbau steuerlicher Hemmnisse für die Auslandstätigkeit.

FRANKFURTER BÖRSE / Immmer mehr Banker und Broker zieht es an den Main

Höchster Umsatz der Nachkriegszeit

INGE ADHAM, Frankfurt

Der Trend des Geschäfts zum Frankfurter Platz hält an, konstatiert die Frankfurter Wertpapierbörse in ihrem Jahresbericht 1984 und verweist auf die weiter steigende Zahl ausländischer Banken und Broker, die es an den Main zieht. Für die Frankfurter Börse hat sich das zwar in steigenden Geschäften niedergeschlagen, deutlicher wirkten aber ohne Zweifel die positiven Aussichten für dieses Jahr und die Gewinnentwicklung der Unternehmen. Dies und ein wachsendes Interesse der Sparer an Wertpapieren ließen den Jahresumsatz der Frankfurter Börse nach dem guten Jahr 1983 um nochmals 30 Prozent um 121,5 (i. V. 93,5) Mrd. DM expandieren. Gleichzeitig legte der Aktienindex acht (36) Prozent zu.

Börsenvorstands-Vorsitzender Karl-Oskar Koenigs erinnert daran, daß Phasen der Konsolidierung in einzelnen Bereichen nicht ausgeschlossen werden sollten. Grundsätzlich sieht er jedoch Chancen für ein Anhalten der positiven Tendenz. Koenigs plädiert für „klare rechtliche Grundlagen" für den vorgesehenen geregelten Markt für kleinere und mittlere Unternehmen zusätzlich zum amtlichen Markt. Darüber hinaus wünscht der Frankfurter Börsenvorstand weitere kapitalmarktpolitische Maßnahmen der Bundesregierung wie den Fortfall der Börsenumsatzsteuer und eine Aufhebung der doppelten Vermögenssteuer bei Kapitalgesellschaften und deren Anteilseignern, nachdem mit der Abschaffung der Kuponsteuern, der Senkung der Vermögenssteuern und der Abzugsfähigkeit von Emissionskosten bereits Schritte in die richtige Richtung erfolgt seien.

Der kräftige Umsatzschub des vergangenen Jahres ließ den Frankfurter Anteil an den gesamten Umsätzen der deutschen Wertpapierbörsen auf 52 (50) Prozent steigen. Ursächlich für den „höchsten Jahresumsatz der Nachkriegszeit" waren nicht die Aktien (45,3 Mrd. DM), sondern die Festverzinslichen, deren Umsatz auf 76,3 (47,9) Mrd. DM (darunter 56,1 (32,8) Mrd. DM inländische Titel) expandierte. Insgesamt wurden am Jahresende 6024 (5853) Wertpapiere amtlich notiert, davon 420 Aktien, die sich in 240 (227) inländische und 180 ausländische Werte aufteilen.

Neu eingeführt wurden die Aktien von zwölf deutschen (und vier ausländischen) Unternehmen, die größte Zahl von Neueinführungen seit der Währungsreform, heißt es in dem Bericht. Insgesamt wurde im vergangenen Jahr der Kurszettel deutscher Aktien um 21 Namen länger (inklusive geregelter und ungeregelter Freiverkehr). Kräftig ausgeweitet hat sich der junge Optionshandel, die Umsätze an der Frankfurter Devisenbörse stiegen um 16 Prozent.

FRANKREICH

Grünes Licht für den Mikrochip

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Während andere Länder noch mit der *Scheck- und Kreditkarte* experimentieren, haben sich jetzt in Frankreich sämtliche Banken und Sparkassen auf die gemeinsame Einführung der vor zehn Jahren von Roland Morenco erfundenen Mikrokompressorenkarte (carte à mémoire) geeinigt. In ihrem aufgeprägten pfennigkleinen Mikrochip können beliebig hohe Guthaben gespeichert und zur elektronischen Bezahlung verwendet werden. Die durch einen persönlichen Code geschützte Karte soll Bargeld *und Schecks weitgehend* ersetzen. Sie dient außerdem als Kreditkarte.

Bereits Mitte letzten Jahres war die Zusammenlegung des französischen Kreditkartensystems beschlossen worden. Die inzwischen eingeleitete Fusion erlaubt heute einem großen Teil der Kreditkarteninhaber alle verfügbaren Geldautomaten in Anspruch zu nehmen. Wie weit die neue Karte verbreitet wird, hängt aber vor allem von der Ausstattung des Handels mit entsprechenden Buchungsgeräten ab. Aber Daniel Deguen, der Präsident des für die ganze Aktion zuständigen Groupement des Cartes Bancaires (CB), ist optimistisch. Bis Ende 1988, erklärte er, würden in Frankreich zehn bis zwölf Millionen Mikrokompressorenkarten ausgegeben werden.

Die neuen Karten, mit denen bereits seit einiger Zeit in Blois an der Loire experimentiert wird, sind eine Entwicklung des verstaatlichten EDV-Konzerns Bull, dessen Technologie als zur Zeit weltweit führend bezeichnet wird. Tatsächlich hat die mächtige amerikanische Mastercard in diesen Tagen Bull den Auftrag für die Fertigung von 40 000 Karten erteilt. Die Produktionskapazitäten von Bull reichen aber für den nationalen Bedarf nicht aus. Deshalb ist eine gemeinsame Fertigung mit der holländischen Philips vorgesehen.

Die Kosten der Umstellung Frankreichs auf den elektronischen Zahlungsverkehrs beziffert Deguen für die Banken auf rund eine Milliarde Franc, wobei als Einstandspreis für eine Mikrokompressorenkarte 30 Franc oder zehn DM genannt wird, was ein international sehr wettbewerbsfähiger Preis sei. In den USA kostet die Karte etwa zehn Dollar. Als wichtigster internationaler Konkurrent gilt Japan.

RAAB KARCHER AG / Nach einem Jahr Stagnation hatte die Kohle entscheidenden Anteil am Umsatzplus

Für eine weitere Expansion gut gerüstet

HANS BAUMANN, Essen

„Handel macht Freude!" Das war das Schlußwort des Vorstandsvorsitzenden Klaus Giesel nach einem Gespräch mit der Presse über das Geschäftsjahr 1984 der Raab Karcher AG, Essen, Tochter der Veba Oel AG. Was da Freude bereitet, mußte aber wohl ziemlich hart erkämpft werden, denn Klaus Giesels Rück- und Ausblick klang eher wie ein Kriegsbericht: Markt gibt es nur noch bei der Konkurrenz zu holen.

Daß sich die rund 13 000 Mitarbeiter gut geschlagen haben, zeigt das noch unvollständige, aber aussagekräftige Zahlenwerk. Während 1983 der Vorjahresumsatz von 10,2 Mrd. Mark gehalten wurde, kam es 1984 zu einem Anstieg auf 11,1 Mrd. Mark, woran die Kohle mit plus 57 Prozent auf 1,37 Mrd. Mark entscheidenden Einfluß hatte. Grund: Raab Karcher hat seine Beteiligung an der Essener Kohlen-Handelsgruppe Hansen Neuerburg von 25 auf 75 Prozent aufgestockt, die einen zusätzlichen Umsatz von rund 380 Mill. Mark ins Haus brachte. *Zu diesem Erwerb* diente auch die Aufstockung des Grundkapitals von 120 auf 140 Mill. Mark. Zusammen mit Konzernrücklagen in der Größenordnung von 260 Mill. Mark ist das Haus für eine weitere Expansion gewappnet. Mutter Veba Oel geht dabei nicht leer aus. Vor Steuern werden ihr für 1984 56 (50) Mill. Mark überwiesen. Die Rücklagendotierung fällt mit 5 bis 6 (10) Mill. Mark geringer aus als 1983. Im Ausmaß der Differenz werden Sonderabschreibungen vorgenommen.

Die Investitionsstruktur läßt auf die Philosophie der Zukunft einen Blick zu. Von den insgesamt 134 Mill. Mark im Berichtsjahr gingen allein 50 Mill. in Lager, Fuhrpark und EDV. Man will möglichst nahe beim Kuchen sein. Rund 40 Mill. Mark dienten der Verstärkung der Struktur, also Erweiterungsinvestitionen und den weiteren Schritten in die Tiefe des Kohlenmarktes, der allerdings sein *Volumen von rund 7 Mill. Tonnen* 1984 kaum verändern konnte. Der Rest der Mittel fließt in den Aus- und Aufbau neuer Sparten, etwa der Floristik und der Freizeit. Die Investitionsstruktur 1985 wird der von 1984 gleichen. Angesetzt sind Aufwendungen von 122 Mill. Mark.

Blickt Klaus Giesel auf 1985, so sieht er geringere Strukturveränderungen auf dem Binnenmarkt für Mineralöle. Verschärfte Umweltschutzauflagen werden allerdings nach seiner Meinung zu einer zweiten „schmerzhaften" Umstellungswelle beim schweren Heizöl führen. Die Preise für leichtes Heizöl haben ihren Höhepunkt erreicht – „wenn nicht überschritten". Der Start im Kohlenhandel „war mehr als gut". Beim Haus- und Gartenmarkt erwartet man eine Umsatz- und Ertragssteigerung von 5 Prozent, im Gegensatz zum Baustoffhandel, dessen Markt noch enger wird, was auch für die Sparte *Holz gilt. Bei Chemie ziehen die* Geschäfte an, und die Sparte Wärme, Tank, Technik berichtet von guter Auftragslage. Gut ausgelastet ist auch die Spedition, während in der Binnenschiffahrt keine durchgreifende Erholung erkennbar ist, im Gegenteil, auf dem Rhein wird zu Dumpingpreisen transportiert.

Glanzstück könnte wieder die Deutsche SB-Kauf werden, die im Berichtsjahr 2,15 (2,14) Mrd. Mark zum Konzernumsatz beisteuerte. In den ersten Monaten des neuen Jahres jedenfalls ist der Umsatz gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres um 6,2 Prozent gestiegen. Die Konjunktur belebt sich. Die Bürger kaufen wieder – wohl der tiefere Grund für Klaus Giesel, für 1985 ein Plus zu prognostizieren – beim Umsatz und beim Ertrag.

FINNLAND / Der Wirtschaftsaufschwung sorgte für deutlich höheren Lebensstandard

Starke Ausdehnung des Westhandels

dpa/VWD, Helsinki

Das an der Nahtstelle zwischen Ost und West liegende Finnland hat in *den letzten Jahren einen kräftigen* Wirtschaftsaufschwung erlebt: Die Wirtschaft wuchs 1984 um 3,9 Prozent, das Bruttosozialprodukt beträgt pro Kopf 10 200 Dollar im Jahr, die Arbeitslosenrate liegt bei 5,3 Prozent. Die Preise sind 1984 allerdings um sieben Prozent gestiegen.

Das marktwirtschaftlich orientierte Finnland galt bis vor zehn Jahren als Nachzügler unter den westlichen Industrienationen; heute ist der Lebensstandard höher als in vielen traditionellen Industrieländern, wie Frankreich, den Niederlanden, Belgien oder Großbritannien und nur knapp unter dem der Bundesrepublik. Besonders in den letzten Jahren war eine intensive Steigerung beim Handel zu beobachten: Die Handelsbilanz wies im vergangenen Jahr einen Rekordüberschuß von 6,2 Mrd. Finnmark (rund drei Mrd. DM) aus – eine Steigerung um fast zehn Prozent. Der Erfolg beruht auf einer Ausweitung des Westhandels; der Ostexport blieb deutlich zurück.

1983 war die Sowjetunion mit 26 Prozent der größte Handelspartner; im folgenden Jahr ging ihr Anteil auf rund 19 Prozent zurück. Da der Handel Finnlands *mit* seinem östlichen Nachbar auf Tauschbasis und die Sowjetunion Hauptlieferant von Erdölprodukten nach Finnland ist, sanken bei dem Rückgang der internationalen Erdölpreise auch die Möglichkeiten der finnischen Exporte in die Sowjetunion. Dagegen stieg der Handel mit den Ländern der EG und der EFTA 1984 sprunghaft um 22 Prozent an. Die EG-Länder nahmen 38 Prozent des finnischen Gesamtexports auf, die EFTA-Länder 19 Prozent. Hauptkunden waren nach der Sowjetunion Schweden und Großbritannien (je 12 Prozent), gefolgt von der Bundesrepublik Deutschland (knapp zehn Prozent).

Bei den Importen liegen bei den westlichen Ländern die Bundesrepublik (14 Prozent) vor Schweden (zwölf Prozent) und Großbritannien (acht Prozent) an der Spitze. Finnland hat seine Industrie in den letzten Jahren völlig umgestellt. Während die Forstwirtschaft mit Papier- und Pappeherstellung vor Jahrzehnten der einzige nennenswerte Export-Industriezweig war (1950: 29 Prozent der gesamten Industrieproduktion, 1982: 23 Prozent), haben die Metallindustrie inklusive Maschinenbau (1982: 31 Prozent) und die elektronische Industrie (18 Prozent) einen enormen Aufschwung erfahren. Die Exportchancen wurden vor allem dadurch erhöht, daß Finnland die Produktion stark spezialisiert hat: So werden 60 Prozent aller Eisbrecher in Finnland gebaut, von denen 90 Prozent in den Export gingen. *Es wurden aber auch* Luxusschiffe hergestellt. Die finnischen Werften hatten in letzter Zeit einen Jahresausstoß von 250 000 bis 300 000 BRT.

Die Elektronikindustrie macht mit Computern, Fernsehapparaten und Autotelefonen Geschäfte in aller Welt. Vertreter der finnischen Wirtschaft verweisen darauf, daß die wirtschaftlichen Erfolge auch auf die Tatsache zurückzuführen sind, daß im Gegensatz zu anderen Ländern die Regierung keine unrentablen Betriebe mit öffentlichen Mitteln unterstützt. 85 Prozent der finnischen Industrie befinden sich in Privatbesitz. Da das Land ein junges Industrieland ist, gibt es überdies keine „sterbenden Industriegebiete" und im Vergleich zu anderen Ländern geringere Umweltprobleme.

KSB: Ertragslage weiter gestärkt

Wb. Frankenthal

Die Ertragslage des Pumpenherstellers Klein, Schanzlin & Becker (KSB), Frankenthal, hat sich 1984 „weiter normalisiert", so ein Aktio*närsbrief. Das Unternehmen werde* „erwartungsgemäß" ein Ergebnis über dem Vorjahresniveau ausweisen. Diese Verbesserung wurde offensichtlich überwiegend durch interne Maßnahmen erreicht.

So wurden die Vorräte weiter optimiert, die Gemeinkosten noch härter in den Griff genommen, die Liquidität und damit der Zinssaldo weiter verbessert. Zudem wurden die Produktionskapazitäten „dem kostendeckend erreichbaren Geschäftsvolumen" weiter angepaßt, was andeutet, daß auf unrentable Aufträge verzichtet wurde. Die Mitarbeiterzahl sank um 4,4 Prozent auf 6440 (6740).

Der leichte Umsatzrückgang um knapp 1 Prozent auf 864 (871) Mill. *DM entstand durch das Fehlen inländischer* Aufträge aus dem Kraftwerksbereich. Diese Lücken wurden durch höhere Auslandsaufträge – vor allem aus nichteuropäischen Ländern für Wasserwirtschaftsanlagen – ausgeglichen: Der Auftragseingang nahm leicht auf 831 (827) Mill. DM zu. Bereinigt um das Nukleargeschäft ergibt sich ein Plus von 12 Prozent.

DÜSSELDORFER MESSEGESELLSCHAFT

Bundesweiter Umsatzrekord

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutschen Messen, insbesondere aber die internationalen Düsseldorfer Investitionsgütermessen, sehen sich als Schrittmacher neu aufbrechender Investitionsneigung und angekündigter Kapazitätserweiterungen der Industrie. Nach den Worten von Claus Groth, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Düsseldorfer Messegesellschaft mbH (Nowea), zeigen jedenfalls die zurückliegenden Investitionsgütermessen, daß sie nicht nur Gewächshäuser, sondern auch Treibhäuser einiger Branchen waren, auch wenn manche dieser Großveranstaltungen 1984 zwar weniger Besucher, dagegen aber mehr Aussteller ausgewiesen haben.

Realistisch und optimistisch sieht Groth auch die internationalen Großmessen 1986 (Envitec, Drupa, Metav, Interkama), die nicht nur gut gebucht, sondern zum Teil schon fast ausgebucht sind. Er warnte jedoch mit Blick auf die wachsende Zahl wenig professioneller Messeangebote vor einer Atomisierung des Messewesens. Die Wirtschaft werde sich künftig auf die wirklich führenden Veranstaltungen konzentrieren.

Daß zu den führenden Veranstaltern auch die *Düsseldorfer Messe* gehören wird, steht für die Geschäftsleitung außer Frage, nicht zuletzt weil der Jahresumsatz 1984 von 200,4 (159,6) Mill. DM (25 Prozent *Auslandsanteil) nicht nur der höchste in der* Nowea-Geschichte, sondern auch der höchste Eigenumsatz war, der jemals von einer deutschen Gesellschaft im internationalen Messewesen erzielt *worden ist. Groth machte jedoch* deutlich, daß diese Steigerung um 25 (preisbereinigt 22) Prozent durch den mehrjährigen, starken Schwankungen unterliegenden Messeturnus von Großmessen entstanden ist.

So stehen 1985 „nur" 23 (36) Veranstaltungen auf dem Messeterminkalender, ohne einige prominente Großveranstaltungen. 1985 werde der Umsatz bei gut 100 und 1986 wieder bei deutlich über *200 Mill. DM* liegen. Einen ähnlichen Einbruch habe es 1974 schon einmal gegeben. In 1985/86 werden Investitionen von 45 Mill. DM realisiert. Im letzten Jahr wurden 17 (31) Mill. DM investiert, die Abschreibungen lagen bei 14 (13) Mill. DM. Von den 27 Mill. DM Investitionen dieses Jahres werden 20 aus kurzfristigen Fremdmitteln finanziert, wie die gesamten Investitionen aus erwirtschafteten Erträgen oder aus Fremdmitteln bestritten werden.

Das *letzte* Jahr wurde „*bilanztechnisch* erneut ausgeglichen" abgeschlossen. Die Betriebsergebnisse seien in allen Bereichen positiv gewesen, 1985 wird sich das Ergebnis nicht ausgleichen lassen, 1986 jedoch wieder überkompensiert.

1984 wurden auf insgesamt 36 (29) Messeveranstaltungen inklusive Gastveranstaltungen 1,5 Mill. Besucher (plus 41 Prozent) registriert. Die Zahl der Aussteller wuchs um 6,6 Prozent auf gut 17 000, die Zahl der Ausländer um neun Prozent auf 4560. Der *Pro-Kopf-Umsatz* erhöhte sich um 26,3 Prozent auf 485 000 DM. Diese Zahlen sind bemerkenswert gut. Das gesamte Hallenangebot von 154 000 (138 000) qm wurde über *zehnmal (9,2) umgeschlagen.*

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Wöhrle Bauges. mbH; **Bad Iburg:** Alfred Warning – Fliesen u. Bodenbeläge Inh. Kunigunde Kasmann geb. Warning, Dissen am TW; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Jürgen Knop; **Betzdorf:** Weka Schreinerei GmbH, Pracht; **Coesfeld:** Heinz-Georg Tegeder, Fleischer-Fachbetrieb, Ahaus-Alstätte; **Darmstadt:** Rott-Druck GmbH; **Diepholz:** *Rehdener Bauges. mbH, Rehden;* **Hannover:** Conrad Engelke GmbH; **Heidelberg:** Rolf Diesel, Maurermeister, Eppelheim; **Köln:** Renate van Nieuwenhove, Bergheim; SCHMIBA – Bauges. mbH; **Langen:** Faga Wohnbau Bau- u. Grundstücks GmbH & Co. KG; GBG Gaststätten-Betriebsges. mbH; Bau- u. Grundstücksges. mbH; HBG Hotel-Betriebsges. mbH; **Lübbecke:** Günter Meyer, Tischlermeister, Hüllhorst; **Nürnberg:** Nachl. d. Wilhelm Höfler; Nachl. d. Peter Dobrowolski; **Peine:** Gebr. Dettmers GmbH u. co. KG; **Pirmasens:** City Bau-Treuhand Beteiligungsges. mbH, Dahn; **Recklinghausen:** Nachl. d. Else Ottilie Maria Linden; **Rheine:** Albert Lütke-Lanfer GmbH, Steinfurt; Albert Lütke-Lanfer, Kaufmann, Steinfurt; **Sigmaringen:** Nachl. d. Karl Gerhard Schill, Architekt, Leibertingen-Thalheim; **Uelzen:** *Wilma Landgrebe, Wrestedt-Stederdorf.*

Anschlußkonkurs eröffnet: Bielefeld: Ges. f. Wohn- u. Geschäftshausbau mbH.

Vergleich eröffnet: Flensburg: Fritz Paul Baumaschinen u. Baugeräte.

Vergleich beantragt: Rheine: Theodor Fricke GmbH & Co., Greven; **Winsen/Luhe:** Luhe-Werk Sültmann & Co. (GmbH & Co.).

DRÄGERWERK / Auslandsanteil nahezu konstant

Dividende wird erhöht

JAN BRECH, Hamburg

Die Drägerwerke AG, Lübeck, die weltweit zu den führenden Herstellern von Atemschutzgeräten zählt, will für das Berichtsjahr 1984 die Dividende erhöhen. In einem ersten Überblick teilt der Vorstand mit, daß die Ausschüttung je 50-DM-Stammaktie von 6 auf 7 DM und je 50-DM-Vorzugsaktie sowie 50-DM-Genußschein von 7 auf 8 DM steigen soll. Die höheren Dividenden werden mit einer wesentlich verbesserten Ertragslage begründet.

Nach Angaben des Vorstands hat sich der Jahresüberschuß im Berichtsjahr um 23 Prozent auf 12,7 Mill. DM erhöht. Die Umsatzrendite, die im Jahr 1983 knapp unter 2 Prozent gesunken war, erreichte wieder 2,3 Prozent. Zur Ertragsverbesserung hätten vor allem die Maßnahmen zur Rationalisierung in Produktion, Vertrieb und Verwaltung beigetragen. Durch langjährige Vorleistungen in der Produktinnovation sei schließlich die Marktstellung des Unternehmens gestärkt worden.

Das Wachstum der Gruppe wird mit einer Umsatzausweitung um 2 Prozent auf 536 Mill. DM angegeben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Umsatz des Jahres 1983 eine Großanlage mit mehrjähriger Bauzeit enthalten war. Ohne Berücksichtigung dieses Auftrags betrug das Umsatzplus 6 Prozent.

Überdurchschnittliche Zuwachsraten erreichten 1984 die Bereiche Medizintechnik und Gasmeßtechnik. Dabei verzeichnete im Gegensatz zu früheren Jahren vor allem das Inlandsgeschäft wesentliche Steigerungsraten. Der Exportanteil, der in den Vorjahren kontinuierlich gestiegen war, blieb mit 36,2 Prozent im Berichtsjahr nahezu unverändert.

Zur Entwicklung der Auftragseingänge heißt es, daß sie im Verlauf des Jahres 1984 stetig gestiegen seien. Der Auftragsbestand zum Jahresende lag um 14 Prozent über dem des Vorjahres. Er sichert eine Auslastung für etwa viereinhalb Monate. Im Auslandsgeschäft blieben die Schwerpunkte unverändert in Westeuropa, Nordamerika und Nahost. Erste Erfolge habe Dräger auch in den Märkten Japan und China erzielt, heißt es.

SPARKASSE BERLIN WEST / Renditebewußte Kunden

Erträge fielen solide aus

PETER WEERTZ, Berlin

Die Sparkasse der Stadt Berlin West, die für Berlin zugleich Girozentrale ist, hat am Aufschwung der Berliner Wirtschaft 1984 partizipiert. Mit einem „soliden Wachstum und stabilen Erträgen" habe das Geschäftsjahr den Erwartungen entsprochen, sagte Vorstandsvorsitzender Hubertus Moser. Dabei erhöhte sich die Bilanzsumme um 5,5 Prozent auf 15,1 Mrd. DM.

Die Ertragslage wird als unverändert zufriedenstellend bezeichnet; sie erlaubt – wie in den Vorjahren – vor allem eine „angemessene Risikoverteilung". Bei einer Zunahme der Zinsspanne von 3,26 auf 3,39 Prozent blieb der Jahresüberschuß mit 55 Mill. DM konstant. Der Sicherheitsrücklage wurden hiervon 43 Mill. DM zugewiesen. An das Land Berlin schüttete die Sparkasse 9 (12) Mill. DM aus.

„Für uns hatte die Anreicherung der offenen Rücklagen infolge der Änderung des Kreditwesengesetzes einen höheren Stellenwert als in den Vorjahren", unterstrich Moser. Dieses Jahr beurteilen Sparkasse und Bausparkasse in Berlin „zurückhaltend optimistisch". Als Risikofaktor für den weiteren Aufschwung wird die inländische Zinsentwicklung genannt. Im Baugeschäft erwartet Vorstandfsmitglied Horst Gust keine nachhaltige Belebung, aber Impulse durch die Instandsetzungsprogramme.

Bei den Einlagen waren im vergangenen Jahr wieder die höher verzinslichen Sondersparformen gefragt. Im Kontensparen wurde der Rückgang lediglich durch das Festzinssparen und die eigenen Schuldverschreibungen und Sparkassenbriefe ausgeglichen. Insgesamt stiegen jedoch die Einlagen der Kunden, die sich weiter renditebewußt verhielten, noch um 3,5 Prozent auf 11,11 Mrd. DM. Das Kreditgeschäft war 1984 recht unterschiedlich. Es wuchs insgesamt nur noch um 1,4 Prozent auf 8,49 Mrd. DM. Wachstumsträger blieben hier vor allem der Real- und private Kundenkredit.

BERTELSMANN / Günstige Entwicklung hält an – Stammgeschäft wurde über neuen Aktivitäten nicht vergessen

Weichenstellung für die Zukunft ist vollzogen

DOMINIK SCHMIDT, Gütersloh

Die Gütersloher Unternehmensgruppe Bertelsmann, weltweit die Nummer zwei unter den Medien-Konzernen, hat die Konsolidierungsphase mit dem Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) abgeschlossen und setzt nun zu neuen Höhenflügen an. Die entsprechenden Weichenstellungen, so Vorstandschef Mark Wössner, sind bereits vollzogen worden. Bertelsmann sei „in bester Verfassung und auf die Herausforderungen der Medienmärkte von morgen gut vorbereitet".

Wössner verweist auf das Drei-Säulen-Konzept, das die Grundlage für das künftige Wachstum bilden und gleichgewichtig realisiert werden soll. Neben der weiteren Expansion des traditionellen Geschäfts, das nach Wössners Ansicht noch beträchtliche Chancen bietet, kommt dem Bereich der „Neuen Medien" und einem stärkeren Engagement in den USA Priorität zu.

Begleitet wird diese Strategie von einem riesigen Investitionsprogramm. Die Planungen sehen vor, daß innerhalb der nächsten drei Jahre 3 Mrd. DM investiert werden. Ein Drittel davon sei für Projekte im Inland vorgesehen. Für den Einstieg in die elektronischen Medien will Bertelsmann bis Ende der 80er Jahre rund 300 bis 400 Mill. DM bereitstellen. Allein das Engagement bei RTL Plus erfordere „bis zum Ende der Reifephase einige 100 Mill. DM," erklärte Wössner.

Die aktuelle Geschäftsentwicklung des Konzerns beurteilt der Bertelsmann-Vorstand überaus positiv. Gegenüber den ohnehin günstigen Ergebnissen im Geschäftsjahr 1983/84 zeichnet sich im laufenden Jahr, dem 150. der Unternehmensgeschichte, erneut eine deutliche Verbesserung aller relevanten Daten ab. Die Prognosen, die nur selten von den tatsächlichen Zahlen abweichen, gehen von einer Steigerung des Betriebsgewinns auf 650 (540) Mill. DM aus. Der Jahresüberschuß wird danach erneut kräftig auf 360 Mill. DM wachsen. Gleichzeitig soll die Eigenkapitalquote von 25,2 Prozent auf 29,1 Prozent verbessert werden.

Schwerpunkte des Ertragswachstums im laufenden Jahr sind nach Wössners Angaben die Zeitschriften-Tochter Gruner + Jahr mit ihrem Frankreich-Geschäft und den technischen Betrieben, der Buchklub in Frankreich, die Druckbetriebe in den USA sowie der Unternehmensbereich Musik, der jetzt endgültig in die Gewinnzone vorstößt. Wesentliche Bedeutung kommt dabei der Fusion mit RCA zu.

Obwohl das Geschäftsjahr 1983/84 noch in die Konsolidierungsphase fiel, ergab sich im Konzern ein Umsatzplus von 8 Prozent auf 6,72 (6,2) Mrd. DM. Nach den Worten von Hermann Hoffmann, im Bertelsmann-Vorstand zuständig für das Finanzressort, hat sich der Trend des stärkeren Wachstums im Ausland fortgesetzt. Während im Inland lediglich Mehrerlöse von 2,3 Prozent realisiert wurden, ergab sich im Ausland ein Zuwachs von 13,5 Prozent. Der Auslandsanteil erhöhte sich so weiter auf 54 (51) Prozent.

Sehr zufrieden zeigt sich Hoffmann mit der finanziellen Verfassung der Gruppe. Der Jahresüberschuß stieg auf 289 (159) Mill. DM. Der Netto-Cash-flow, nach dem Verständnis von Bertelsmann die wichtigste Meßzahl der Finanzkraft, erreichte 534 (360) Mill. DM, das entspricht 8 (5,8) Prozent des Umsatzes. Die höchsten Beiträge zum Betriebsergebnis lieferten der Unternehmensbereich Buch- und Schallplattengemeinschaften sowie Gruner + Jahr.

Hoffmann geht davon aus, daß das mehrheitlich bei der Belegschaft liegende Genußkapital in Höhe von 350 Mill. DM im Frühjahr 1986 an der Börse eingeführt wird. Nach seinen Schätzungen liegt knapp ein Drittel des Kapitals bei Dritten. Im Berichtsjahr wurde das Genußkapital mit 15 (12) Prozent verzinst. Einschließlich der Zahlung von Gewinnanteilen an Mitgesellschafter wurden 155,2 (105,3) Mill. DM ausgeschüttet.

Bei der als Holding fungierenden Bertelsmann AG ergab sich ein Bilanzgewinn von 95,5 (66,5) Mill. DM. Davon wurden 30 Mill. DM den freien Rücklagen zugeführt und 51,8 Mill. DM auf neue Rechnung vorgetragen. An Dividende zahlte die AG 1,7 Mill. DM. Dieser Betrag floß dem Minderheitsgesellschafter Gerd Bucerius zu.

Bertelsmann	1983/84	±%
Konzernumsatz (Mill. DM)	6716	+ 8
davon		
Klubgeschäft	1906	+ 2,6
Verlage	895	+ 8
Druck, Industrie	1342	+ 17,3
Musik, Film, TV	493	- 1,3
Gruner + Jahr	2081	+ 10,2
Anteil Auslandsgesch.	53,9 %	+ 13,5
Mill. DM		
Brutto-Cash-flow	868	+ 32,5
Netto-Cash-flow	534	+ 48,3
Jahresüberschuß	289	+ 81,8
Bilanzsumme	3620	+ 15,5
Mitarbeiter	31 639	+ 2,2
davon Inland	17 193	+ 1,5

HERLITZ

Expansion wird fortgesetzt

Wz. Berlin

Die Herlitz AG, Berlin, Hersteller von Lernmitteln sowie Büro- und Schulbedarf, hat 1984 ihre Expansion fortgesetzt. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht mitteilt, ist der Umsatz der Unternehmensgruppe im vergangenen Jahr um mehr als ein Drittel auf 455 Mill. DM gewachsen. Dabei stieg der Auslandsanteil von 30 auf 40 Prozent. Investiert wurden im vergangenen Jahr 38 (69) Mill. DM. Da das Unternehmen in die neugeschaffenen Produktionskapazitäten hineingewachsen ist, wird ein weiteres Investitionsvorhaben für neue Produktionsstätten in Berlin geplant. Zur Zeit werden 2173 Mitarbeiter (plus 11 Prozent) beschäftigt.

In den nächsten beiden Jahren sollen allein in Berlin 400 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit Liquidität und Ertrag ist das Unternehmen zufrieden. Gegenwärtig arbeitet die Unternehmensgruppe aufgrund der Ertragsverbesserungen und der Optionsanleihe ohne kurzfristige Bankkredite. Der Jahresüberschuß sei außerdem 1984 um „gut 80 Prozent" gewachsen, heißt es weiter.

IBM: Gewinn ist kräftig gestiegen

nl. Stuttgart

Der Computer-Riese IBM wartete auch im Jahre 1984 mit einem hohen Wachstumstempo auf. Wie dem Geschäftsbericht der International Business Machines Corporation (IBM), Armonk/USA, zu entnehmen ist, stieg der konsolidierte Umsatz des Konzerns im vergangenen Jahr um 14,3 Prozent auf 45,9 Mrd. Dollar. Der starke Trend zum Kauf (statt Miete) von EDV-Anlagen setzte sich dabei fort, denn die Verkäufe nahmen um 27,8 Prozent auf 29,8 Mrd. Dollar zu.

Auch die Dienstleistungen erhöhten sich auf 9,6 Mrd. Dollar (plus 25,1 Prozent). Die Vermiet-Umsätze sanken um 28,7 Prozent auf 6,6 Mrd. Dollar. Noch schneller als der Umsatz stieg der Reingewinn, nämlich um 20 Prozent auf 6,58 Mrd. Dollar oder auf 10,77 (9,04) Dollar je Aktie. Am Jahresende beschäftigte der Konzern 394 930 Mitarbeiter (plus 6,9 Prozent).

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Renault sagt Moskau ab

Paris (J.Sch.) – Der staatliche französische Automobilkonzern Renault hat die Verhandlungen über die schlüsselfertige Lieferung eines Motorenwerks an die Sowjetunion abgebrochen. Der erste Vorvertrag über dieses 300-Mill.-Franc-Projekt wurde im November 1983 unterzeichnet. Die Absage wird von Renault offiziell mit Unsicherheiten über Zulieferungen begründet. Man vermutet aber, daß die Russen Renault preislich unter Druck setzen wollten. Derartige Zugeständnisse glaubt sich der Konzern angesichts seiner gewaltigen Verluste unter der neuen Leitung nicht mehr leisten zu können.

Hoher Wertzuwachs

Düsseldorf (Py.) – Der Colonia Rentenfonds RK hat 1984 mit einem Wertzuwachs von 13,7 Prozent ein überdurchschnittliches Anlageergebnis erzielt. Nach Angaben der Rheinische Kapitalanlage GmbH, Köln, als Fondsmanagerin war dafür das zeitweise bis zu 30 Prozent in hochverzinslichen Dollaranleihen angelegte Fondsvolumen von 140,9 (103,4) Mill. DM verantwortlich. Daneben waren noch zusätzlich Zinsgewinne angefallen. Dennoch bildeten festverzinsliche Wertpapiere des Inlands (65 Prozent) das Anlageschwergewicht. Wegen des rückläufigen Zinsniveaus gingen auch die Zinseinnahmen zurück. Als Folge davon wurde auch die Ausschüttung von 3,70 auf 3,55 DM je Anteil zurückgenommen.

Kein neuer Gesellschafter

Frankfurt (VWD) – Bei der Aufstockung ihres Eigenkapitals um 50 Mill. auf 117,04 Mill. DM hat die Bankers Trust GmbH, Frankfurt, zwar einen stillen, aber keinen neuen Gesellschafter erhalten. Bei dem stillen Gesellschafter handelt es sich nach Vorstandsangaben um die Bankers Trust Foreign Investment Corp., die bereits 50 Prozent des Stammkapitals der deutschen Tochter der US-Großbank hält – die restlichen 50 Prozent liegen bei der Bankers Trust-Holding. Diese Konstruktion sei aus steuerlichen Gründen gewählt worden. Die Eigenmittelzuführung von 50 Mill. DM diene dazu, der deutschen Tochterbank ausreichend Spielraum im Neugeschäft zu verschaffen. Mit dem Geschäftsverlauf 1984 zeigt sich der Vorstand bei einer Steigerung der Bilanzsumme auf über 2 (1,77) Mrd. DM voll zufrieden.

Haake-Beck: 22 Prozent

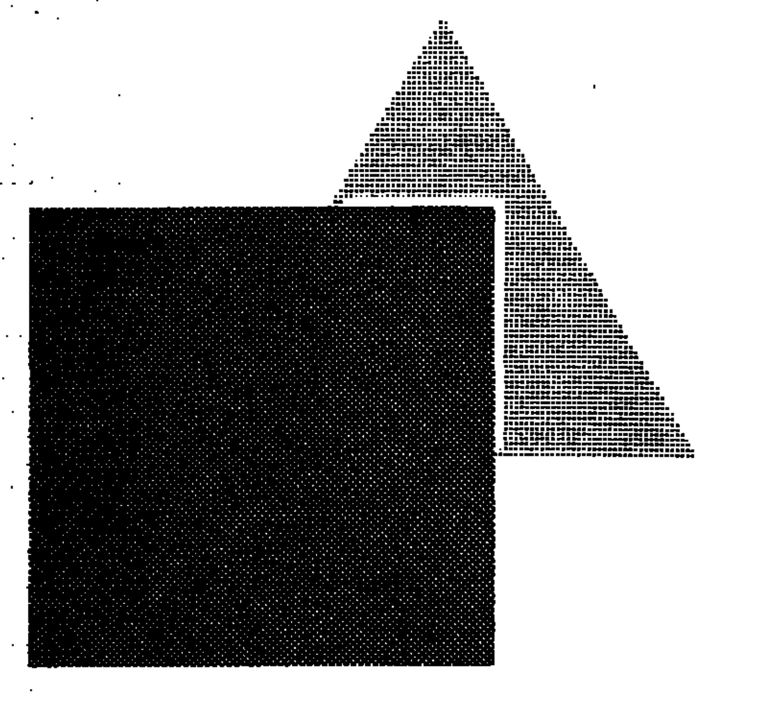
Bremen (dpa/VWD) – Die Haake-Beck Brauerei AG, Bremen, will für 1983/84 (30.9.) eine Dividende von 22 (16) Prozent ausschütten. Der Bilanzgewinn betrug rund 2,7 (2,0) Mill. DM.

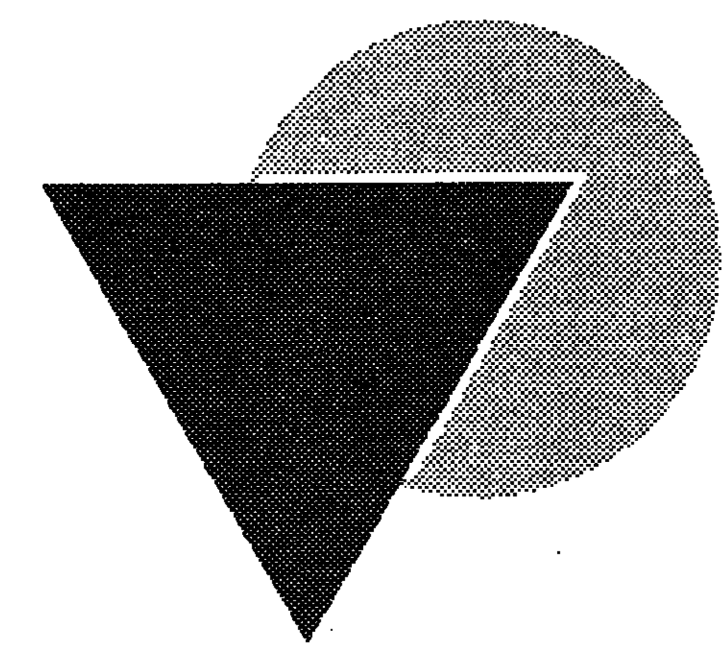
Sparkasse Bielefeld: Wachstum gebremst

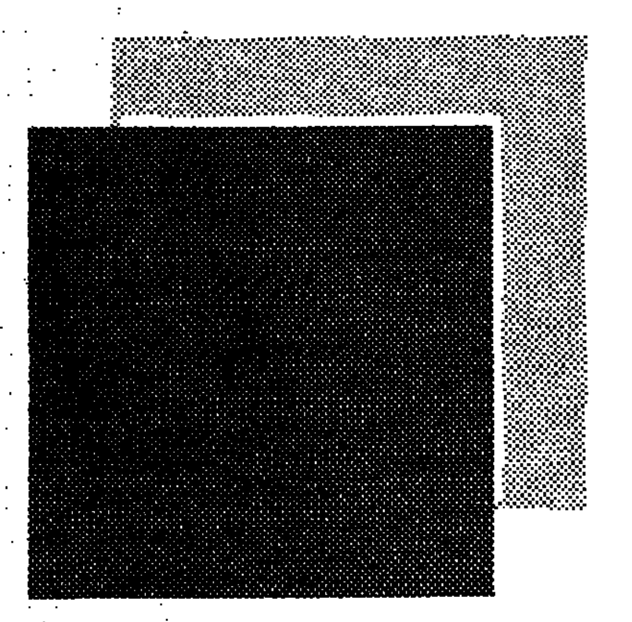
hdt. Bielefeld

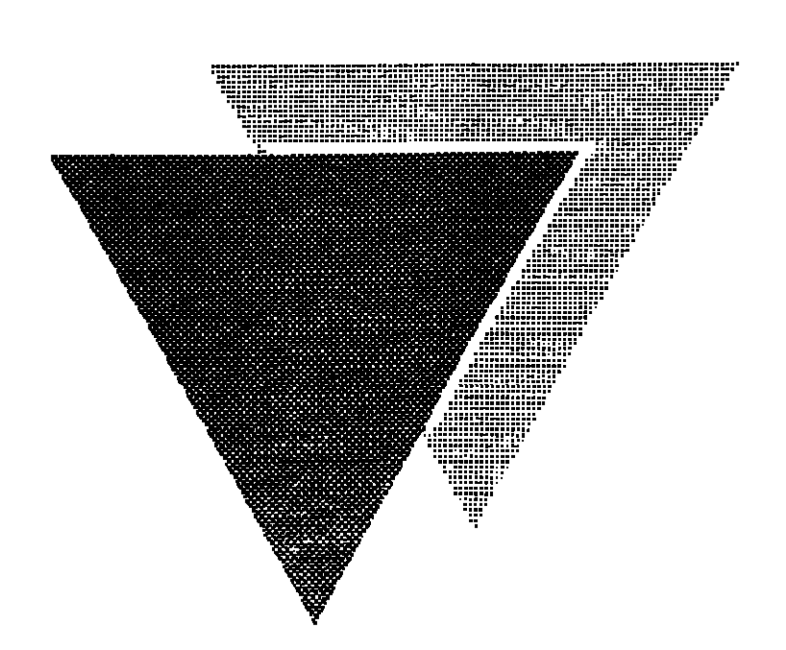
Obwohl 1984 mit rund 680 Mill. DM das Fälligkeitsvolumen aus Sparanlagen fast doppelt so hoch war wie im Vorjahr, konnte die Sparkasse Bielefeld die Summe ihrer Spareinlagen nochmals um 62 Mill. DM auf fast 4 Mrd. DM erhöhen. Insgesamt wird bei der Entwicklung der privaten Ersparnisbildung jedoch von einem gebremsten Wachstum durch erschwerte Rahmenbedingungen gesprochen. Nur geringfügig war auch der Zuwachs beim Kreditvolumen, das von 3,08 auf 3,15 Mrd. DM anstieg. Die Bilanzsumme erhöhte sich auf 4,56 (4,47) Mrd. DM, der Bilanzgewinn wird mit 9 (8) Mill. DM ausgeweisen.

Um in Zukunft möglichen Einbrüchen auf der Einlagenseite vorzubeugen, hat die Sparkasse Bielefeld inzwischen bei der Aufsichtsbehörde einen Antrag gestellt, ihr die Ausgabe börsenfähiger Inhaberschuldverschreibungen zu gestatten. Dabei handelt es sich immerhin um eine Grundsatzentscheidung im Sparkassenbereich.









Aktien überwiegend freundlich

Kursanstieg aber durch Gewinnmitnahmen gebremst

DW. – Basis der in den letzten Tagen kräftig gestiegenen Aktienkurse ist die Neigung, Gewinne zu realisieren. Dadurch vollzog sich die Aufwärtsbewegung der Standardwerte langsamer als an den Vortagen. Der Berufshandel geht von einer bevorstehenden Konsolidierungspause aus, nicht zuletzt im Hinblick auf die Landtagswahlen im Saarland und in Berlin. Sollten ihre Ergebnisse die Fortsetzung einer stabilen Politik ermöglichen, so lauten die Prognosen, würde eine neue Kaufwelle aus dem Ausland den Aktienmarkt überfluten.

Siemens-Aktien, die schon am Dienstag die Hälfte des Bezugsrechtabschlages wieder aufgeholt hatten, kamen um weitere 2 DM voran. Der Handel in diesen Papieren war aber wesentlich ruhiger als an den Vortagen. Das trifft auch für die Papiere der Großchemie zu, die insgesamt noch über ihren Vortagsnotierungen schlossen. Das Interesse der Ausländer führte bei einigen Autoaktien zu deutlichen Verbesserungen, so lagen Daimler und Mercedes um rund 10 DM höher. Verstärkte Nachfrage auch nach VW-Aktien, die jedoch nur geringfügig anzogen. Zu den bevorzugten Papieren zählten erneut Beiersdorf-Aktien, die zeitweise nahe an die 500-DM-Marke herangekommen sind. Unsicherheit bestand vor allem bei den Bankaktien, ihre Kurse gaben teilweise nach.

Frankfurt: ADT erhöhten sich um 2,90 DM auf 60 Dm, Dywidag zogen um 5,20 DM auf 163 DM an und Flachglas verbesserten sich um 5 Dm auf 232 DM. Dt. Texaco verminderten sich um 7 DM und Holzmann gaben um 112 DM nach.

Düsseldorf: Alexander zogen um 5 DM auf 120 DM an, Dahlbusch Va. erhöhten sich um 8 DM auf 420 DM und Verseidag konnten sich um 5 DM auf 155 DM verbesern. Audi NSU sanken um 7 DM auf 448 DM und Scheidemandel fielen um 5 DM auf 142 DM.

Hamburg: Beiersdorf setzten ihren Anstieg nach anfangs 492 DM bis auf 497 DM plus 7 DM fort. Phoenix Gummi wurden mit 128 DM bis 131 DM plus 3 DM bezahlt. HEW gingen zu 93 DM plus 1,50 DM um, während sich NWK Vz. bei 167,80 DM wenig veränderten.

Berlin: Spinne Zehlendorf zogen um 20 DM, Rheinmetall um 8 DM, Herlitz St. um 6 DM und Herlitz Vz. um 5,50 DM an. Lehmann wurden um 3 DM, Schering um 2,50 DM und Orenstein um 1 DM höher bewertet. Engelhardt ermäßigten sich um 4 DM.

München: Aigner befestigten sich um 0,50 DM auf 245 DM, Agrob St. verbesserten um 6 DM auf 208 DM und Dywidag stiegen um 5 DM. Electro 2000 verminderten sich um 20 DM und Leonische Draht gaben um 2 DM nach.

Stuttgart: Bei differenzierter Kursentwicklung standen Daimler mit einem Gewinn von 18,50 DM auf 689 DM und Mercedes mit einem Plus von 11,50 DM im Mittelpunkt. WMF Stammaktien legten 2,50 DM auf 157,50 DM zu.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 175,5 (174,5)

WELT-Umsatzindex: 4445 (5470)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Optionshandel

Frankfurt: 06. 03. 85

2400 Optionen = 127 150 (134 000) Aktien,

davon 382 Verkaufsoptionen = 21 150 Aktien

Kaufoptionen: AEG 7-100/19-110-9-120-4, BASF 4-210/6,8, Bayer 4-160/54, 4-170/44, 4-180/34, 4-190/24, 4-200/15, 4-210/8,1, 4-220/4,9, 4-230/2, 7-170/49,5, BBC 10-210/20, Bay. Hypo 7-310/15,5, 7-330/12, Bekula 7-95/2, BMW 7-340/80-370-40-400-18,4-410-13-420-10, Commerzbk. 4-170/3, 7-170/11,5, Conti 4-120/13, 4-130/4,6, 4-140/1,5, 7-120/17, Daimler 4-600/88, 4-650/38, 4-660/27, 7-600/90, Deutsche Bk. 4-360/58, 4-368,75/52, 4-380/39, 4-390/29, 4-400/19,5, 4-410/12, 7-160/10, Dresdner Bk. 4-190/5, 4-200/2,5, 7-200/8, GHH St. 7-170/5, Hoechst 4-170/38, 4-180/28,5, 4-190/19,4-200/10, 4-210/6,5, 4-220/3,4, 7-180/31, Hoesch 4-100/8,9, 4-110/2, 7-100/14,5, Karstadt 10-240/5,6, Klöckner 4-60/19, 4-65/14, 4-80/2,5, 4-85/1,55, 7-70/12,1, Lufthansa St. 4-160/37,5, 4-170/27,2, 4-190/8, Mercedes 4-530/61,5, 7-600/10,2 10-600/13,1, Metallges 4-220/28,5, Mannesmann 4-150/8,5, 4-160/4,5, 7-160/8,6, RWE Vz. 7-160/7, 10-170/5,9, Kali + Salz 7-290/6,1, 10-300/6,1, Siemens 7-500/80, Thyssen 4-75/28, 4-80/25, 4-85/18, 4-90/13,5, 4-95/9, 4-100/5, 7-85/19,6, Varta 7-190/5,4, Veba 7-170/8,3G-180-3,7-190-1,8, VEW 7-130/1,5, VW 4-170/40-180-24-190-15-200-6,8-210-4, 10-190/25,9-200-20,7-210-14,4-220-12-230-6-240-5, Alcan 7-100/6,9, 10-100/9,4 Chrysler 4-80/33, 4-95/18-18,6, 4-100/13, 4-110/6, IBM 4-400/60, 7-400/62, Norsk Hydro 7-40/3, 10-40/4, Philips 4-44,5/12, 4-49,5/7, 4-50/6,6, 7-50/8,6, Royal Dutch 7-160/22, Sony 4-49,7/12, Sperry 4-160/17,1, 7-160/20, Xerox 10-160/12, **Verkaufsoptionen:** AEG 10-95/1,3B-100-1,7-110-5,3-120-14, BASF 7-200/2, 10-200/3,5, Bayer 4-200/1, 7-200/1,4, Bay. Hypo 4-310/2,8, BMW 4-390/8, Commerzbk. 4-170/4,5, 7-170/7, Conti 10-120/2,9, Daimler 7-630/4, 7-650/20, Deutsche Bk. 7-400/3,5, 7-420/15, Dresdner Bk. 4-190/2,1, 7-190/4, GHH St. 10-150/1,5, Harpener 10-310/3,6, Hoechst 7-200/11,5, 10-200/2,4, Hoesch 10-100/1,4 Karstadt 10-220/12, Kaufhof 7-210/3, 10-220/11, Klöckner 10-70/1,4, 10-75/2,9, Lufthansa St. 7-190/4,4, 10-190/6, Mercedes 10-540/9,4, Mannesmann 7-150/1,3, 10-150/2,2, Schering 4-470/7, 7-460/6,4, Kali + Salz 4-270/5,8, Siemens 7-500/2-510-3,4-520-3,5-540-11,4-550-13, Thyssen 4-100/1,6, 7-100/2,1, VW 10-180/2-190-6,2-200-10, Chrysler 7-110/8, General Motors 7-250/5,4, IBM 4-430/4,4, 7-450/18, Norsk Hydro 7-40/3,6, 10-40/4, Royal Dutch 7-170/1,80, Sony 10-55/1.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 6. 3. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞– 9⅛	6 –6¼	5½–5¾
3 Monate	9½– 9¾	6⅛–6⅜	5¾–6
6 Monate	10⅛–10⅜	6½–6¾	5⅞–6⅛
12 Monate	10⅞–11⅛	6⅝–6⅞	5¾–6

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 6. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1610,00	2017,80
10 US-Dollar (Indian)**)	1275,00	1540,80
5 US-Dollar (Liberty)	525,00	668,75
1 £ Sovereign alt	228,25	280,73
1 £ Sovereign Elizabeth II.	224,75	279,02
20 belgische Franken	174,50	227,43
10 Rubel Tscherwonez	234,75	294,98
2 südafrikanische Rand	221,75	274,46
Krüger Rand, neu	1002,75	1183,04
Maple Leaf	1002,75	1183,04
Platin Noble Man	892,00	1056,78
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	237,50	299,25
20 schweiz. Franken „Vreneli"	176,25	229,43
20 franz. Franken „Napoléon"	174,50	227,43
100 österr. Kronen (Neuprägung)	925,50	1118,91
20 österr. Kronen (Neuprägung)	184,00	232,58
10 österr. Kronen (Neuprägung)	96,00	126,54
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	430,00	525,26
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	101,25	138,23

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

6. 3. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs[4]	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York[3]	3,4195	3,4275	3,4200	3,39	3,48
London[1]	3,617	3,632	3,558	3,56	3,71
Dublin[1]	3,107	3,121	3,052	3,07	3,13
Montreal[3]	2,4399	2,4479	2,4217	2,39	2,49
Amsterd.	88,310	88,530	88,19	87,25	89,25
Zürich	117,290	117,450	117,355	115,75	118,75
Brüssel	4,964	4,984	4,918	4,84	5,04
Paris	32,660	32,820	32,32	31,75	33,50
Kopenh.	27,910	28,030	27,855	27,00	27,75
Oslo	35,030	35,150	34,55	34,00	35,75
Stockh.**)	35,280	35,440	34,81	34,50	36,25
Mailand[2] **)	1,602	1,612	1,572	1,56	1,68
Wien	14,214	14,254	14,211	14,14	14,36
Madrid**)	1,807	1,817	1,782	1,76	1,88
Lissabon**)	1,815	1,835	1,726	1,43	2,25
Tokio	1,3115	1,3145	–	1,28	1,34
Helsinki	48,340	48,540	47,675	47,50	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,363	2,417	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3305	2,3495	–	2,30	2,40
Johannesbg.*)	1,6705	1,6895	–	1,31	3,48

Alles in Hundert: [1] 1 Pfund; [2] 1000 Lire; [3] 1 Dollar; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet

Devisenmärkte

Der amtliche Kurs des US-Dollars wurde am 6. 3. wiederum ohne Beteiligung der Bundesbank mit 3,4235 ermittelt und lag nur knapp über der Vortagsnotiz. Im Freiverkehr richtete man sich zunächst auf deutlich höhere Kurse ein, als die erste Bewegung den Dollar bis 3,4580 trieb. Die Nachfrage erlahmte auf diesem Niveau, und es kam zeitweise zu einer scharfen Reaktion bis fast 3,41. Die gestrigen freundlichen Bondmärkte und die rückläufigen Tagesgeldsätze an New Yorker Markt signalisierten gestern bereits eine leichte Zinsanspannung, die sich auch auf die Euromärkte übertrug und wohl auch die Kassenmärkte beeinflußte. Die Kursveränderungen der übrigen amtlich notierten Währungen hielten sich in engen Grenzen. Die größte Abweichung verzeichnete die norwegische Krone mit einem Kursgewinn von 2,7 Promille auf 35,09. Im EWS schwächte sich die D-Mark geringfügig ab. US-Dollar in: Frankfurt 3,4235; Amsterdam 3,8820; Brüssel 69,02; Paris 10,4805; Mailand 2136,50; Wien 24,0460; Zürich 2,9173; Ir. Pfund/DM 3,114; Pfund/Dollar 1,0588.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 6. März: In D-Mark 2,22520 (Parität 2,24184); in Dollar 0,648178 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 6. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die freundlichere Verfassung der amerikanischen Bondmärkte strahlte am 6. März auch auf die Euro-Dollar-Zinssätze aus. Sie bildeten sich etwas zurück, so daß man mit geringeren Depots arbeitete.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,90/0,80	2,92/2,82	6,16/5,95
Pfund/Dollar	0,49/0,47	1,12/1,08	1,54/1,49
Pfund/DM	3,20/ 1,80	7,50/ 6,10	12,20/10,80
FF/DM	21/5	48/32	90/74

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 6. 3.: Tagesgeld 6,00–6,15 Prozent; Monatsgeld 6,15–6,35 Prozent; Dreimonatsgeld 6,30–6,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 6. 3.: 10 bis 29 Tage 4,06 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 6. 3.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3: Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,50 (6,45) – 8,00 (6,80) – 8,25 (7,05) – 8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,53) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 98,70, Rendite 7,57.

Wer den Katalysator so erfolgreich einsetzt wie BMW, hat auch die Kompetenz für ein weiteres System zur Umweltentlastung:

Nachrüstung mit BMW NO_x-Control.

Auch wenn Sie noch kein Katalysator-Automobil kaufen können – mit BMW können Sie Verantwortungsbewußtsein für unsere Umwelt zeigen.

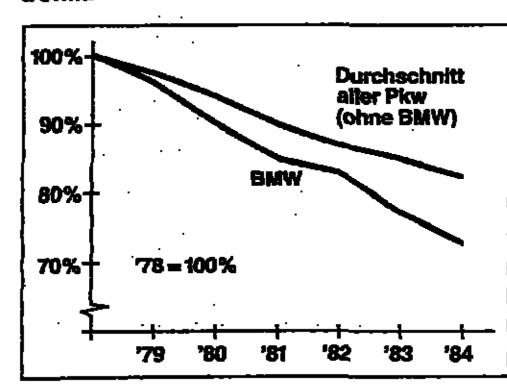
Selbstverständlich gibt es noch eine Reihe von Autofahrern, die aus verschiedenen praktischen Gründen ein Fahrzeug *ohne Katalysator kaufen werden.*
Für sie bietet BMW:

1. ein breites Programm von Automobilen mit Katalysatorvorbereitung, die man dann umrüsten lassen kann, wenn das in der speziellen Situation sinnvoll ist,

2. bei den Modellen ohne Katalysatortechnik mit ihrem bereits sehr günstigen Abgasverhalten die zusätzliche Möglichkeit, das Triebwerk nachträglich mit BMW NO_x-Control auszurüsten – und so die Umweltfreundlichkeit noch einmal zu steigern.

Unsere Umwelt braucht jetzt entschlossenes Handeln – auch über den Einsatz des Katalysators hinaus.

Bei BMW wurde schon vor Jahren die entscheidende technologische Grundlage für umweltfreundliche Automobile eingeführt: hochwertige Triebwerks-Elektronik.*



Entwicklung des Kraftstoffverbrauchs aller in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Pkw pro Modelljahr nach DIN 70030 unter Berücksichtigung der Zulassungsanteile (Flottenverbrauch).

Heute besitzt BMW hier ein einzigartiges Know-how.
Darauf aufbauend haben wir mit NO_x-Control eine Elektronik-Einheit zur deutlichen Reduzierung der Stickoxide entwickelt.
Sie kann nachträglich einfach und kostengünstig montiert werden**.
Ihr BMW Händler informiert Sie gern über alle Details.

NO_x-Control kann vor allem auch bei vielen bereits zugelassenen Fahrzeugen problemlos eingesetzt werden.

So ist schnell eine erhebliche Verminderung der NO_x-Gesamtemission im Verkehr zu erreichen – und das ohne jedes Kraftstoffproblem, denn Automobile mit NO_x-Control brauchen keinen bleifreien Kraftstoff.





Höhere Ansprüche führen zu Automobilen erster Klasse. Höhere Ansprüche plus kritisches Bewußtsein zu BMW.

Eine zukunftssichere Kaufentscheidung setzt heute leistungsfähige Technik voraus, die erkennbar sowohl mehr für den Fahrer als auch zugleich viel für die Allgemeinheit tut.
Mit dem Angebot des nachträglichen Einbaus von BMW NO_x-Control eröffnen wir jetzt noch mehr Fahrern die Möglichkeit, mit BMW die Initiative zu ergreifen und auch beim Automobil offensiven Umweltschutz zu betreiben.
Nehmen Sie also Abstand vom technischen Normalmaß ebenso wie von konventioneller Gediegenheit – entscheiden Sie sich jetzt für die technische Exklusivität eines BMW.
Der erste Schritt: Gehen Sie zu Ihrem BMW Händler. Er berät Sie gern ausführlich.

Für zusätzliche Informationen steht Ihnen auch unsere Kundeninformation zur Verfügung:

☎ 0130-3388

Werktags von 9.00 bis 17.00 Uhr.
Zum Ortstarif.

* Die Grafik zeigt, welchen Erfolg konsequenter Einsatz von Motor-Elektronik beim Verbrauch und damit auch bei der Abgasmenge ermöglicht hat.
Wenn Sie heute einen BMW kaufen, der nicht mit Katalysator oder Katalysator-Vorbereitung erhältlich ist, kann Ihnen Ihr BMW Händler, beginnend ab Sommer '85, die BMW NO_x-Control montieren.
Sie kommen durch diese nachträgliche Verbesserung in den Genuß der vorgesehenen zeitweisen Steuervergünstigung, während unsere Umwelt den Vorteil hat, noch einmal weniger belastet zu werden.

** Die BMW NO_x-Control wird zwischen dem Transistor-Zündgerät bzw. der Digitalen Motor-Elektronik und der Zündspule eingebaut.
BMW NO_x-Control erreicht die erheblichen Stickoxid-Reduktionen selbstverständlich ohne signifikanten Anstieg der anderen Schadstoffe CO und HC.
Allerdings ist die NO_x-Reduktion mit einer geringfügigen Erhöhung des Verbrauchs verbunden.
Die Kosten für *den nachträglichen NO_x-Control*-Einbau werden durch die vorgesehene Steuerentlastung nach den Bedingungen für bedingt schadstoffarme Fahrzeuge (Stufe B) mehr als ausgeglichen.

BMW in Btx ★ 20900#

Renten weiter rückläufig

Obwohl sich am US-Bondsmarkt am Vortag eine gewisse Stabilisierung abgezeichnet hatte, wurden die öffentlichen Anleihen nochmals spürbar zurückgenommen. Teilweise gingen die Abschläge wieder über einen halben Punkt hinaus. Ausschlaggebend für die Abgabebereitschaft war der weitere Anstieg des Dollar, der die Sorge vor einer Leitzinserhöhung in der kommenden Woche wachsen ließ. An den Abgaben sollen wie an den Vortagen wieder Ausländer beteiligt gewesen sein.

Bundesanleihen

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87	99,65	99,65
F 6 dgl. 77	9/87	97,35	97,35
F 6 dgl. 78 II	7/88	97,1	96,5
F 6½ dgl. 77	5/89	97,1	97,3

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Industrieanleihen

F 6 Badenwk. 78	97,5	97,5G
F 8 Chem. Hüls 71	100,5G	100,5G
F 7¾ Conti Gummi 71	100,3G	100,3G
F 5¾ HEW 62	99,65	99,8T
F 7½ dgl. 71	100G	100G
F 4½ Harpen 59	2320T	2300T
F 7½ Hoesch 71	100,1G	100,1G
F 7½ Karstadt 71	100,15	100,15G
F 7¼ Kaufhof 71	100,5T	100,5T
F 7¾ dgl. 71	101G	100,1G
F 7½ dgl. 76	100,25	100,25
F 7½ Klöckner W. 71	100,25T	100,25T
F 8 dgl. 72	100,25T	100,25T

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Am Dienstag schwächten sich an der New Yorker Comex die Notierungen sowohl von Gold und Silber als auch von Kupfer deutlich ab. Kaffee schloß demgegenüber uneinheitlich, während Kakao in allen Positionen Einbußen hinnehmen mußte.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	5. 3.	4. 3.
März	347,50	348,75
Mai	337,25	338,00
Juli	325,75	326,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif	5. 3.	4. 3.
St. Lawrence 1 CW	256,89	255,34
Amber Durum	243,54	242,29
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	128,20	128,20
Mai	132,70	132,60
Juli	135,80	135,80
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	134,50	135,00
Mai	132,50	133,40
Juli	131,40	131,40
Hafer Chicago (c/bush)	5. 3.	4. 3.
März	177,00	177,25
Mai	170,75	170,75
Juli	165,50	165,75
Mais Chicago (c/bush)		
März	268,25	266,25
Mai	272,25	271,00
Juli	274,75	273,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	5. 3.	4. 3.
März	133,70	133,80
Mai	135,00	134,80
Juli	133,10	132,90

Genußmittel

Kaffee	5. 3.	4. 3.
New York (c/lb)		
Terminkontr. März	140,50	141,00
Mai	141,60	141,50
Juli	141,30	141,30
Kakao		
New York ($/t)	5. 3.	4. 3.
Terminkontr. März	2075	2110
Mai	2048	2134
Juli	2029	2116
Umsatz	6201	1630
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	4,15	4,34
Mai	4,47	4,65
Juli	4,75	4,91
Sept.	4,95	5,09
Okt.	5,54	5,54
Umsatz	13 050	9 416
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4,10	4,03
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	5. 3.	4. 3.
Kontrakt März	2405–2408	2388–2394
Mai	2454–2455	2445–2446
Juli	2499–2500	2486–2487
Umsatz	3056	2520
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	2155–2156	2192–2193
Mai	2145–2148	2174–2176
Juli	2124–2125	2154–2156
Umsatz	4474	2063
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Mai	117,60–117,80	119,80–120,00
Aug.	125,60–125,80	127,60–127,80
Okt.	133,40–133,60	135,00–135,20
Umsatz	2643	2167
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	5. 3.	4. 3.
schw. Sarawak spez.	500,00	500,00
weißer Sarawak	705,00	705,00
weißer Muntok	715,00	715,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	5. 3.	4. 3.
März	166,00	165,05
Mai	168,50	168,70
Juni	169,95	170,00
Sept.	169,50	168,90
Nov.	167,10	167,00
Umsatz	450	700

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl	5. 3.	4. 3.
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	37,00	37,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	30,25	30,25
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	27,65	27,60
Mai	26,63	26,50
Juli	25,97	25,85
Aug.	25,60	25,45
Sept.	25,10	25,00
Okt.	24,40	24,40
Dez.	24,00	23,95
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	28,75	28,75
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	23,50	23,50
Choise white hog 4% fr. F.	19,25	19,25
Talg		
New York (c/lb) top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
bleichfähig	18,25	18,25
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,75
Schweine		
Chicago (c/lb) April	46,45	46,65
Juni	51,75	51,45
Juli	53,05	52,75
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb) März	72,80	72,85
Mai	72,90	72,80
Juli	72,60	72,55
Rinder		
Chicago (c/lb)	5. 3.	4. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	43,00	43,00
Kühe einh. schwere River Northern	37,00	36,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush) März	571,50	566,75
Mai	581,00	575,50
Juli	588,50	586,00
Aug.	591,00	587,00
Sept.	586,00	587,00
Nov.	587,00	588,00
Jan.	598,00	599,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht) März	129,40	129,20
Mai	135,00	134,80
Juli	140,20	140,50
Aug.	142,80	143,00
Sept.	144,50	145,00
Okt.	147,00	147,00
Dez.	151,00	152,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	5. 3.	4. 3.
März	353,00	353,80
Mai	360,80	360,70
Juli	368,00	368,50
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	–	42,50
Erdnußöl	6. 3.	5. 3.
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	890,00	865,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	620,00	620,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	615,00	610,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	252,50	250,50
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	–	810,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	297,00	298,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle	5. 3.	4. 3.
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
März	64,08	64,25
Mai	63,58	64,00
Juli	64,15	64,55
Okt.	64,70	64,72
Dez.	64,90	64,85
März	66,05	66,10
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	42,00	42,00
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	5. 3.	4. 3.
März	490–495	490–495
Mai	514–515	520–524
Aug.	539–540	542–546
Umsatz	125	125
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	5. 3.	4. 3.
März	53,90	53,90
Mai	53,90	53,90
Juli	53,90	53,90
Aug.	54,00	54,00
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	5. 3.	4. 3.
März	555,0–564,0	550,0–560,0
Mai	599,5–600,0	596,0–598,0
Juli	605,0–605,5	603,0–605,0
Umsatz	72	6
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	5. 3.	4. 3.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	5. 3.	4. 3.
März	12 700	12 686
April	12 660	12 680
Kautschuk London (p/kg)	5. 3.	4. 3.
Nr. 1 RSS loco	66,00–72,00	66,00–72,00
April	68,50–72,50	68,00–72,00
Mai	69,50–73,50	69,00–73,00
Juni	70,50–74,50	70,00–74,00
		Tendenz: ruhig
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	5. 3.	4. 3.
März	185,00–186,00	183,75–184,25
April	191,00–191,50	189,00–189,75
Nr. 2 RSS März	181,50–182,50	180,50–181,50
Nr. 3 RSS März	178,00–179,00	177,00–178,00
Nr. 4 RSS März	171,00–172,00	170,50–171,50
Tendenz: stetig		
Jute London (£/lgt)	5. 3.	4. 3.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	6. 3.	5. 3.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	373,01–373,19	372,04–372,22
drittfolg. Monat	386,26–386,45	385,31–385,49
Blei: Basis London		
laufend. Monat	119,13–119,22	119,23–119,41
drittfolg. Monat	122,04–122,22	122,68–122,86
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1764,43–1765,5	1758,61–1759,34
drittfolg. Monat	1774,23–1776,05	1775,33–1775,70
Zink: Basis London		
laufend. Monat	301,45–302,18	305,70–306,43
drittfolg. Monat	292,38–292,56	296,43–296,80
Produz.-Preis	317,04	316,44
Feinzinn 99,9%	4252–4294	4152–4193

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	6. 3.	5. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	472,88–475,59	475,46–478,55
Blei in Kabeln	126,75–127,75	127,00–128,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	6. 3.	5. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	445–453	446–457
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	483–485	483–484
MS 63	483–489	484–491

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	5. 3.	4. 3.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	6. 3.	5. 3.
Leg. 225	415–423	415–423
Leg. 226	417–425	417–425
Leg. 231	450–455	450–455
Leg. 233	460–465	460–465

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	6. 3.	5. 3.
Platin (DM je g)	30,75	30,808
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 190	32 190
Rücknahmepr.	31 440	31 440
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 410	32 400
Rücknahmepr.	31 610	31 600
verarbeitet	34 00	33 9808
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 690	31 740
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	635,00	638,20
Rücknahmepr.	616,50	619,60
verarbeitet	662,90	666,208

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	6. 3.	5. 3.
London		
10.30	286,70	288,85
15.00	287,40	287,90
Zürich mittags	286,30–286,80	287,80–288,30
Paris (Ffr 1-kg-Barren) mittags	96 000	96 600
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	532,40	533,65
3 Monate	550,45	551,35
6 Monate	567,15	567,80
12 Monate	597,75	598,70
Platin (£-Feinunze) London	5. 3.	4. 3.
fr. Markt	238,70	236,20
Palladium (£-Feinunze) London		
1 Händlerpr.	106,60	105,60

New Yorker Preise

	5. 3.	4. 3.
Gold H & H Ankauf	287,90	298,60
Silber H & H Ankauf	587,50	564,50
Platin fr. Händlerpr.	253,00–256,30	253,00–256,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	112,50–113,50	113,00–114,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
März	565,00	576,00
April	570,00	580,50
Mai	573,00	583,50
Juli	582,50	593,00
Sept.	592,00	599,00
Dez.	611,50	619,50
Jan.	615,80	626,70
Umsatz	20 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	5. 3.	4. 3.
März	58,35	59,10
April	58,80	59,50
Mai	59,15	59,85
Juli	59,90	60,55
Sept.	60,40	61,10
Dez.	61,20	61,90
Jan.	61,45	61,90
Umsatz	8000	7200

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	6. 3.	5. 3.
Kasse	1027,0–1027,5	1026,0–1026,5
3 Monate	1063,5–1064,0	1062,5–1063,0
Blei (£/t) Kasse	328,00–328,50	382,00–382,50
3 Monate	336,00–336,50	336,00–336,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1281,5–1282,0	1287,0–1288,0
3 Monate	1297,5–1298,5	1303,0–1303,5
abends Kasse	–	1282,0–1283,0
3 Monate	–	1299,0–1300,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1270,0–1272,0	1273,0–1275,0
3 Monate	1290,0–1291,0	1294,0–1295,0
Zink (£/t) Kasse	830,00–832,00	840,00–842,00
3 Monate	805,00–850,50	814,00–815,00
Zinn (£/t) Kasse	10 230–10 231	10 195–10 200
3 Monate	12 232–10 235	10 215–10 220
Quecksilber $/Fl.)	–	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	72–75

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanno Giesler, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

An einem Seidenband

P. Jo. – Lang, lang ist's her, daß ein farbenfrohes Seidenband für die Damenwelt ein herrliches, hochgeschätztes Mitbringsel war. Die schönen bunten Bänder, einst als hübsche Zier gelobt, aber auch als eitler Luxus verdammt, sind heute gründlich aus der Mode.

Lang, lang ist's auch her, daß ein Buchbinder auf die Idee kam, am oberen „Kapital", nämlich dem farbigen Zierstreifen aus Stoff oben und unten am Rücken eines Buches, ein Seidenband als Lesezeichen zu befestigen. Diese hilfreiche Freundlichkeit für den Leser findet sich schon in alten Codices. Und bei liturgischen Werken waren es oft sogar mehrere Bänder mit verschiedenen Farben, die das Auffinden der Texte und Gebete während des Gottesdienstes erleichterten. Dabei blieb es auch, als die Bücher – statt abgeschrieben – gedruckt wurden und die Auflagen beträchtlich stiegen.

Aber irgendwann scheint dann doch ein versierter Hersteller den spitzen Bleistift zur Hand genommen und nachgerechnet zu haben, daß diese kleine Zugabe an die Bequemlichkeit einige Pfennig oder Groschen kostete – und flugs war sie gestrichen. Seitdem gibt es keine Lesezeichenbänder mehr, geschweige denn gleich mehrere verschiedenfarbige.

Statt dessen ist die schlimme Unsitte eingerissen, sogenannte Eselsohren umzuknicken, um zu markieren, bis wohin die Lektüre gediehen sei. Bei Paperbacks und Taschenbüchern mag man das ja noch verzeihen, aber bei ordentlich gebundenen Bänden in feinem Leinen und mit schönem Papier ist das ein reines Ärgernis. Das scheint inzwischen selbst Verlagsmenschen aufgefallen zu sein.

Immer häufiger findet man nämlich in neuen Büchern das gute alte bunte Lesezeichen-Band wieder, ordentlich am „Kapital" befestigt wie eh und je. Das ist beispielsweise der Fall in dem soeben erschienenen Horst-Janssen-Band von Brandstätter, in der „Gedruckten Kunst" von Hatje, im „Kladderadatsch" bei C. W. Leske. Der Trend sollte sich fortsetzen. Lieber ein bißchen am Kapital als am „Kapital" gespart. Der Leser wird's dankbar begrüßen.

Der Sieg über das Pestlazarett – Zum 200. Geburtstag des italienischen Dichters Alessandro Manzoni

Seine Wäsche im Arno gewaschen

Quel ramo del lage di Como, che volge a mezzogiorno – Der Zweig des Comer Sees, der sich nach Mittag wendet. So fängt Manzoni seinen Roman „I promessi Sposi" (Die Verlobten) an. Dieser Anfang gibt in großem epischen Fluß einen Überblick über die Hauptschauplätze: die herandrängenden Berge, den San Martino, den Resegone, dann zum See hinunter die Felder, Weinberge, Villen, Dörfchen, und schließlich unten am Zipfel jenen „ramo", wo die Adda, die den See speist, wieder ausfließt, den Hauptplatz der ganzen Gegend, „Lecco ..., heutigentags ein großer Marktflekken, der sich zur Stadt zu entwickeln im Begriff ist".

Was ist an diesem Anfang so erwähnenswert? Eine sehr persönliche Erfahrung. Ich habe in Lecco geheiratet und dort meine zweite Heimat gefunden, aber kein Gipfel, kein Bergbach, keine Ortschaft, keine Flur, die nicht schon im Roman unverrückbar richtig, „wahr", enthalten gewesen wäre. Nie hätte der Dreizehnjährige, der begierig „Die Verlobten" und ihre Landschaft verschlang, sich träumen lassen, daß er eines Tages eben dorthin nach Hause käme.

Von literarischer Wirklichkeit und von wirklicher Literatur also war der Ankömmling in Lecco umgeben, und er *lächelte, wenn er Manzoni* einen Romantiker nennen hörte. Aber war denn Manzoni nicht das Haupt der romantischen Schule in Mailand? Ja, aber nach wenigen Jahren schon schrieb er in einem langen Brief, die kurze Diskussion sei zu Ende und das Wort „romanticismo" Gott sei Dank verschwunden. Ihm sei es nur um die Abschaffung veralteter Konventionen gegangen, der pedantischen klassizistischen Regeln und der überlebten klassischen Mythologie, und statt dessen um das Recht einer Literatur, die sich nicht mehr elitär an klassisch Gebildete, sondern demokratisch an das allgemeine Publikum wendet.



Goethe begeisterte sich an seinen Werken: der italienische Dichter Alessandro Manzoni (1785–1873) FOTO: DPA

In der Tat hat die italienische Romantik von den deutschen Übertreibungen keine Notiz genommen, sondern sich einfach der patriotischen Geschichte des ewig von Fremdherrschaft unterdrückten Volkes zugewandt und sich dabei nicht an der alten antiken, sondern an der christlichen Mythologie aufgerichtet. Mindestens für den Grafen Manzoni verwandelte sich das antike Fatum in die göttliche Vorsehung; diese Umbesetzung ist für manchen Italiener übrigens bis heute ein Grund der Abneigung gegen Manzoni geblieben oder besser: erst *geworden* seit dem Vorherrschen des literarischen Marxismus. Als ob die marxistische Eschatologie glaubhafter wäre als die christliche!

Goethes Urteil über Manzoni kann erst richtig würdigen, wer sich an des Weimarers Urteile über die *deutsche* Romantik erinnert, etwa an den Hohn, den er über „Des Knaben Wunderhorn" ausgoß, über seine „pfäffischen" Partien, zum Beispiel in dem Lied „Ewigkeit": „Katholischer Kirchengesang. Wenn man die Menschen konfus machen will, so ist dies ganz der rechte Weg."

Über Manzoni, den er von den „Inni sacri" (sakrale Hymnen) bis zu den „Promessi Sposi" von 1827 aufmerksam verfolgte, äußerte sich Goethe wesentlich respektvoller. So schreibt er anläßlich der Hymnen: „Der Verfasser erscheint als Christ ohne Schwärmerei, als römisch-katholisch ohne Bigotterie, als Eiferer ohne Herde". Manzoni war erst nach seiner Heirat religiös, aber kein religiöser Pedant geworden. Das gelassene Urteil Goethes dürften sich einige forcierte italienische Parteitalente ruhig zu Gemüte führen. Wenn kein Mensch mehr den Namen Moravia kennt, wird Manzonis episches Riesengemälde „Die Verlobten" immer noch leuchten wie am ersten Tag.

Manzoni fand, er müsse *lavare i panni nell'Arno*, die Wäsche im Arno waschen, nämlich eine florentinischere Sprachfärbung einführen. Bei dieser Gelegenheit brachte er den Text seines Werkes auch künstlerisch auf eine noch extremere Höhe. Diese endgültige Form ist von 1842. Goethe erhielt 1827 die erste Fassung – und war begeistert.

Dem Pfarrer eines Dorfes bei Lecco überbringen „am 7. November 1628" die Killer des spanischen Don Rodrigo die Empfehlung, die Ehe der zwei Dörfler Renzo und Lucia nicht zu schließen. Lucia, gewarnt, flieht in ein Kloster, wird aber verraten und mit Gewalt zu dem „Ungenannten", einem Gefolgsmann Rodrigos, geschleppt. Doch mit ihrer Schönheit und Reinheit verwirrt sie den Ungenannten, der ihr gerührt die Freiheit schenkt. Einmarschierende Landsknechte bringen außer Kriegsgreueln die Pest ins Land, und die beiden getrennten Liebenden sehen sich sterbenskrank im Mailänder Pestlazarett wieder. Doch sie genesen und können endlich heiraten.

Diese paar Zeilen können natürlich keinen Begriff geben von dem vielfältigen Gespinst aus Politik, Krieg, Gewalt, Laster, Betrug, in das Standhaftigkeit, Reinheit und Duldertum hineinverwoben sind und in das zwei ganz schlichte Menschen hineingerissen werden. Es ist ein riesiges Weltgewimmel, das lachend, heulend, liebend, mordend, betend, spottend, aufrührerisch und schreckenvoll unter dem allbeherrschenden Fatum steht, das bei Manzoni göttliche Vorsehung heißt. Das Werk wurde wie ein Wunder aufgenommen. So etwas hatte es seit Dante nicht mehr gegeben.

Schon mit zwei frühen Dramen, „Der Graf von Carmagnola" und „Adelchi", hatte Manzoni die tausendjährige Unterdrückung seines Volkes und die gegenseitige Selbstzerfleischung unvergeßlich gegeißelt. Dort haben allerdings die genauen historischen Studien die dramaturgische Schlüssigkeit verhindert. Erst mit dem freieren Mittel des Romans gelang Manzoni der ganz große Wurf, der noch heute auf der Welt seinesgleichen sucht. Goethe hätte seinen drei Lobsprüchen einen vierten hinzufügen können: „Der Verfasser erscheint als Patriot ohne Haß."

Am ersten Jahrestag von Manzonis Tod, 1874, ehrte ihn ein anderer Patriot: Giuseppe Verdi dirigierte das Requiem, das er für den großen Verstorbenen komponiert hatte.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Eine Schweizer Studie über Kultursubventionen

Es lohnt sich also doch

Die Subventionen für traditionelle kulturelle Einrichtungen, für Opernhäuser, Theater, Museen, haben keinen guten Ruf mehr. Sie gelten als Unterstützung eines elitären Vergnügens. Deshalb sind sogar seriöse Kommunen von Zweifeln angekränkelt, ob diese Kultursubventionen noch zu vertreten sind. So war es auch in Zürich, wo das Parlament der Stadt den Stadtrat aufforderte, die Subventionsverträge mit den vier großen Kulturinstituten – Opernhaus, Schauspielhaus, Tonhalle und Kunsthaus – „auf eine neue Basis zu stellen".

Doch die Schweizer hielten nichts von opportunistischen Schnellschüssen. Auch haben sie noch nicht, wie manche deutsche Großkommune, ihre Vorliebe für die zwar subventionsgierige, kulturell aber, auch im übertragenen Sinne, periphere Stadtteilkultur entdeckt. So gingen sie mit der Sachlichkeit, die sie in den Jahrzehnten des professionellen Umgangs mit erheblichen Finanzmitteln entwickelt haben, an die Frage heran, indem sie die Julius-Bär-Stiftung, eine seit 1965 existierende unabhängige Institution zur Förderung von Kunst, Kultur und Wissenschaft, damit beauftragten, „Die wirtschaftliche Bedeutung der Zürcher Kulturinstitute" zu untersuchen. Die Studie liegt jetzt vor und vermittelt interessante Einsichten.

Die Subventionen an Oper, Schauspiel, Tonhalle und Kunsthaus, so liest man da beispielsweise, sind kein finanzieller Einbahnverkehr vom Staat zu den Institutionen, sie regen vielmehr den allgemeinen Zirkulationsverkehr zwischen Staat, Institutionen, Wirtschaft und Publikum an. Sie führen also nicht nur zu einer Belebung der Kulturszene, sondern haben auch beträchtliche wirtschaftliche Auswirkungen.

Die staatlichen Subventionen der Stadt Zürich (Staat, Kanton, Gemeinde) betrugen im Jahr 1983 88 Millionen Franken. Davon erhielten die vier großen Kulturinstitute etwa 67 Millionen sfr. Die Studie zeigt an Hand von detaillierten Umfragen und wissenschaftlichen Analysen der finanziellen Beziehungen, wie diese Gelder verwendet werden, wem sie zugute kommen.

So erhält z. B. das Opernhaus vom Staat 35,5 Millionen sfr Unterstützung. Davon fließen ca. 9 Millionen sfr, also 26,6 Prozent, in Form von direkten Steuern und indirekten Abgaben (etwa in Form von Transportausgaben oder Parkgebühren) an den Staat zurück. Viel bedeutsamer sind jedoch die Wirkungen der Kulturinstitute als „Multiplikatoren", weil ihre Wirtschaftstätigkeit wieder zu neuen Einkommen und Umsätzen führt. Beim Opernhaus sind das mehr als 8 Millionen sfr an direkten Ausgaben an die Wirtschaft. Dazu kommen fast 25 Millionen sfr, die die Besucher (für Restaurants, Hotels, spezielle Einkäufe usw.) ausgeben, und rund 30 Millionen Franken, die der Wirtschaft aus dem Einkommen des Opernpersonals zufließen.

Auf den einzelnen Besucher bezogen, zahlt der Staat eine Unterstützung von 125 sfr an die Oper. Davon erhält er aber rund 33 sfr unmittelbar zurück, während dem restlichen Betrag 225 sfr gegenüberstehen, die der Wirtschaft zugute kommen.

Das beste Beispiel für die wirtschaftliche Bedeutung der traditionellen Zürcher Kulturinstitute ist die Kunsthalle; sie wird vom Staat mit *nur fünf Millionen* Franken unterstützt, denen 67 Millionen Franken – also mehr als 1300 Prozent der staatlichen Subventionen – gegenüberstehen, die Staat und Wirtschaft einnehmen.

Zusammen lösen die 67 Millionen sfr staatliche Unterstützung für die vier Institute mit 220 Millionen Franken einen fast viermal so hohen Finanzrückfluß an Staat und Wirtschaft aus. Dies gibt ihnen neben ihrer kulturellen auch eine beträchtliche wirtschaftliche Bedeutung.

Es wäre zu wünschen, daß ähnliche Untersuchungen auch einmal in Deutschland durchgeführt würden, um den emotionsbefrachteten Polemiken über den Nutzen von Subventionen Tatsachen entgegensetzen zu können.

ANDREAS WILD

Tschaikowskys „Eugen Onegin" in Mannheim

Polonaise und Totentanz

Die letzte, leere Szene ist die Realität einer Puschkin-Figur, die eigentlich schon von Tschechow sein könnte: der große Dandy Onegin hat ausgespielt, ist erschöpft, weidwund. Johannes M. Kösters, der nur wenig stücktragende Qualitäten erkennen ließ, stößt seinen Schmerz wie ein Operettenheld hinaus. Doch auch sein Verzweiflungsschrei wird zurückgeworfen, hallt wider aus den symmetrisch abgezirkelten Flächen und perspektivischen Verkürzungen von Tobias Hoheisels Bühnenräumen, die bald kärglich und nüchtern, dann wieder ausladend opulent, aber immer ausweglos und in sich gekehrt Beschaulichkeit und Idylle weit von sich weisen, nichts als Öde, Langeweile und Hoffnungslosigkeit suggerieren.

Regisseur Nikolaus Lehnhoff synchronisiert die fast schon modern wirkende Offenheit der dramaturgischen Form des „Eugen Onegin" mit den musikalischen Abläufen, überträgt den ironisch-distanzierenden Charakter der Erzählung samt ihren melancholischen Merkwürdigkeiten ins Psychologische. Dabei wird in beklemmender Weise vorgeführt, wie dicht die Wehleidigkeiten und Empfindsamkeiten der Figuren beieinanderliegen, wie sie am Widerspruch aus Hoffnung und Vermögen, Träumen und Handeln immer wieder in eine schmerzlich-schöne Ausweglosigkeit manövrieren. Nancy Johnson als Tatjana, wenngleich um eine Spur zu stämmig und vital singend, weiß das glänzend zu vermitteln.

Anderes ist problematisch. Was beispielsweise ist gewonnen, wenn Lehnhoff den Dichter Lensky vor seiner letzten Arie zu einer Kreuzung aus Dante und Tasso hochstilisiert und in einem wunderlichen Ritual vor Onegins tödlichem Schuß obendrein noch homoerotische Beziehungen zwischen den beiden Freunden aufdeckt?

Vor allem in den Gesellschaftsszenen ermüdet die Aufführung, verliert in dem Maße an Spannung, wie sie sich musikalisch erholt. Möglicherweise deshalb, weil Lehnhoff hier einen Zusammenhang mit dem vorausgehenden Geschehen sucht, der sich auch durch eigenwillige Kunstgriffe nicht erstellen läßt. Ob beispielsweise die Polonaise der Petersburger Hautevolée zu einem skurrilen Totentanz umfunktioniert werden kann, der dann nur Assoziationen zu karnevalistischen Umtrieben wachruft, ist sicherlich nicht bloß eine Frage des Geschmacks, denn die vor trunkener Lebensfreude überschäumende Tanznummer sperrt sich gegen eine Leichenfeier in den in Schwarz und Gelb gehaltenen Palasträumen.

Leider wird auch im Musikalischen einiges vergröbert. Die Chöre (Frank Meiswinkel) bleiben blaß und unplastisch, und das Orchester spielt vor allem zu Anfang unter Form. Gewiß, Wolfgang Rennert wollte nicht einem elegischen Puschkin mit der Musik von Tschaikowsky nachtrauern, suchte ihn eher auf Rhythmus und melodische Eleganz festzulegen. Aber offenbar war seine Angst vor Herzensergießungen und Lehár-Nähe so groß, daß er der Musik nur selten über die bloße Begleitfunktion hinaus noch traut.

HEINZ LUDWIG

Jetzt bei uns: „Heaven's Gate" von Michael Cimino

Mythen mit Trauerrand

Nein, das ist nicht mehr jenes Amerika, in dem John Wayne bärbeißig für Ordnung sorgte oder James Stewart widerwillig auf Rache sann. Weit über tausend Filme beschworen ein gelobtes Land, in dem jedermann mit Mut und Tatkraft sein Glück machen konnte. Michael Cimino aber, der mit „The Deer Hunter" den wohl bittersten Vietnam-Film drehte, zieht nun einen breiten Trauerrand um die Mythen des Wilden Westens.

Statt rustikaler Rancher sieht man geschniegelte Rinderbarone, statt buntbemalter Indianer zerlumpte Einwanderer aus Osteuropa, die in letzter Verzweiflung Vieh von den Weiden stehlen. Und man erfährt von einer Todesliste, auf die der mächtige Viehzüchterverband 125 slawische Siedler setzte. Als sich die Todgeweihten wehrten, kam es kurz vor der Jahrhundertwende zum historisch belegten „Johnson Country War". Während Sergio Leone den Western wegen seiner starren Formen und wiederkehrenden Typen mit dem klassischen Ballett vergleicht, sprengt Cimino hier das Korsett des Genres, um ein dunkles Kapitel amerikanischer Geschichte aufzublättern.

Doch die Chronik vom Sündenfall einer Nation wurde zum Stolperstein für einen ihrer begabtesten Regisseure. Der Perfektionist Cimino, für „The Deer Hunter" noch mit fünf „Oscars" dekoriert, hatte schon nach kurzer Drehzeit den Etat überschritten und mußte zähneknirschend mit ansehen, wie sein 210 Minuten langes Werk auf normale Spielfilmlänge gekürzt wurde. Seitdem galt Cimino zumindest in Europa als Märtyrer Hollywoods, sein Film als verstümmeltes Meisterwerk. Tatsächlich verrät allein die nun gezeigte vollständige Fassung vor allem den epischen Atem ihres Regisseurs.

Gewiß, Ciminos Held, der prinzipientreue Marschall James Averill (Chris Christopherson), entspricht haargenau dem Prototyp des aufrechten Einzelgängers. Außerdem sind Averill, die Bordellbesitzerin Ella und der Revolverheld Nate Champion in einer fast klischeehaften Dreiecksgeschichte verbunden. Doch diese vertrauten Versatzstücke werden völlig neu arrangiert. Indem Cimino thematisch wie optisch gegen die Western-Tradition rebelliert, beschert er dem Publikum neben nie gesehenen Bildern auch einige Peinlichkeiten. Da gibt es genial choreographierte Massenszenen und das meisterhaft eingesetzte Leitmotiv der rauschhaften Tanzdrehung, die als qualvoller Todeswalzer sogar im Gemetzel zwischen Siedlern und Kopfgeldjägern wiederkehrt. Doch außer graziös hingetupften Idyllen und schockierenden Action-Momenten führt Cimino auch überdehnte Kammerspielszenen und manierierte Spielereien mit goldbraunem Licht vor.

Zudem bricht mancher Darsteller unter der Doppelbelastung zusammen, zugleich historisch glaubwürdige Gestalt und hochgezüchtete Kunstfigur sein zu müssen. Christopher Walken etwa müht sich vergebens, Kaltblütigkeit und Sensibilität des Killers Nate Champion zu verkörpern. Und Isabell Huppert wirkt als Ella stets so, als habe sie sich aus einem grüblerischen Film von Claude Goretta ins rauhe Woyming verirrt: eine Spitzenklöpplerin im Wilden Westen. In vielen Szenen hält Cimino jedoch wunderbar das Gleichgewicht. Aber immer wenn er seinen Kunstwillen forciert, stürzt er in den Abgrund. Allerdings aus beachtlicher Höhe.

HARTMUT WILMES



Zeigt die leidvolle Geschichte europäischer Einwanderer in Amerika: „Heaven's Gate" von Michael Cimino FOTO: TOBIS FILMKUNST

Linz: „Heilung" von Dieter B. Marell uraufgeführt

Ab in die Klapsmühle

Alfred Stögmüller, der Intendant des Landestheaters Linz, hat ein Stück zur Uraufführung angenommen, für das bisher – wohl in erster Linie wegen seiner politischen Brisanz – keine andere deutschsprachige Bühne Interesse aufzubringen vermochte: „Heilung" von Dieter B. Marell. Marell ist ein junger Autor aus der „DDR", der nach langer Haftzeit aus politischen Gründen vor kurzem freigekauft wurde und heute teils in Düsseldorf, teils in Wien lebt

Es geht in dem Stück um die Zwangsbehandlung politisch mißliebiger Personen in Irrenhäusern der Sowjetunion. Marell hat die zahlreichen Fälle, die inzwischen bekannt geworden und dokumentiert sind, zum „Fall" einer einzigen Person verdichtet: Der Schriftsteller Alexander Marejew, Kulturbeauftragter eines großen Industriewerkes irgendwo in der Provinz, beschäftigt sich in seinen freien Stunden mit den vielfachen Ungeheuerlichkeiten aus der Epoche Stalins, die durch Chruschtschows Geheimrede auf dem 20. Parteitag gleichsam amtlich geworden sind. Als er seine Aufzeichnungen gehorsam den zuständigen Instanzen vorzeigt – er will sie ja nicht im Ausland, sondern womöglich daheim publizieren –, hageln die Schläge auf ihn nieder.

Sein Posten im Werk wird ihm abrupt und ohne jede Begründung gekündigt. Telefonisch wird er als Reservist zu einer angeblichen Routineuntersuchung in einer Klinik beordert. Als er sich nach einigem Zögern dort einfindet, entdeckt er, daß es sich um eine psychiatrische Abteilung handelt, und macht auf der Stelle kehrt. Doch das wird ihm nun als unerlaubte Verweigerung ausgelegt; ein Arzt und zwei KGB-Beamte holen ihn aus seiner Wohnung ab, und er verschwindet prompt hinter den Gittern der Anstalt.

Alle Anstrengungen seiner Angehörigen, ihn herauszuholen, werden von den Behörden als Sabotage an der wohlbemessenen staatlichen Gesundheitsförderung hingestellt. Die Ärzte, die – einzeln und in Dreiergremien – sich mit Marejew beschäftigen, argumentieren schamlos verlogen. Nach Spritzen und Elektroschocks hält sich der am Anfang völlig gesunde Mann, als man ihn nach vielen Monaten entläßt, nun selbst für krank. Das Ganze rollt in kurzen, nahezu schmucklosen Auftritten ab und ist von beklemmender Wirkung. Man fühlt den Würgegriff einer selber unangreifbaren, von fern gesteuerten Staatsmaschinerie, deren Diener im weißen Kittel als perfide Heuchler voller Selbstgefälligkeit ihr gründlich verratenes Berufsethos vor sich hertragen und in der Befolgung von unmenschlichen Gesetzesparagraphen schwelgen.

In Linz hat man die Inszenierung in die Hände einer jungen, aus Zürich herbeigeholten Regisseurin gelegt. Gudrun Orsky arbeitet auf der kahlen Bühne mit der schlichtesten Andeutung von Schauplätzen und hauptsächlich mit den Mitteln des Lichts. Sie hat eine kleine Schar von vorzüglichen Schauspielern zur Verfügung – allen voran Heinz Wustinger und Sophia Soltau als das Schriftstellerehepaar und Ulrich Hoffmann als selbstgefälliger Arzt.

Leider sind die Dialoge viel zu abstrakt, mit Begriffen überladen. Ein Freund und Kollege des Autors war obendrein von diesem damit betraut, so etwas wie einen in das Thema einführenden Prolog zu sprechen, der den Thesencharakter des Stückes noch aufdringlicher herausstellte. Dennoch war die Wirkung beim Publikum groß. Zu den befürchteten Störversuchen von links kam es nicht, wenn man von einer Verteilung von Flugblättern über die angeblich ebenso schlimme Folterung von Patienten in österreichischen Irrenhäusern einmal absieht.

HELLMUTH JAESRICH

KULTURNOTIZEN

Ein „Monat des Buches" ist im Pariser Grand Palais eröffnet worden (bis 27. März).

Trakik Ahan, türkischer Schauspieler („Die Herde", „Yol"), darf wieder ausreisen; das seit 1981 gültige Verbot wurde aufgehoben.

Christoph Kurig wurde als 1. Kapellmeister ans Musiktheater im Revier in Gelsenkirchen engagiert.

Die San Francisco Mime Troup gastiert am 13. und 14. März im Bochumer Schauspielhaus.

Zum Buch des Monats März wählte die Darmstädter Jury Ramón del Valle-Incláns „Barbarische Komödie".

Clowns in allen Variationen zeigt den gesamten März über die Kleine Galerie in Bonn.

Der schwedische Regisseur Ingmar Bergman wurde vom französischen Präsidenten François Mitterrand mit den Insignien eines Commandeurs der Ehrenlegion ausgezeichnet.

JOURNAL

Ein „Dialog" für Deutsche und Polen

J.G.G. **Bonn**

In Bad Essen ist jetzt die erste Ausgabe der polnisch-deutschen Monatsschrift „Dialog" erschienen. Sie bringt die Texte jeweils in Deutsch und Polnisch, u.a. von Siegfried Lenz, Wictor Woroszylski sowie dem Rektor der polnischen Universität London, dem Staatsrechtler Prof. Dr. Jerzy B. Gawenda. Die Zeitschrift druckt ferner ein Interview mit dem führenden Danziger Solidarnosc-Funktionär Bogdan Lis, sowie ein Interview mit der bekannten polnisch-jüdischen Geigerin Prof. Wanda Wilkomirska (heute Wiesbaden) ab. Chefredakteur von „Dialog" ist der in Bad Essen im Exil lebende Warschauer Journalist Marek Orzechowski.

„The Killing Fields" in London prämiert

AP. **London**

Bei der 16. Verleihung der Britischen Akademie für Filmkunst und Fernsehen wurde der Kambodscha-Film von David Puttnam und Roland Joffe, „The Killing Fields – Schreiendes Land", als bester Film des Jahres 1984 ausgezeichnet. Der Kambodschaner Dr. Haing S. Ngor, der neben Sam Waterstone eine Hauptrolle in dem Kriegsdrama spielt, wurde für die beste Darstellung in einer männlichen Hauptrolle und als hervorragendste Neuentdeckung des Jahres prämiert. Der Darstellerinnen-Preis ging an Maggie Smith für ihre Rolle in der Filmkomödie „A private Function". Preise für die besten Nebenrollen erhielten Denholm Elliott und Liz Smith. Mit dem Regiepreis wurde der deutsche Filmemacher Wim Wenders für sein schon in Cannes preisgekröntes Werk „Paris, Texas" geehrt. Die Verleihung fand im Grosvenor House statt.

Goyas „Schwarze Bilder" wieder im Prado

dpa. **Madrid**

Die berühmten „Schwarzen Bilder" (Pinturas Negras) des spanischen Malers Francisco de Goya können nach einjähriger Abwesenheit wieder im Madrider Prado besichtigt werden. Auf den Rat eines internationalen Expertengremiums hin hat man jedoch auf die beabsichtigte Restaurierung der Bilder verzichtet. Radiologische Untersuchungen hatten ergeben, daß die ursprünglichen Wandgemälde aus Goyas Madrider Haus unzählige Löcher und andere Beschädigungen aufweisen, die in der Folgezeit immer wieder ausgebessert und übermalt worden sind. Eine Rückführung in den ursprünglichen Zustand hätte nicht das Original wiederhergestellt, sondern höchstens Fragmente von Bildern.

Über Stuttgarter Theaterplakate

DW. **Stuttgart**

Maler und Graphiker wie HAP Grieshaber, Johannes Grützke, Günther Uecker, Ben Willikens, Wolf Vostell oder bekannte Bühnenbildner wie Roman Weyl, Achim Freyer, Karl-Ernst Herrmann haben für das Stuttgarter Theater Plakate entworfen. Das eigenwillige Gesicht, das das Theater dadurch in der Öffentlichkeit gewann, dokumentiert der Band „Stuttgarter Theaterplakate 1972–1985", den der scheidende Intendant Hans Peter Doll herausgegeben hat (Verlag Druckhaus Münster, Stuttgart, 160 S. mit zahlr. Abb., 38 Mark).

Bestandskatalog der Slg. Reinhart komplett

DW. **Winterthur**

Die Stiftung Oskar Reinhart in Winterthur gehört zu den bedeutendsten Sammlungen schweizerischer Kunst. Außerdem verfügt sie auch über einen beachtlichen Bestand österreichischer und deutscher Maler (z.B. wichtige Frühwerke von Carl Hofer). Den Umfang dieser Sammlung dokumentieren die Bestandskataloge, deren dritter und letzter Band soeben erschienen ist. Er umfaßt die „Schweizer Maler und Bildhauer seit Ferdinand Hodler". Matthias Wohlgemuth und Franz Zelger haben das Verzeichnis „Stiftung Oskar Reinhart, Winterthur" (Bd. 3, Orell Füssli Verlag, Zürich, 400 S., 160 Abb., 48 Mark) erarbeitet. Eine bemerkenswerte Übersicht über die Vertreter der Schweizer Moderne – soweit sie gegenständlich bleiben.

Zum dritten Mal Elfenbeinwettbewerb

DW. **Erbach**

Zum dritten Mal ist der Internationale Elfenbeinwettbewerb vom Deutschen Elfenbeinmuseum in Erbach/Odenwald ausgeschrieben worden. Das Thema heißt „Durchdringung". Erwartet werden Arbeiten aus Elfenbein allein oder in Kombination mit Holz, Gold oder Silber, wobei sich zwei Formelemente gegenseitig durchdringen. Die Preissumme beträgt 10 000 Mark, wobei der erste Preis mit 7000 Mark dotiert ist.

Der gnadenlose Kampf um das „weiße Gift“

Der Kokain-Handel wird zum ernsten Problem für die USA

WERNER THOMAS, Miami

Der Beamte der amerikanischen Rauschgiftbehörde DEA hatte sich als Drogenhändler getarnt und die versprochenen 20 000 Dollar in das Hotel in Nähe des Flughafens von Miami mitgebracht. Dort warteten schon die hochkarätigen Empfänger der Summe: Norman Saunders, Regierungschef der karibischen Turks- und Caicos-Inseln, Handelsminister Stafford Missick und der Abgeordnete Aulden Smith. Mit dem Geld sollte sichergestellt werden, daß Flugzeuge, die Rauschgift von Kolumbien in die USA transportieren, auf der Inselgruppe zwischenlanden können.

Der Vorfall, der sich vorgestern ereignete, rückt eines der dramatischsten Kapitel der Kriminalgeschichte ins grelle Licht: das Geschäft mit dem Kokain. Der jährliche Rauschgiftumsatz in den USA erreichte 1984 nach dem jüngsten Bericht des Kongresses bereits 110 Milliarden Dollar. Das sind 375 Milliarden Mark. Doch nicht nur Geld steht im Mittelpunkt – auch Politik und Wirtschaft spielen eine Rolle. In den südamerikanischen Ländern Bolivien, Kolumbien und Peru ist das politische und wirtschaftliche Leben ohne den Faktor Kokain nicht mehr denkbar.

In Bolivien bringt die Rauschgiftausfuhr zwei Milliarden Dollar im Jahr, dreimal soviel wie die legalen Exporte. Der ehemalige Präsident Luis Garcia Meza, ein General, und sein Innenminister Luis Arce Gomez, ein Oberst, gehören heute zum Kreis der Kokain-Millionäre. In Kolumbien verdienen die Kokain-Händler gar fünf Milliarden Dollar im Jahr. Guerrilla-Organisationen finanzieren mit Rauschgiftgeldern ihren Kampf. Amerikanische Justizbehörden beschuldigen auch Kuba und Nicaragua, Kokain-Dollar zu kassieren. Eine Untersuchungskommission der Bahamas traf die Feststellung, daß die Rauschgiftaktivitäten des Inselstaates „alle Sphären der Gesellschaft korrumpiert“ hätten.

Die Kokain-Könige gleichen Romanfiguren. Der Kolumbianer Carlos Lehder (46), der Sohn eines aus Deutschland eingewanderten Ingenieurs, und der Bolivianer Roberto Suarez Gomez (53) sind Dollar-Milliardäre. Lehder gehört nach Ermittlungen der DEA die Bahamainsel Norman's Cay. Er ist Zeitungsbesitzer und Führer einer rechtsradikalen Partei. Er soll ein rechtes Killer-Kommando finanzieren und mit dem linken Nicaragua Geschäfte machen. Er nannte einmal das weiße Gift Kokain „Lateinamerikas Atombombe“.

Suarez dagegen pflegt ein Robin-Hood-Image. Er lebt in der tropischen Region Beni, wo er von seinem gewaltigen Einkommen (etwa 400 Millionen Dollar pro Jahr) Wohnungen, Krankenhäuser und Schulen bauen läßt. Bei der Bevölkerung genießt der Rauschgifthändler ein höheres Ansehen als die meisten Politiker.

Seit einem Jahr tobt ein blutiger Kokain-Krieg. Die lateinamerikanischen Länder versuchen zum ersten Mal, die Rauschgiftbranche systematischer zu bekämpfen. Die Reagan-Regierung hilft mit Rat und Geld. Die größten Anstrengungen wurden in Kolumbien unternommen. Es bedurfte allerdings eines Mordfalls, damit Präsident Belisario Betancur den „Krieg an allen Fronten“ eröffnete: Sein Justizminister Rodrigo Lara Bonilla (38) war von der Rauschgift-Mafia erschossen worden.

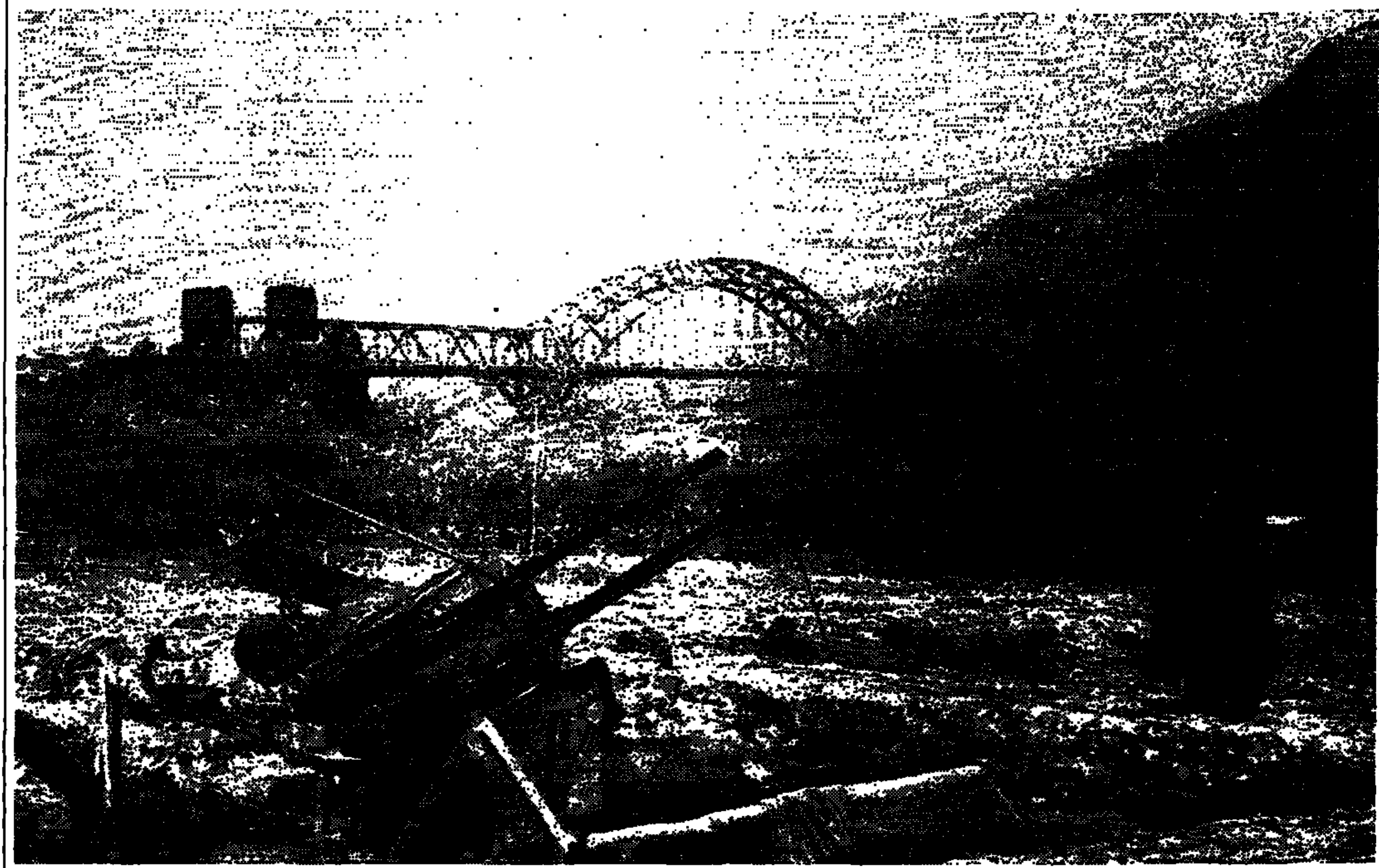
Die Sicherheitskräfte gingen so resolut vor, daß die Kokain-Händler der Regierung ein ungewöhnliches Angebot unberbreiteten: Sie würden ihre Geschäfte schließen und fünf Milliarden Dollar in die Wirtschaft pumpen, wenn man ihnen eine Amnestie gewähre. Betancur lehnte ab.

Die Unterwelt rächt sich. Gefährdet sind besonders amerikanische Staatsbürger. In dem peruanischen Kokain-Zentrum Tingo Maria wurden 19 Mitarbeiter eines von den USA finanzierten Programms zur Vernichtung von Koka-Pflanzen umgebracht. In der mexikanischen Stadt Guadalajara entführten Unbekannte einen amerikanischen Rauschgiftfahndungsbeamten.

DEA-Chef Francis Mullen kann heute nur mit einem Heer von Leibwächtern lateinamerikanische Regionen bereisen. Sogar er fragt sich, ob dieser Krieg zu gewinnen sei. Trotz einiger spektakulärer Erfolge seiner Behörde – wie unlängst der Jumbo-Fang in Miami – haben die Kokain-Importe in die USA zugenommen. Zudem erweiterte sich der Kreis der Kokain-Nationen in den letzten Jahren um Ecuador und Brasilien.

Der Kongreßabgeordnete Dante Fascell, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses, der aus Miami stammt, Amerikas Rauschgift-Metropole, resignierte bereits. „Es hat ermutigende Entwicklungen gegeben“, sagte er, „doch wir werden diesen Krieg nicht gewinnen.“ (SAD)

Heute vor 40 Jahren setzten amerikanische Truppen bei Remagen über den Rhein



Die Brücke von Remagen im Januar 1945. Vergeblich versuchten deutsche Truppen sie zu sprengen. Amerikaner nahmen sie im Handstreich
FOTO: HILMAR PABEL

Vor dem Sturm

Von EBERHARD NITSCHKE

Das letzte Geheimnis um den Handstreich vom 7. März 1945 scheint gelüftet: Die Brücke von Remagen, über die amerikanische Truppen zuerst das östliche Rheinufer erreichten, was das Kriegsende wesentlich beschleunigt haben dürfte, wurde nur darum so schnell genommen, weil ein junger Leutnant die Familienehre retten wollte.

Das jedenfalls stellt der heute in Monaco lebende Schriftsteller Rolf Palm fest, der sein Buch „Die Brücke von Remagen“ zum 40. Jahrestag des Ereignisses in dem Rheinstädtchen vorstellte, das die übrig gebliebenen Brückentürme zum „Friedensmuseum“ umbaute.

Palm fand bei langwierigen Recherchen in den USA heraus, daß der Leutnant Karl-Heinz Timmermann, der als erster an der Spitze einer amerikanischen Einheit die Brücke überschritt, der Sohn eines amerikanischen Weltkrieg-I-Soldaten aus Nebraska war. Dieser hatte als Auswanderer erster Generation und amerikanischer Besatzer in Koblenz eine Deutsche geheiratet, war, um einem Verfahren vor dem Militärgericht zu entgehen, daraufhin desertiert und litt, in die amerikanische Heimat zurückgekehrt, lebenslang an der Verachtung seiner Nachbarn.

Da sich herumgesprochen hatte, was mit seinem Vater geschehen war, versuchte Leutnant Karl-Heinz Timmermann, ein besonders schneidiger Soldat zu sein, schreibt Palm. Einen Tag vor dem 7. März 1945 erst war er in der Nähe von Meckenheim zum Kompanieführer der A-Kompanie des 14. Panzer-Bataillons ernannt worden. Als die Truppe zum Rhein vorstieß und die Remagener Brücke unversehrt vorfand, weil den Deutschen die Sprengung nicht gelungen war, habe es für den Mann, der sich endlich bewähren wollte und Anerkennung suchte, kein Halten mehr gegeben. Ironie des Schicksals: Timmermann starb als Soldat im Koreakrieg an Krebs.

Hans Peter Kürten, Remagens Bürgermeister und zugleich Erster Vorsitzender des „Vereins Friedensmuseum“ in den Brückentürmen erwartet heute zur Gedenkfeier nicht nur US-Veteranen, sondern auch Deutsche, die 1945 hier gekämpft haben. Sie waren besonders schwer zu finden, weil es damals keine zusammenhängenden deutschen Verbände mehr gab.

Für das Verteidigungsministerium hat der Parlamentarische Staatssekretär Peter-Kurt Würzbach sein Kommen zugesagt, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, will kommen und unter den vielen Ehrengästen wird sich auch der rheinland-pfälzische Staatsminister a.D., Heinz Schwarz, befinden, der als 16jähriger Luftwaffenhelfer an der Brücke von Remagen im Einsatz gewesen ist.

Die damals nach General Ludendorff benannte Remagener Brücke war während des Krieges als Eisenbahnbrücke gebaut worden, um einen schnelleren Nachschub für die Westfront mit einer rein strategischen Bahn zu erreichen. Die fünf deutschen Offiziere, die 1945 nach Ansicht des Oberkommandos der Wehrmacht dafür verantwortlich waren, daß eine sachgerechte Sprengung unterblieb, wurden teils wegen „Feigheit“, teils wegen „schwerer Dienstverletzung“ zum Tode verurteilt. Vier wurden erschossen, der fünfte, der ehemalige letzte Standortkommandant von Remagen, Hauptmann Bratge, befand sich bereits in amerikanischer Gefangenschaft.

Nachdem die Amerikaner den größten Teil der ihnen an diesem Punkt zur Verfügung stehenden Truppen über den Strom gebracht hatten, brach die Remagener Brücke wegen Überlastung, infolge der deutschen Sprengversuche und der nachfolgenden deutschen Luftangriffe auf den Rheinübergang, zehn Tage später zusammen.

In dem Tunnel, in den die Brücke auf der östlichen Rheinseite mündet, befand sich nach dem Kriege jahrelang eine Champignonzucht. Heute arbeitet hier das Geodätische Institut der Universität Bonn mit einem Forscherteam, das dem „Tidenhub“ der Erde auf der Spur ist, dessen Gesetze langfristige Erdbebenwarnungen ermöglichen.

Daß Bürgermeister Peter Kürten für seine Idee mit dem „Museum“, das heute in USA bekannter ist als in Deutschland, überhaupt Geld zusammenbekam, verdankt er der Idee, Steine der zerstörten Brücke, auf Holzsockel montiert, als Andenken weltweit verkaufen zu lassen. Auf diese Weise kamen 100 000 Mark für die beachtliche Museums-Sammlung und für den Ankauf des Geländes, das der Deutschen Bundesbahn gehörte, zusammen. Seit 1980 haben rund 85 000 Besucher Eintrittskarten gekauft.

Am 7. März 1978 war zur Gedenkstunde am Rheinufer noch der ehemalige US-Soldat Eugen Bird von der 78. Infantery Division erschienen. Er hatte beim Rheinübergang 1945 hier, als er sich den Handschuh auszog, seinen Ehering verloren. Den muß er heute endgültig zum „Rheingold“ rechnen.

Hilfswerke bitten um Spenden für Chile

AFP, Stuttgart

Der chilenische Staatschef General Augusto Pinochet hat nach dem schweren Erdbeben vom Sonntag abend drei Regionen Mittelchiles zum „nationalen Katastrophengebiet“ erklärt. Die Gebiete sollen eine staatliche Sonderzuwendung erhalten. Die Opferbilanz des Bebens hat sich auf 143 Menschen erhöht. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) und der Deutsche Caritasverband bitten um Spenden für die Erdbebenopfer unter dem Stichwort Chile auf folgende Konten: Diakonie Postgiro Stuttgart 502, Caritas Postgiro Karlsruhe 202.

TÜV-Gutachten

dpa, Köln

Für 100 Mark will der Technische Überwachungs-Verein Rheinland künftig ein „TÜV-Gutachten für Gebrauchtwagen“ anbieten. Wie der größte Technische Überwachungs-Verein im Bundesgebiet gestern in Köln mitteilte, schließt das Gutachterhonorar auch die übliche Kraftfahrzeug-Prüfung mit TÜV-Plakette ein. Solche Gutachten können zunächst nicht direkt bei den Prüfstellen, sondern nur bei Autohäusern und Werkstätten bestellt werden. Nach Angaben des TÜV Rheinland zeichnet sich eine bundesweite Einführung des TÜV-Gebrauchtwagengutachtens ab. Beurteilt wird darin, „inwieweit ein Fahrzeug nach Alter, Typ und Laufleistung vom Durchschnitt des betreffenden Modells zum Positiven oder Negativen hin abweicht“.

Feuer auf den Galapagos

AFP, Quito

Die einzigartige Tierwelt auf „Isla Isabela“, der größten Insel des Galapagos-Archipels im Stillen Ozean, ist vom Feuer bedroht. Ein bereits seit vergangener Woche wütender Brand auf Isabela schien fast unter Kontrolle, als an einem anderen Punkt der Insel ein noch größeres Feuer ausbrach. Die Flammen der beiden Brandherde dehnten sich jetzt über 12 Kilometer aus und haben nach offiziellen Angaben aus Ecuador, zu dessen Territorium die Inseln gehören, zum Tode zahlreicher Tiere geführt.

Frauen in der Mehrheit

dpa, Düsseldorf

Auch 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind in Nordrhein-Westfalen die deutschen Frauen noch immer eindeutig in der Mehrheit: Mit 8,2 Millionen lebten im Erhebungsmonat September 1984 genau eine Million Frauen mehr als Männer im bevölkerungsreichsten Bundesland. Damit kommen, wie das Statistische Landesamt gestern in Düsseldorf weiterrechnete, auf 1000 Frauen 852 Männer. Die Statistiker trieben das Rechenspiel aber nicht weiter. Bei den im Lande lebenden Ausländern hingegen ist alles ganz anders: Auf 760 000 Männer kommen nur 570 000 Frauen.

Chinesische Mauer länger

dpa, Peking

Die Chinesische Mauer ist vermutlich 4000 Kilometer länger als bisher angenommen. Chinesische Forscher entdeckten in entlegenen Berggegenden im nördlichen China kleine Reste des rund 2400 Jahre alten Walls, die darauf schließen lassen, daß die tatsächliche Länge der Mauer rund 10 000 Kilometer beträgt. Dies berichtete der Forscher Luo Zhewen in der März-Ausgabe des Magazins „China Reconstructs“.

Ein Wetter zum Gähnen

dpa, Offenbach

Die Frühjahrsmüdigkeit hat jetzt ihren amtlichen Segen. Wer bei dem trüben und zu Nieselregen neigenden Tiefdruckwetter ständig gähnen muß, kann auf die Schützenhilfe der Medizinmeteorologen bauen. „Es besteht ein erhöhtes Schlafbedürfnis“, stellten die Experten beim Wetteramt Frankfurt gestern fest. Für heute nachmittag ist eine Auflockerung der Bewölkung und ein leichter Temperaturanstieg angesagt. Bis zum Wochenende bringt abgeschwächter Hochdruckeinfluß Frühnebel und nachmittags im Binnenland aufgelockerte Bewölkung.

LEUTE HEUTE

Keine Angst

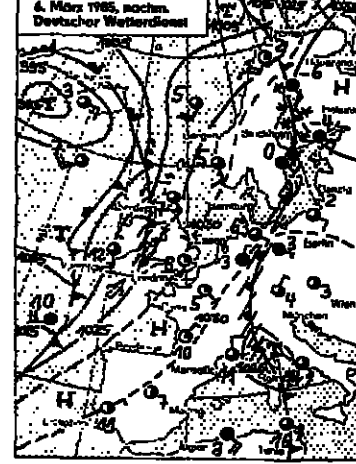
Der 76jährige Spanier **Eugenio Trias** behauptet, „die bedeutendste Picasso-Sammlung in der Welt“ in seinem Laden hängen zu haben. Und jetzt verwirklichte der ehemalige Friseur des Meisters den Traum seines Lebens und eröffnete in seinem Dorf Buitrago bei Madrid ein Picasso-Museum. „Meine Beziehungen zu dem Meister gingen über das Rasieren und Haarschneiden hinaus“, sagte Trias, der nie Angst vor Dieben hatte. „Das wäre ein Verrat an meinem großen Freund.“

Längste Rede

In einer Nachtsitzung des britischen Unterhauses hat gestern der 48jährige konservative Parlamentarier **Iwan John Lawrence** einen einsamen Rekord aufgestellt. Von 5.12 Uhr bis 9.35 Uhr redete er über ein geplantes Gesetz zum Fluorzusatz in der Wasserversorgung, ohne ein Glas Wasser zu sich zu nehmen. Nach seiner Rede, die vier Stunden und 23 Minuten dauerte, entschuldigte sich der Parlamentarier, er müsse nun leider zu einem Termin ins Kriminalgericht.

WETTER: Neblig-trüb

Wetterlage: Bei nur geringen Luftdruckgegensätzen bestimmt feuchte Mischluft mit leicht steigenden Temperaturen das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag:
In ganz Deutschland meist bedeckt und neblig-trüb, gelegentlich leichter Regen. Tageshöchsttemperaturen 4 bis 8 Grad. Tiefstwerte in der Nacht zum Freitag um den Gefrierpunkt, dabei Gefahr von Bodenfrost und Straßenglätte durch gefrorene Nässe. Allgemein schwachwindig, vorherrschend aus Nordost

Weitere Aussichten:
Zögernde Wetterbesserung aus Nordwest. Temperaturen leicht ansteigend.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	3°	Kairo	20°
Bonn	5°	Kopenh.	2°
Dresden	6°	Las Palmas	18°
Essen	3°	London	8°
Frankfurt	6°	Madrid	7°
Hamburg	6°	Mailand	8°
List/Sylt	0°	Mallorca	11°
München	4°	Moskau	-8°
Stuttgart	4°	Nizza	11°
Algier	8°	Oslo	1°
Amsterdam	1°	Paris	5°
Athen	17°	Prag	3°
Barcelona	10°	Rom	14°
Brüssel	3°	Stockholm	0°
Budapest	7°	Tel Aviv	21°
Bukarest	2°	Tunis	16°
Helsinki	-4°	Wien	3°
Istanbul	9°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.52 Uhr, Untergang: 18.14 Uhr. Mondaufgang: 20.17 Uhr, Untergang: 7.47 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Geld aus dem blutigen Sand der Arena

ROLF GÖRTZ, Madrid

Ein Ohr – zwei Ohren – kein Ohr. So steht es künftig auf dem Tippzettel des allerneuesten Totos der Spanier, dem Torero-Toto. 10 Jahre lang standen Stierkämpfer, Arenenbesitzer und Züchter gemeinsam im Clinch mit den Behörden. Jetzt fanden sie die Formel, um das Geld der wettlustigen Spanier auch vom blutigen Sand der Arena holen zu können.

Der Wetter soll ankreuzen, ob dem Stier, wenn er nach dem Kampf von Maultieren aus der Arena geschleift wird, ein Ohr, zwei Ohren oder keines abgeschnitten wird. Die Entscheidung fällt der Präsident der Arena noch während der Torero seinen Degen abwischt. Und der Präsident stützt sich auf eine Art Volksabstimmung. Er schätzt die taschentuchwehende Begeisterung, das Pfeifkonzert oder das Schweigen der Zuschauer ab. Aber entschied der „Aficionado“ auf seinem teuren Schatten- oder billigen Sonnenplatz bisher nach Sympathie oder Antipathie, so wird er von nun ab seinen ausgefüllten Stimmzettel verteidigen. Er kann das Resultat schließlich durch seinen persönlichen Lärm beeinflußen.

Kenner erwarten ein komisches Spektakel, wenn sich Wetter und Aficionados auf den Tribünen die ledernen Weinbeutel um die Ohren schlagen. Flogen die harten Sitzkissen als Zeichen des Mißfallens bisher in die Arena, so dürfte jetzt die Präsidentenloge das Ziel der Kritik werden. (SAD)

Ein Geschenk ohne Gegenleistung?

Warum Kommunen ältere Mitbürger zur Abgabe des Führerscheins ermutigen

ULRICH REITZ, Bonn

Einsichtige werden belohnt, Widerspenstige gelockt, und das Stadtsäckel und die Verkehrssicherheit sollen davon profitieren. Der Versuch einiger Kommunen, mit einem befristeten Nulltarif für Busse und Bahnen ältere Autofahrer vom Steuer wegzulocken, scheint eine gute Sache für die Beteiligten zu sein. Unberücksichtigt bleiben dabei nur die Konsequenzen für den einzelnen.

Die jüngste Meldung stammt aus Bonn: Innerhalb eines Jahres tauschten 700 Senioren über 60 Jahre ihre Fahrerlaubnis gegen ein Halbjahresticket für den öffentlichen Nahverkehr ein. Der Älteste zählte immerhin 93 Lenze. Trotz der hohen Kosten der städtischen Initiative von 343 000 Mark wollen die Bonner weitermachen. Sie spekulieren langfristig auf die Erschließung einer lukrativen Einnahmequelle. Denn wenn das Ticket einmal abgelaufen ist, dann müssen die Führerscheinlosen 500 oder 850 Mark für eine Jahresnetzkarte berappen.

Nicht aufs Konto der Alten

An die erste Stelle ihrer Werbekampagne plazieren die findigen Stadtwerke freilich einen weniger kommerziellen Aspekt: „Mit diesem Angebot sollen ältere Autofahrer, die sich nicht mehr sicher hinter dem Steuer fühlen, motiviert werden, freiwillig ihren Führerschein abzugeben“, erklärt ihr Pressesprecher. Ein Gewinn für die Verkehrssicherheit also?

Wohl kaum. Die meisten haben beim Straßenverkehrsamt angegeben, ihr Auto in den letzten zehn Jahren ohnehin nicht mehr benutzt zu haben. Sie nehmen die Netzkarte als Geschenk ohne Gegenleistung. Für die Unfälle auf deutschen Straßen sind zudem nicht in erster die Alten verantwortlich, sondern die Heißsporne zwischen 18 und 21 Jahren, weiß man bei der Bundesanstalt für Straßenwesen.

Zwar hat der TÜV Bayern vor einigen Jahren schlüssig bewiesen, daß durch die Abnahme der Reaktionsfähigkeit im Alter die betagten Fahrer eher einmal das Rotlicht übersehen – „Jüngere unterschätzen die Gefahr, Ältere übersehen sie“, besagt eine Faustregel der Bundesanstalt –; daraus jedoch die Forderung nach schärferen Kontrollen für bejahrte Fahrer („Führerschein auf Zeit“) abzuleiten, hält man hier für falsch. „Aufgrund unserer Daten kann eine solche Entscheidung im Moment nicht getroffen werden“, erklärte Dr. Heinrich, Psychologe bei der Bundesanstalt.

Manchmal fühlen sich die Älteren, dies zeigen Erfahrungen aus anderen Gemeinden, durch die Angebote der Verkehrsbetriebe verletzt. Obwohl diese Aktion „bei uns eine enorme Resonanz gefunden hat, fühlten sich manche unserer älteren Mitbürger gegenüber den jüngeren (die schließlich die meisten Unfälle verursachen) diskriminiert“, gibt der Heilbronner Pressesprecher zu. Die Heilbronner haben übrigens ihre Goodwill-Aktion nach einem Jahr aus Kostengründen eingestellt. Danach lieferten nur noch eine Handvoll Bürger im Jahr ihren Führerschein ab.

Eine schärfere Tonart nahm der Protest in München an, wo der Seniorenbeirat in dem Angebot der Stadt die von der „Wissenschaft widerlegte Auffassung von der Hilfs- und Schutzbedürftigkeit und von der allgemeinen Passivität des Alters“ bestätigt sah. Nach dieser Breitseite ließen die Politiker die Idee wieder in den Schubladen verschwinden, teilte der Münchener Stadtdirektor Dr. Benno Ziegler mit.

Einige haben es bereut

Für „grundsätzlich fragwürdig“ hält man denn auch bei der Bundesanstalt die „kurzfristigen Anreize“, die die städtischen Verkehrsunternehmen mit ihrem Angebot auf Zeit schaffen. „Einige haben es schwer bereut, ihren Führerschein ohne lange nachzudenken für immer abgegeben zu haben“, erklärt Heinrich. Die Folge dieser „schwerwiegenden Entscheidung“ sei oft der Verlust der gerade im Alter so wichtigen Mobilität. Nur die sollten nach seiner Meinung den Führerschein einstampfen lassen und die „städtische Belohnung“ kassieren, die glauben, ein Risikofaktor im Straßenverkehr zu sein und die sich über die Folgen ihrer Entscheidung im klaren sind.

ZU GUTER LETZT

„Wörner bei Scharnhorst“, schrieb dpa über den Besuch des Verteidigungsministers im Geburtshaus des preußischen Heeresreformers.